Montag, 18. Juli 1983 - D ***
Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 164 - 29. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 90,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

„Waldspaziergang“: Spekulationen, daß Genscher und Wörner für die Lösung „nur Cruise Missiles gegen SS 20“ seien. Dazu Wörner: „Die Pershing 2 spielt eine ganz entscheidende Rolle in unseren Modernisierungsüberlegungen.“ Genscher hingegen hält den Vorschlag vom Sommer 1982 für „einen Ausweg“.

CSU: Strauß mit schlechtestem Ergebnis seiner 22jährigen Amtszeit als Vorsitzender bestätigt. Anlaß waren die Auseinandersetzungen über den „DDR“-Milliardenkredit. Tandler und Waigel warnen vor Fehlinterpretation des Stimmverlustes als Beginn einer Nach-Strauß-Ära.

Raketen: US-Präsident Reagan will bei Erfolg der Genfer Abrüstungsverhandlungen über Interkontinental-Raketen auf einen Teil des MX-Raketenprogramms verzichten.

Polen: Parlament bereitet Umwandlung des „Kriegsrechts“ in Notstandsrecht vor; scharfe Kritik Walesas. „Nationale Einheitsfront“ staatstragender Organisationen durch „Patriotische Bewegung“ (PRON) ersetzt. 800 000 Menschen in den letzten drei Jahren aus der Staatspartei PVAP ausgetreten; noch 2,33 Millionen Mitglieder.

Demonstrationsrecht: Zimmermann und Strauß bestehen auf Vermummungsverbot; Stuttgarter Ministerpräsident Späth will entsprechendes Gesetz notfalls im Bundesrat einbringen. Justizminister Engelhardt (FDP) weiter dagegen. Innenminister: Polizei für Herbst „ausreichend vorbereitet“.

KSZE: Schlußdokument akzeptiert (Ausnahme Malta) mit „Recht auf freie Gewerkschaften“; Folgetreffen vorgesehen. Reagan: „Das Beste, was zu erreichen war.“

Widerstand: IG-Metall-Chef Loderer kündigt Widerstand gegen Regierungspolitik an. Kohl habe „keine Antenne für die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften“. Die Gespräche mit der Regierung seien „nahezu tot“.

Zentralamerika: US-Verteidigungsministerium bemüht sich beim Kongreß um höhere Militärhilfe für befreundete Länder Zentralamerikas.

Nahost: Nach erfolgreicher Bekämpfung schiitischer Miliz durch die Libanon-Armee massierte Raketen-Angriffe auf Ost-Beirut als „Racheakt“.

Attentat: Verstimmung in Paris wegen des Vorwurfs der Türkei, Frankreich habe die armenischen Terroristen geduldet oder unterstützt, die eine Bombe im Flughafen Orly gelegt hatten. Bei der Explosion waren sechs Menschen ums Leben gekommen.

Nordirland: Dreistündige Straßenschlacht zwischen maskierten Jugendlichen und Polizei in Londonderry. 400-Pfund-Bombe der IRA entschärft.

Heute: Bundesinnenminister Zimmermann reist nach Ankara, um deutsche Ausländerpolitik zu erläutern. – EG-Außenminister beraten über gemeinsame Haltung gegen US-Edelstahlzölle. – Halbjahrestreffen der Opec-Ölminister in Helsinki.

ZITAT DES TAGES



» Wenn von hundert jungen Männern fünfundzwanzig aus gesundheitlichen Gründen nicht tauglich sind, dann frage ich mich, wie man noch über eine Rentenreform reden will. «

Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem CSU-Parteitag über Wehrgerechtigkeit.
FOTO: POLY-PRESS

WIRTSCHAFT

„DDR“: Wirtschaftswachstum von vier Prozent nach Rationalisierungs- und Exportanstrengungen für erstes Quartal 1983 gemeldet.

Lehrstellengarantie: Stingl bezweifelt Einhaltung der Kohl-Zusage für 30 000 Plätze; Arbeitgeberpräsident Esser ist dagegen „optimistisch“.

Brasilien: Hoffnung auf Einigung mit IWF heute über Kredittranche von 411 Millionen Dollar. Präsident Figueiredo in Cleveland am Herzen operiert; mindestens drei Monate amtsunfähig.

US-Industrie: Produktionsanstieg seit sieben Monaten ungebrochen; im Juni 1,1 Prozent.

Wall Street: Ende des „Sommerspurts“; Dow-Jones-Rückgang bis 80 Punkte erwartet.

Handel: Mehrwertsteuererhöhung drückt Rendite des Handels, Weitergabe nur teilweise möglich, teilt Kaufhof mit.

VW und Chrysler: Chrysler-Chef Iacocca deutet Pläne für gemeinsamen Kleinwagen an.

KULTUR

Zweitehe: Die Englische Hochkirche erlaubt jetzt kirchliche Trauung auch geschiedener Partner.

Lascaux: Die berühmte südfranzösische Grotte mit Gemälden aus der Steinzeit wurde für Besucher nachgebildet, um das Original vor Beschädigungen zu schützen.

Raumfahrt: US-Wissenschaftler haben ein Verfahren entwickelt, aus Mondgestein Treibstoff für Raumfähren zu gewinnen.

Wien: Kardinal König (77) kündigt seinen Rücktritt nach dem Papst-Besuch im September an.

SPORT

Motorsport: Der Franzose Alain Prost gewann auf Renault-Turbo den großen Preis von England in Silverstone. Prost baute seine Führung in der Formel-1-Weltmeisterschaft auf 39 Punkte aus.

Fußball: Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) hat sich offiziell um die Ausrichtung der Weltmeisterschaft 1990 beworben. Schon 1974 fand das Endrunden-Turnier in Deutschland statt.

AUS ALLER WELT

Berlin: Ein Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg ist erstmals durch Selbstzündung im Stadtteil Buckow explodiert. Es gab zwei Verletzte.

Taifun: 52 Tote durch Wirbelsturm „Vera“ über den Philippinen.

Unfälle: 20 Tote bei Hubschrauberabsturz der British Airways in den Ärmelkanal. – Sechs Tote bei Auto-Zusammenstoß im Schwarzwald. – Ein Zugunglück bei Pretoria (Südafrika) fordert zehn Tote. – 26 Tote bei Zusammenstoß eines Lastwagens mit einem Bus in Nordwest-Mexiko, wobei beide Fahrzeuge in Brand gerieten.

Wetter: Die Zufuhr sehr warmer Luft bleibt am Montag erhalten; ihr folgt am Dienstag etwas kühlere Meeresluft. Heute Temperaturen um 30 Grad, an der Küste 25 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Genscher hält Nachrüstung ohne Pershing 2 für einen „Ausweg“

Außenminister im Gegensatz zu Kanzler und Verteidigungsminister

Co/rmc. **Warna/Bonn**

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) hat sich gestern erstmals öffentlich für einen Kompromiß bei den Genfer Raketenverhandlungen nach dem Modell des sogenannten „Waldspaziergangs“ eingesetzt und ist damit von seiner bisherigen Haltung – die die Stationierung von Pershing-Raketen einschloß – abgewichen.

Die Unterhändler der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in Genf, Nitze und Kwizienski, hatten während eines als „privat“ bezeichneten Spazierganges im Sommer vergangenen Jahres einen Kompromiß vorgeschlagen: Er sah die Reduzierung des sowjetischen Mittelstreckenpotentials auf 75 SS-20-Raketen vor, denen 75 amerikanische Marschflugkörpersysteme *gegenüberstehen sollten. In der* Formel war weder von den amerikanischen Pershing-2-Raketen noch von den französischen und britischen Mittelstreckenraketen die Rede.

Genscher empfahl den Sowjets und den Amerikanern bei den Genfer Mittelstrecken-Verhandlungen (INF) „in Richtung auf die Ergebnisse des Waldspazierganges der beiden Unterhändler Kwizienski und Nitze vom Sommer letzten Jahres zu denken“. In einem Interview, das Genscher gestern im bulgarischen Schwarzmeerort Warna der Deutschen Welle gab, meinte der Bundesaußenminister, Kwizienski und Nitze hätten mit ihrem Kompromiß „einen Ausweg gezeigt“.

Dieser Vorschlag war von der sowjetischen Regierung abgelehnt worden. Noch vor kurzem hatten auch alle Mitglieder der Bundesregierung in Bonn darauf bestanden, daß jede Kompromißlösung in Genf auf einem „Waffenmix“ beruhen müsse, das heißt, dem Westen müsse auch die Stationierung von Pershing-2-Raketen ermöglicht werden.

Noch am 7. Juni hatte der Bundesaußenminister im Bulletin der Bundesregierung seine Position so beschrieben: „Wenn bis Ende 1983 in den Genfer INF-Verhandlungen kein konkretes Verhandlungsergebnis erzielt wird, obwohl die USA sich zu einer Null-Lösung auf beiden Seiten bereit erklärt haben und zu intensiven und flexiblen Verhandlungen mit dem Ziel eines ausgewogenen Zwischenergebnisses auf möglichst niedrigem Niveau entschlossen sind, beginnt die Stationierung so wie 1979 beschlossen, also ohne weitere Beschlußfassung. Das bezieht sich auf den Waffenmix der 464 Marschflugkörper und 108 Pershing 2.“

In dem Interview mit der Deutschen Welle sagte Genscher jetzt: „Ich glaube, daß die Sowjetunion allen Anlaß hat, noch einmal darüber nachzudenken, ob das Ergebnis, das die Unterhändler Kwizienski und Nitze im letzten Sommer bei ihrem sogenannten Waldspaziergang erzielt hatten, in der Tat ein für sie akzeptables Ergebnis sein könnte. Denn hier werden sowohl die Sicherheitsgesichtspunkte der Sowjetunion berücksichtigt wie auch das legitime Interesse des Westens, daß es bei den INF-Verhandlungen nur um die sowjetischen und amerikanischen Systeme geht, das heißt, daß die briti-

● Fortsetzung Seite 8

Kohl stellt sich schützend vor Strauß

Waigel warnt vor Fehlinterpretation der Stimmeneinbußen des CSU-Vorsitzenden

GÜNTHER BADING, **München**

Führende CSU-Politiker haben davor gewarnt, die Stimmeneinbußen des Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß bei seiner Wiederwahl als Beginn einer „Nach-Strauß-Ära“ zu interpretieren. „Nein, auf keinen Fall“, antwortete CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel auf eine entsprechende Frage, nachdem das Parteitags-Wahlergebnis vorlag.

Strauß war zwar mit 77 Prozent klar im Amt bestätigt worden, hatte jedoch 20 Prozent weniger Stimmen als bei seiner Wiederwahl vor zwei Jahren erhalten. Es war sein schlechtestes Ergebnis seit seiner Wahl zum CSU-Vorsitzenden vor 22 Jahren. Der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Gerold Tandler, erklärte, die CSU werde Strauß „noch sehr, sehr lange“ brauchen. Und: „Wenn das Ergebnis vorher bekannt gewesen wäre, hätten sich viele anders entschieden.“ Die 1075 Delegierten hatten auf die Bekanntgabe des Ergebnisses – 662 von 949 Stimmen für Strauß – mit ungläubigem Staunen und teilweise Erschrekken über das Ausmaß des „Denkzettels“ für die CSU-internen Querelen um den „DDR“-Kredit reagiert.

Das eigentliche Parteitagsthema Kommunalpolitik trat auf dem zweitägigen Kongreß in München völlig hinter die Diskussion um den Milliarden-Kredit, die Rolle des CSU-Vorsitzenden und die innerparteiliche Informationspolitik darüber zurück. Strauß ging in seinem Rechenschaftsbericht erst zum Schluß auf das Thema ein. Er bekräftigte zunächst den Wunsch nach Aussöhnung mit dem Osten nach dem Muster der Aussöhnung mit dem Westen. Zum Milliardenkredit wiederholte er seine Darstellung des Ablaufs, wie er sie im „Bayernkurier“ und in einer Diskussionsrunde des ARD-Fernsehens (*WELT v. 16. 7.*) gegeben hatte. Die politische Verantwortung für das Bankgeschäft wies Strauß Bundeskanzler Kohl zu.

SEITE 2:
Blessuren in der Kurve
SEITE 3:
„Stimme des Volkes“

Bundeskanzler Kohl stellte sich in seinem Grußwort schützend vor den CSU-Vorsitzenden: „Franz Josef Strauß hat keinen Alleingang gemacht. Alles war abgestimmt“, sagte er über den Milliarden-Kredit. „Wer also auf ihn schimpft, soll auch auf mich schimpfen.“ Kohl fügte hinzu: „Und natürlich auch umgekehrt.“ Ohne konkrete Beispiele zu nennen, bestätigte Kohl auch die Darstellung von Strauß, daß sehr wohl mit Gegenleistungen Ost-Berlins für den Kredit zu rechnen sei: „Ich plädiere aus gutem Grund für etwas Geduld.“ Das vermutete Fehlen von Gegenleistungen war einer der Hauptkritikpunkte gewesen.

Wie der Parteivorsitzende erhielt auch der Chef der Staatskanzlei und ehemalige Generalsekretär Edmund Stoiber einen „Denkzettel“ mit nur 46,9 Prozent der abgegebenen Stimmen bei der Vorstandswahl. Hervorragend schnitten dagegen die Bundesminister Zimmermann und Dollinger ab.

Unmittelbar nach Parteitagsende reiste Strauß mit seiner Familie zu dem angekündigten Privatbesuch in die CSSR. Heute will er nach Polen und Mitte der Woche in die „DDR“ weiterreisen.

Bonner Hoffnung in Gespräch Strauß–Honecker

DW. **Bonn**

Die Bundesregierung erhofft sich von einer Begegnung des CSU-Vorsitzenden Strauß mit dem „DDR“-Staatsratsvorsitzenden Honecker positive Ergebnisse für die künftige Gestaltung der innerdeutschen Beziehungen. Ottfried Hennig, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, begrüßte es am vergangenen Wochenende sehr, daß Strauß „mit dem Staatsratsvorsitzenden der DDR zusammentreffen wird“. In der Nordwest-Zeitung (Oldenburg) erklärte Hennig: „Wir haben mit der DDR vieles zu besprechen, was auch auf dieser Ebene vorangebracht werden kann.“ Von Strauß war ein Zusammentreffen mit dem SED-Chef offiziell bislang nicht bestätigt worden.

Der Parlamentarische Staatssekretär beim innerdeutschen Minister zeigte sich optimistisch, daß es im Zusammenhang mit dem Milliardenkredit an Ost-Berlin „auch noch eine politische Gegenleistung der *DDR*“ geben werde. *Diese* Gegenleistung werde „bald erbracht werden, weil die DDR in Zukunft noch ganz andere Geschäfte mit uns machen will“. Die Möglichkeit weiterer Kreditwünsche war in der vergangenen Woche auch vom CSU-Landesgruppenvorsitzenden Theo Waigel angedeutet worden.

Walesa: Düstere Zukunft

Auch ohne Kriegsrecht fast völlige Kontrolle des Lebens

DW. **Warschau**

Mit düsteren Vorahnungen auf die innenpolitische Entwicklung in Polen kommentierte Arbeiterführer Lech Walesa die beabsichtigten Sonderbestimmungen, die nach der formellen Aufhebung des Kriegsrechts die „Normalisierung“ sicherstellen soll. Die Danziger Vereinbarungen nach den Streiks vom August 1981 würden „vollkommen ignoriert“. Walesa: „Der Kampf könnte noch bitterer werden.“

Das Paket der Sonderbestimmungen, das Mitte dieser Woche vom Sejm verabschiedet werden soll, sichert die politische Führung nach den verschiedensten Seiten ab, so daß nach Aufhebung des Kriegsrechts der Freiheitsraum der Bürger eng begrenzt bleibt. Es schafft außerdem eine Rechtsgrundlage zur Disziplinierung der Lehrer und Hochschullehrer sowie der Künstlerverbände und Studenten. So kann nach dem Regierungsentwurf der zuständige Minister Rektoren, Prorektoren und Dekane abberufen, wenn die Organe der Hochschulen „dem gesellschaftlichen Interesse“ zuwiderhandeln. Studenten, die gegen die „Interessen der Volksrepublik“ verstoßen, können vom Studium ausgeschlossen werden.

In das Strafgesetzbuch soll ein Artikel aufgenommen werden, wonach demjenigen, der sich an einer Vereinigung „beteiligt“, die aufgelöst oder deren Legalisierung von den Behörden abgelehnt wurde, eine Gefängnisstrafe von drei Jahren droht. Somit würde eine Handhabe geschaffen, um auch ohne Kriegsrechtsdekret zum Beispiel Personen, die noch heute in Betrieben Mitgliedsbeiträge für die Gewerkschaft „Solidarität“ sammeln, vor Gericht zu bringen. Die „Übergangsbestimmungen“ werden bis zum 31. Dezember 1985 befristet sein.

Die Frage, die die meisten Polen zur Zeit im Zusammenhang mit der Kriegsrechtsaufhebung am meisten beschäftigt, betrifft die in Ausssicht gestellt Amnestie. Die offiziellen Medien haben sich zwar für eine Amnestie ausgesprochen, sich dabei aber in auffälliger Betonung für „Realismus“ eingesetzt, um den „Normalisierungsprozeß“ nicht zu stören. In Warschau rechnet man daher nicht damit, daß alle politischen Häftlinge freigelassen werden.

Welche Rolle die Armee künftig *spielen wird, ist ebenfalls offen.* Mit Sicherheit wird davon ausgegangen, daß der „Militärrat zur nationalen Rettung“ aufgelöst werden wird. Doch ganz wird die Armee bestimmt nicht in die Kasernen zurückkehren. Zu viele Generale sind inzwischen in hohe Verwaltungsämter gerückt.

KSZE: Nur Malta sagt noch nicht ja

Durchbruch nach dreijährigen Verhandlungen / Recht der Arbeiter auf Gewerkschaften

gö/DW. **Madrid**

Mit Genugtuung ist in West und Ost der Durchbruch bei dem Madrider Folgetreffen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) aufgenommen worden. Obwohl für keine Seite voll befriedigend, stellt das jetzt nach fast dreijähriger Verhandlungsdauer vereinbarte Schlußdokument den nach Ansicht beider Lager bestmöglichen Kompromiß zwischen Anspruch und Möglichkeit und – angesichts der internationalen Spannungen – einen Erfolg dar.

Als einziger der 35 Teilnehmerstaaten hatte Malta Bedenken gegen die Schlußerklärung angemeldet, die die Fortdauer des Entspannungsprozesses in Europa sicherstellen soll. Malta verlangt die Aufnahme der Forderung nach einer Sicherheitskonferenz der Mittelmeerstaaten in das Dokument, was von den meisten Delegationen mit dem Argument abgelehnt wird, daß eine solche Konferenz sich zwangsläufig mit dem Nahost-Konflikt befassen müßte. Allgemein wird jedoch damit gerechnet, daß Malta noch im Verlauf dieser Woche seine Bedenken zurückstellen wird. Dann ist der Weg frei zum feierlichen Abschluß durch die Außenminister der 35 Teilnehmerstaaten.

US-Präsident Ronald Reagan bezeichnete das Ergebnis von Madrid als „das beste, das zu erreichen war“. Es fördere die „Anstrengungen des Westens, ein Signal der Hoffnung für jene im Osten zu geben, die ein freieres, gerechteres und sichereres Leben suchen“. Er fügte aber hinzu, die USA hätten das Schlußdokument, „wie schon 1975 in Helsinki“ akzeptiert, ohne sich „Illusionen über die Natur der Sowjetunion oder das System“ zu machen.

Nach Ansicht Moskauer Kreise kann der Abschluß in Madrid „frischen Wind“ in die Ost-West-Beziehungen bringen. Nach einer gutinformierten sowjetischen Quelle ist man im Kreml besonders deshalb erfreut, weil es sich gezeigt habe, daß sich die Großmächte bei Bereitschaft zu Flexibilität und gutem Willen immer noch auf Kompromisse einigen könnten. Außerdem habe die UdSSR eines ihrer Hauptziele, die Einberufung einer internationalen Konferenz in Stockholm im Januar 1984 über Maßnahmen zur Verstärkung des Vertrauens, der Sicherheit und der Abrüstung in Europa erreicht.

Wann das Schlußdokument durch die Außenminister unterzeichnet wird, steht noch nich fest.

■ Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Das Pfeifen im Walde

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Dem Waldspaziergang der Herren Nitze und Kwizienski folgt jetzt das Pfeifen im Walde der Herren Genscher und Bahr. Der Vorgang ist in hohem Maße irritierend.

Im letzten Sommer fanden der amerikanische und der sowjetische Unterhändler in ozonhaltiger Schweizer Waldluft eine ebenso verblüffende wie „private“ Lösung des Raketen-Konflikts auf dem europäischen Schauplatz: Wenn die Sowjetunion ihre SS-20-Monster bis auf 75 Exemplare abbaue, könnten sich die USA und die NATO damit begnügen, diesem Arsenal 75 Rampen für Marschflugkörper, nicht von ungefähr auch „Bummelbombe“ genannt, gegenüberzustellen. Von einer Nachrüstung der Pershing-2-Raketen solle dann nicht mehr die Rede sein.

Es ist klar, daß Nitze mit diesem Kompromiß den NATO-Doppelbeschluß verlassen hatte, welcher mit einem „Waffenmix“ aus langsam fliegenden Cruise Missiles und treffgenauen Pershing-2-Projektilen mit extrem kurzer Flugzeit das waffenmäßig allein angemessene Gegengewicht zur sowjetischen Vorrüstung in Europa vorsieht. Da jedoch Moskau diesem „privaten“ Raketen-Rösselsprung prompt ablehnte, ergab sich für die Amerikaner gar nichts aus der Sache. Im WELT-Interview vom 30. Mai dieses Jahres bezeichnete Weinberger die Pershing 2 als „unersetzlich“.

Gleichwohl führt das Nitze-Kwizienski-Gespinst ein zähes Phantasieleben. Sogar Bundeskanzler Kohl geriet ins Geraune. Doch der Kanzler war es, der allen Zweifeln ein Ende zu setzen schien, indem er sich selbst, seine Regierung und seine Koalition ohne Wenn und Aber auf den NATO-Doppelbeschluß festlegte. In diesem Sinn redete er jüngst mit Andropow Fraktur.

Gestern vertrat auch Verteidigungsminister Wörner diese Linie. Ebenfalls gestern ließ sich jedoch Außenminister Genscher aus dem Schwarzmeerbad Warna in einer Weise vernehmen, die merkwürdig mit Einlassungen korrespondiert, welche SPD-Vordenker Bahr dieser Tage in Moskau zum besten gab. Wie Bahr scheint Genscher *einen Verzicht der NATO* auf die Pershing 2 für denkbar zu halten.

Wenn es zutrifft, was von Genscher aus Varna berichtet wird, so rät ausgerechnet der deutsche Außenminister der Sowjetunion – und wohl auch den USA – ausdrücklich, sich auf den „Ausweg“ Nitzes und Kwizienskis zu besinnen. Dieser Husarenritt, gestartet auf bulgarischem Boden, trifft die amerikanische Position zur Schlußrunde der Genfer Verhandlungen im Kern. Kanzler Kohl ist gefordert, alle Irritationen über eine Genscher/Bahr-Seelenachse auszuräumen. Das muß er tun, bevor er sich seinerseits auf den Waldspaziergang mit Mitterrand begibt.

Fatah-Führer: Aufstand vom Ausland gelenkt

AFP/dpa, **Tripoli/Jerusalem**

Vor dem Ausbruch der Rebellion in der PLO-Organisation Al Fatah haben sich die Aufständischen einem arabischen Land gegenüber schriftlich verpflichtet, jede Vermittlung und jede Verhandlungslösung mit der Fatah-Führung abzulehnen. *Das teilte der dem PLO-*Chef Arafat loyal ergebene Oberbefehlshaber der PLO-Kämpfer, Abu Jihad, in Tripoli mit, meldete die palästinensische Nachrichtenagentur Wafa. Abu Jihad beschuldigte die Rebellen außerdem, die Fatah, die größte Unterorganisation der PLO, „in der arabischen Welt diskreditieren“ zu wollen.

Arafat kündigte in einem Zeitungsinterview an, daß der Palästinensische Nationalrat „in allernächster Zeit“ zusammentreten werde, um die Lage innerhalb der PLO zu erörtern. In dem Interview bekräftigte der PLO-Chef, daß er gegenwärtig nicht die Absicht habe, nach Moskau zu reisen. Nach Angaben der Agentur Wafa hatte PLO-„Außenminister“ Kaddoumi bei seinem Besuch in Moskau die Zusicherung erhalten, daß die Sowjetunion die „Unabhängigkeit der Entscheidungen der PLO“ weiterhin unterstützen werde.

Für die Souveränität Libanons hat sich Papst Johannes Paul II. ausgesprochen. Das Land müsse die Freiheit zurückerhalten, „über das eigene Schicksal zu entscheiden“.

Israels Ministerpräsident Menachem Begin hat den jordanischen König Hussein erneut eingeladen, sich am Friedensprozeß in Nahost zu beteiligen. Er reagierte damit auf Berichte aus Amman, wonach Hussein eine diesbezügliche Bereitschaft erklärt habe.

Shamir wirbt verstärkt um die Afrikaner

E. LAHAV, **Jerusalem**

Israel verstärkt seine Bemühungen, eine Gruppe afrikanischer Staaten zur gleichzeitigen Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel zu bewegen. Außenminister Shamir traf sich in der vergangenen Woche unter anderem mit dem Staatschef der Elfenbeinküste, Felix Houphouët-Boigny, in Genf. Er hatte auch mit der anderen Regierungsvertretern afrikanischer Staaten „Geheimgespräche“ auf europäischem Boden. Wie es heißt, sind zur Zeit noch fünf Staaten, darunter die Zentralafrikanische Republik und Guinea, im Gespräch mit Israel.

Ein Sprecher des israelischen Außenministeriums lehnte gestern eine Stellungnahme zu den jüngsten Kontakten ab, sagte jedoch: „Wir bestreiten das nicht, aber wir wollen einfach nicht darüber reden.“ Die meisten Staaten Schwarzafrikas hatten nach dem Nahost-Krieg 1973 ihre Beziehungen zu Israel abgebrochen, Zaire hatte sie im vergangenen Jahr jedoch wiederaufgenommen.

Den Anstoß zu der Shamir-Initiative gaben jetzt die Kämpfe in Tschad, wo die legale Regierung gegen einen von Libyen geschürten und offensichtlich auch finanzierten Aufstand kämpft. Obwohl auch Tschad zu den Ländern zählt, die 1973 mit Jerusalem gebrochen hatten, empfing der Staat indirekt israelische Militärhilfe. Da der libysche Vorstoß auch bei den Nachbarn Tschads Besorgnis erregt, wird angenommen, daß eine Ausdehnung der israelischen Militärhilfe Gegenstand der Geheimberatungen war. Daher stammt möglicherweise auch das Sprechverbot, das Außenminister Shamir verhängt hat.

Mitterrand bleibt über Marchais verstimmt

Kreml: Gute Beziehungen zu Frankreich notwendig

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Während sich die sowjetische Regierung nach den Auseinandersetzungen zwischen französischen und sowjetischen Kommunisten sowie dem französischen Botschafter in Moskau und dem Moskauer Fernsehen um eine Verbesserung des Klimas bemüht, ist die Spannung zwischen KPF-Generalsekretär George Marchais und Staatspräsident Mitterrand keineswegs abgeklungen.

In Moskau veröffentlichte das Politbüro der KPdSU ein Kommuniqué, in dem auf die Notwendigkeit guter Beziehungen und auf das Interesse beider Staaten an Frieden und Sicherheit in Europa hingewiesen wird. In Frankreich wurde keinerlei Stellungnahme abgegeben.

Statt dessen wurde in Paris am Wochenende notiert, daß der KPF-Chef zum ersten Mal nicht zur traditionellen Gartenparty im Elysée-Palais am Nationalfeiertag geladen war. In der Umgebung des Staatspräsidenten herrschte immer noch Verärgerung darüber, daß Marchais in Moskau eine vieldeutige, später sogar von den Sowjets unterdrückte Erklärung über die Abrüstung abgegeben und vor allem die Einbeziehung der französischen Atomraketen in die Genfer Abrüstungsgespräche verlangt hatte. Mitterrand hatte darauf in einem Fernsehinterview geantwortet, die französische Sicherheitspolitik werde allein in Paris und durch ihn, Mitterrand, entschieden.

Offenbar ist das Maß der Toleranz des Staatschefs gegenüber den außenpolitischen Seitensprüngen seiner kommunistischen Koalitionspartner überschritten. Marchais hatte bei seinem überraschenden Besuch in Moskau zwar dementieren lassen, daß er – wie Tass gemeldet hatte – einseitig die Amerikaner der Bedrohung des Friedens bezichtigt hätte, aber mit seiner Befürwortung der Einbeziehung französischer Atomraketen in Genf ein sowjetisches Anliegen unterstützt. Mit diesem Doppelspiel hat er sich bei Andropow zwischen alle Stühle gesetzt. Der Chef der KPdSU will offensichtlich keine kommunistische Beteiligung an einem so orientierten französischen Kabinett. Deshalb zwang er Marchais, sich den Hauptforderungen seiner Sicherheitspolitik anzuschließen.



Betretenes Schweigen

Von Matthias Walden

Eine kleine Stadt erlebte einen großen Skandal: Im niedersächsischen Moringen erschien eine Stadt-Chronik, in der auch über die Ausschreitungen gegen jüdische Bürger in der „Reichskristallnacht" berichtet wurde: Ursache seien jüdische Provokationen gewesen. In den USA seien die Schaufensterscheiben deutscher Geschäfte „auf jüdische Anstiftung hin" eingeschlagen worden. Außerdem habe es Mordanschläge auf Deutsche gegeben. Vergangenheitsvergewaltigung statt Vergangenheitsbewältigung also.

Die städtischen Behörden Moringens nahmen Stellung: Die „Chronik" sei in Eile gefertigt, nicht inhaltlich geprüft, „holterdiepolter" zur Druckerei gegeben worden. Der Autor, ein ehemaliger Stadtarchivar, beteuerte, er habe mit den anstößigen Passagen nicht seine eigene Meinung wiedergegeben, sondern nur eine andere zitiert. Und daß die Existenz eines Konzentrationslagers in Moringen in der „Chronik" überhaupt nicht erwähnt wurde, erklärte der stellvertretende Stadtdirektor: Der Archivar habe diese Ereignisse nicht „aufwärmen wollen".

Das alles ist fadenscheinig und anrüchig. Daß der Schmutzfleck sich in provinzieller Entlegenheit fand, macht die Sache nicht unbedeutend.

Am bittersten aber ist, daß es – wie in anderen Fällen leider auch – ein jüdischer Repräsentant sein mußte, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin, Heinz Galinski, der den Protest vortrug. Die nichtjüdischen deutschen Stellen blicken weg. Sie überlassen es jüdischen Mitbürgern, in „eigener Sache" wachsam zu sein.

Moringen – wo liegt das? In der Bundesrepublik mit Namen Deutschland.

Tünche in Madrid

Von Manfred Neuber

Wie ist es heute um die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa bestellt? Ost und West lassen sich allzu schnell auf die Selbsttäuschung ein, dem „Helsinki-Prozeß" sei schon gedient, wenn die Kontakte zwischen beiden Lagern nicht abreißen. Solche Beschönigung nützt den Menschen nicht.

Beifall verdienen die Unterhändler allenfalls für ihre Ausdauer; die Resultate von Madrid sind bescheiden genug. „Das Beste, das zu erreichen war", stellt Präsident Reagan resignativ fest. Diese Wertung kommt der Wahrheit weitaus näher als das gegenseitige Schulterklopfen der Westeuropäer. Vorher hatte man höhere Ziele gehabt.

Das Phänomen internationaler Mammut-Treffen, die einfach nicht mehr scheitern können, weil man den Eklat scheut, brachte in Madrid eine Reihe spezieller Konferenzen in der Zukunft hervor. So werden die Hoffnungen der Unterdrückten auf morgen vertröstet.

Madrid gibt bestenfalls ein schwaches Signal für „ein freieres, gerechteres und sichereres Leben", so Reagans Erwartung, in Osteuropa. Drang doch der Westen mit der Forderung nach einem Verbot der Störsender nicht durch ...

Wie es Warschau mit der Gewerkschaftsfreiheit hält, ob Moskau eine freie Religionsausübung zuläßt und inwieweit Bukarest die Familienzusammenführung behindert – können diese in Madrid halb zugestandenen, halb wieder eingeschränkten Rechte tatsächlich eingeklagt werden? Wer nach Helsinki im Osten an Helsinki erinnerte, wurde schon verfolgt.

Mit gutem Gewissen kann der Westen die zweite KSZE-Nachfolgekonferenz nur abhaken, wenn die Regierungen den Auftrag von Helsinki zur „Überprüfung" der KSZE-Vereinbarungen auf die neuen Verpflichtungen des Ostens ausdehnen.

Zunächst ist Moskau im Vorteil: Die europäische Abrüstungskonferenz – vor weiteren Zusammenkünften über die Menschenrechte – findet im Zeitraum der Raketen-Stationierung in Westeuropa statt, falls Genf scheitert. So ist die Szene zum Propaganda-Feldzug gesetzt.

Das lästige Jahr

Von Joachim Neander

Ende Oktober soll im „Spiegel" eine ganzseitige Anzeige erscheinen, deren Text nur aus dem Satz besteht: „Das Jahr 1984 ist ersatzlos zu streichen." Gesucht werden dafür etwa 400 Personen mit einem Spendenminimum von 85 Mark. Falls gewünscht, sollen sie unter dem Anzeigentext namentlich genannt werden. „Mit jedem Beitrag wird etwas weniger als ein Tag des Jahres *1984 gestrichen", heißt es in einem Aufruf,* den ein „Büro Wien, Agentur für Kunst/Information, Mozartplatz 1–3, A-1040 Wien" zur Zeit in einschlägigen grün-links-alternativen Blättern publiziert.

Das ist nicht ohne Witz und regt zu allerlei Spekulationen an: Was wäre, wenn? George Orwell müßte eingestampft werden, andererseits käme er auch darum herum, an der Realität überprüft zu werden. Amalriks kritische Frage, ob das Sowjetimperium das Jahr 1984 überdauern kann, würde nie beantwortet. Das Problem der Nachrüstung wäre ein für allemal gelöst, das Waldsterben mindestens hinausgeschoben. Ein ganzer Jahrgang Wahlen (herzlichen Glückwunsch, Herr Späth!) fiele ins Wasser, die ganze Welt hätte in 365 Tagen Heil- und Kälteschlaf mit angehaltenem Atem Gelegenheit, sich zu besinnen, sich zu erholen, neu anzufangen.

Aber wo würde sie anfangen? Wahrscheinlich genau da, wo sie eingeschlafen war. Die Idee mit der ersatzlosen Streichung des „schlimmen" Jahres 1984 im voraus (wer soll es überhaupt streichen?) erinnert doch sehr an das Kind, das in seiner Angst vor Schelte, Strafe oder sonst etwas Schrecklichem sich einfach die Augen und Ohren zuhält. Der Gedanke, die Jahreszahl 1984 könne in der historischen Rückschau eines Tages vielleicht für ganz andere Ereignisse und Vorgänge stehen als für die von den Zeitanhaltern errechneten Katastrophen, ist mindestens ebenso anregend.



Durchhänger

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Blessuren in der Kurve

Von Herbert Kremp

Es war schon mehr als ein Wetterleuchten, was am Wochenende die Bayernhalle zu München in ein ungewohntes Licht tauchte. Das schlechteste Wahlergebnis für den Vorsitzenden der CSU seit 1961 ist ein politisches Datum, auch wenn *die Gründe vorwiegend* psychologischer Natur sein dürften. Eingetreten ist der „Omnibus-Effekt" bei zu hoher Wendegeschwindigkeit: Unvorbereitet purzelt die Reisegesellschaft in der Nadelkurve durcheinander, und der Busfahrer bläst die Blessierten auch noch an: Wenn ihr mit mir fahrt, habt ihr euch festzuhalten.

Die Begleiterscheinungen sind es wohl, die Franz Josef Strauß den Nasenstüber eingetragen haben, nicht so sehr das „Milliarden-Ding" für Ost-Berlin, hinter dem manche Partei-Interpreten und Beobachter nach der ersten Schrecksekunde so etwas wie „höhere Strategie", ja sogar „Genialität" zu wähnen beginnen. Die Sache selbst ist freilich auch in der CDU umstritten, wie nervöse Anrufe aus den Landesverbänden im Konrad-Adenauer-Haus, der Bonner Parteizentrale, vermuten lassen. Und das Dilemma der Führenden in der Union, die sich zum erstenmal in die scharfe Ost-Kurve legen, besteht von vornherein und weiterhin darin, daß sie den Schlüssel zum vollen Verständnis ihres Manövers nicht jedermann frei Haus liefern können, soll das, was zunächst wie eine Entschuldungsaktion für einen befreundeten Staat aussieht, die erhoffte politische Wirkung nach sich ziehen.

Man muß dem innenpolitischen Taktiker Helmut Kohl in diesem Zusammenhang schon einiges Format bescheinigen. Er ließ, weil es durchaus in sein Konzept, auch in das ostpolitische, paßt, den Vorsitzenden im Süden das Finanzierungs-Menü für die „DDR" zubereiten, wohl kalkulierend, daß der Streit über den Geschmack, sollte er ausbrechen, dann fern vom unmittelbaren Einzugsbereich des Kanzleramtes vonstatten gehen würde. So kam es denn auch, und Strauß, dem Ruf des Vaterlandes stets und gern in die höchsten Sphären der Politik folgend, organisierte den Kredit, der nach seinen jüngsten Worten einen „sicherlich diskussionsfähigen und nicht ohne weiteres durchschaubaren politischen Vorgang" darstellt, so, als gehe es um Business as usal.

Zählt man den abgegebenen Stimmen, die Strauß nicht erhielt, die 90 ungültigen hinzu, dann stehen unter dem Strich 69,75 Prozent für den erfolgreichsten Parteiführer der deutschen Nachkriegsgeschichte. Es ist das auffälligste Opfer für die Bonner Koalition, das Strauß nach dem ihm abgerungenen Verzicht auf einen prominenten Kabinettsposten erbracht hat. Wohl auch das schmerzlichste, und gerade deshalb, so darf man vermuten, ein ungewolltes. Der bayerische Politiker hat aus nicht ganz erklärbarer Nervosität die Seelenverfassung seiner Partei verfehlt und durch eine Reihe von Klein-Scherbengerichten die *zunächst* begrenzte Unzufriedenheit zu einem merklichen Widerstand anschwellen lassen. Für seine engsten Berater, vor allem für Staatssekretär Stoiber, dürfte der Einbruch nicht ohne Folgen bleiben.

Das Ergebnis von München setzte jedoch für die ganze Union und ihre Regierungspolitik ein Zeichen. Politische Wenden, das sah man schon beim Regierungswechsel am Beispiel der FDP, müssen heute dem Publikum genauer und sorgfältiger erklärt werden, als es zu Zeiten eines Adenauer, an dem sich sämtliche Nachfolger orientieren, nötig war. Das Geschäft mit einer „DDR", die nach wie vor völlig zu Recht unmenschlicher Repressions- und Absperrungspraktiken geziehen wird, im Stile eines erfolgreichen Unternehmensmanagements rein finanztechnisch rechtfertigen zu wollen, ist einfach nicht angemessen. Denn es ist aus der Erfahrung kaum abzuleiten, daß ein totalitäres Regime die Hilfe aus der Finanznot mit politischen Konzessionen honoriert.

Der „Wandel durch Vorfinanzierung", auf den sich die Bundesregierung eingelassen hat, ohne selbst zu finanzieren und zu bürgen, stößt auf verbreitete Skepsis, die in erster Linie – und das ehrt die Kritiker – in der empirisch bestätigten Einschätzung kommunistischer Systeme begründet ist. Die Westverschuldung Polens, Rumäniens, Ungarns und der *mit elf* Milliarden Dollar und ungünstigen Fälligkeitsterminen hinter dem Rekordhalter Polen rangierenden „DDR" hat zweifellos eine kritische Größe erreicht, die zu manchen kühnen Mutmaßungen Anlaß geben kann. Da Ost-Berlin im innerdeutschen Handel mit über vier Milliarden Mark in der Kreide steht und in den nächsten zwei Jahren mehr als drei Milliarden Dollar an Zins und Tilgung zu zahlen hat, kann das „Milliarden-Ding" nur ein Anfang sein – hat man einmal angefangen.

Das ist die entscheidende und in Bonn unbeantwortete Frage: Wenn auf die „geniale" Weise weiterkreditiert werden soll, weil die Schulden der *„DDR"* anders nicht unter die Halskrause sinken, dann muß das politische Konzept der Beihilfe durchsichtig gemacht werden: Ist es ein Kontrastprogramm zur Nachrüstung, ist es ein Experiment, auf Ost-Berlin im deutschlandpolitischen Kontext einzuwirken, ist es also etwas Strategisches, oder ist es etwas Zufälliges? Ein einfaches Geschäft wie andere Geschäfte kann es, das müssen die Regierenden an den Reaktionen erkennen, nicht sein.



Genial, vaterländisch und etwas unklar: Kohl und Strauß FOTO: AP

IM GESPRÄCH Ursula Engelen-Ke

Als Vize nach Nürnberg

Von Gisela Reiners

Ihren vierzigsten Geburtstag feierte Ursula Engelen-Kefer in Sitzungen der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf. Das festliche Abendessen, zu dem sie Kollegen eingeladen hatte, konnte sie nur mit „hängender Zunge" erreichen. Ihr Hobby ist eben – neben ihren beiden kleinen Söhnen – die Arbeit. Und davon gibt es genug für sie, allein schon in ihrer Eigenschaft als Leiterin der Abteilung Arbeitsmarkt beim DGB-Bundesvorstand in Düsseldorf.

Es ist also nicht gerade unlogisch, wenn sie nun im Gespräch ist als Nachfolgerin von Helmut Minta als Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg. Das hat allerdings noch etwas Zeit, denn Minta kann erst 1987 in Pension gehen. Da jedoch dieses Amt dem Proporz unterliegt, müssen viele Stellen Zustimmung signalisieren, damit die Kandidatin durchkommt, und das braucht seine Zeit. Nach dem herrschenden Mehrheitsverhältnis stellt die Union den Präsidenten, die SPD den Vize.

Mit Recht würde sich Frau Engelen-Kefer zur Wehr setzen gegen den Gedanken, daß sie es ihrer Eigenschaft als Frau zu verdanken hätte, für diesen Posten vorgeschlagen zu werden. Sie bringt nämlich profunde Qualifikation mit. Der Arbeitsmarkt und seine Probleme sind schon lange Gegenstand ihrer Arbeit und Forschung.

Ihr Studium der Volkswirtschaft in Köln schloß sie 1970 ab mit einer Dissertation über den Arbeitsmarkt in den USA, verglichen und in Bezug gesetzt mit dem deutschen. Gerd Muhr, stellvertretender DGB-Vorsitzender, holte sie 1974 vom gewerkschaftseigenen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut (WSI), wo sie sich als Referentin mit Arbeitsmarktanalyse, -forschung und -politik besc hatte, zum DGB als Refere rin für Internationale Sozial 1980, als die Arbeitslosigk zum immer drängendere blem auswuchs, wurde sie I der Abteilung Arbeitsmark Bundesvorstand, die eigens und ihre Aufgabe als Arb mer-Vertreterin im Vorsta Nürnberger Bundesansta schaffen wurde. Anfang 198 sie der SPD-Spitzenk Björn Engholm in seine kampfmannschaft für Sch Holstein, doch blieb sie am l dorfer Schreibtisch, da di gewann.

Sollte Frau Engelen-Kefe Nürnberg übersiedeln n kann sie auf Trennungserf zurückgreifen. Ihr Mann, de delsblatt"-Redakteur Klaus gelen, mit dem sie seit 1967 ratet ist, berichtete jahrel Korrespondent aus New Yo Washington, als sie ihren A platz schon in Düsseldorf h



Spezialistin für Arbeitsfrag sula Engelen-Kefer FOTO:

DIE MEINUNG DER ANDERE

SUNDAY TELEGRAPH

Die britische Zeitung meint zum Abschlußdokument der zweiten KSZE-Folgekonferenz in Madrid:

Das 35-Seiten-Dokument, das *aus dem Marathon von Madrid* hervorgegangen ist, enthält Versprechungen hinsichtlich eines zivilisierten Benehmens der Sowjets und zu den Menschenrechten. Um aber den Unterschied zwischen Worten und Taten der kommunistischen Seite zu ermessen – oder besser die Weise, in der Worte manipuliert werden, um Taten zu „rechtfertigen" –, brauchen wir nur wieder einmal auf Polen zu schauen. Für diese Woche wird mit großer Zuversicht die Aufhebung des vor 19 Monaten von General Jaruzelski erklärten Kriegsrechts erwartet. Doch diese Konzession, die zweifellos wieder mit der Freilassung einer sorgfältig ausgewählten Gruppe politischer Gefangener einhergeht, ist es nur dem Namen nach. Die Verfassung wurde bereits im voraus geändert, um die Wiedereinführung des Kriegsrechts bei der kleinsten Kleinigkeit zu ermöglichen. Der Polizeistaat arbeitet lediglich unter einem anderen Namen.

BERLINER MORGENPOST

Zur Kampagne einer linksorientierten „Fraktion Gesundheit" in der Berliner Ärztekammer gegen die angeblich zunehmende Brutalität der Berliner Polizei bei Demonstrationen meint das Blatt:

Es macht sich gut, wenn sich Mediziner um arme Opfer polizeilicher Gewalt besorgt zeigen, für Mäßigung plädieren und den Schlagstock geächtet sehen wollen. Nur hat das alles einen unangenehmen Beigeschmack. Denn jeder Bürger weiß, wie hier Ursache und Wirkung verwechselt werden. Am Anfang handelt immer der Demonstrant im Dunstkreis der Gewalttätigkeit, fliegen Steine gegen Scheiben und Polizisten, wird die Straßenschlacht eingeleitet – so wie am 18. Juni am Mariannenplatz, wo die Demonstranten angeblich verletzt wurden, die man jetzt der Presse präsentierte. Über die vielen oft schwerverletzten Po*lizeibeamten* wurde natürlic Wort verloren. Ein Berlin brachte es auf den Punkt wurde unter einem medizir Mäntelchen handfeste Pol trieben." Denn einen Tag hatte das Bundeskabinett d schärfung des Demonst rechts beschlossen.

RHEINISCHE P

Zum „DDR"-Kredit heißt es in de dorfer Zeitung:

Es ist schon vernünftige l litik, soviel läßt sich heute Die DDR zahlt marktüblicl sen, es gibt keine Zinssub nen, und Bonn hat entgege Meldungen auch keine Bür übernommen. Die DDR ha lich ihr zustehende Forde an die Bundesrepublik zur rung an die westdeutschen l abgetreten. Daß die Ost-B allerdings nicht ihr poli Schuldkonto wesentlich ab scheint festzustehen. Aber ten sie erst recht nicht, wer sie in einen Wirtschaftskrie ße. Die regierende Union u vernunftbegabter Kanzler jetzt, daß es notwendig i DDR hin und wieder Zuge nisse zu machen, weil es jede desregierung auch um die l lionen Deutschen gehen m in der DDR zu leben haben, wollen oder nicht.

Le Parisien libéré

Nach dem Bombenanschlag von O dert die Pariser Boulevardzeit schärferes Durchgreifen gegen sten in Frankreich:

Unser demokratischer stellt denen, die den Mörde außerhalb die Waffen gebe schwächlich seine großen l pien entgegen. Unser deu Nachbar, der in den siebzige ren mit den gleichen Probl konfrontiert war, hat es ve den, ein wirkliches Netz de terroristischen Verteidigung Überwachung aufzubauen. unsere Grenzen sind wahre und unser Asylrecht wirkt si Lächerlichkeit aus ...

Psychiatrie: Sozusagen normal für einen Verband

Lieber zur Folter schweigen als den Austritt der Foltermeister hinnehmen / Von Peter Jentsch

Ich war noch keine 22 Jahre alt, als ich die Schwelle des psychiatrischen Konzentrationslagers von Sytschewka überschritt. Verlassen habe ich es in meinem 37. Lebensjahr. In den insgesamt 14 Jahren meiner Inhaftierung habe ich vieles gesehen: Mord, Mißhandlungen, Verzweiflung und Angst. Aber nirgends sah ich ein so tiefes Absinken der menschlichen Würde wie in Sytschewka."

Das ist der Bericht von Juri S. Below (43), in der Sowjetunion einst psychiatrisch zwangsbehandelter Dissident und seit 1980 Mitarbeiter der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) in Frankfurt, über den Mißbrauch der Psychiatrie zu politischen Zwecken in der Sowjetunion. Below, der sich am Wochenende in Bonn äußerte, ist einer von 30 Sowjetbürgern, die mit der Diagnose „schizophren" jahrelang psychiatrisch zwangsbehandelt, aber im Westen als geistig völlig gesund erwiesen wurden. Insgesamt sind fünfhundert Fälle dokumentiert, fünfhundert Menschen, die aufgrund ihrer religiösen oder politischen Überzeugung die Hölle der psychiatrischen Haft, den Mißbrauch von Neuroleptica und Psychopharmaka in Überdosen am eigenen Leibe erfahren. Die Dunkelziffer ist weit höher; kompetente Schätzungen gehen von sechstausend Personen aus.

Darauf wollte Juri S. Below gemeinsam mit Professor Michael Voslensky jetzt in Bonn aufmerksam machen. Sie äußerten sich gezielt, denn am Wochenende ging in Wien der VII. Weltkongreß für Psychiatrie zu Ende. Dieser Kongreß mit seinen fünftausend Teilnehmern aus 127 Nationen hätte die Chance besessen, die Rolle des kompetenten Anklägers vor der Weltöffentlichkeit zu übernehmen.

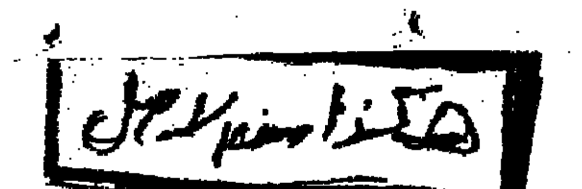
Immerhin geht es um die Psychiatrie, immerhin geht es bei ihrem Mißbrauch zur Domestizierung Andersdenkender durch das Sowjetregime um die Verletzung der Voraussetzung ärztlichen *Handelns,* um die Verletzung der Ethik. Die Perversion der Psychiatrie in der sowjetischen Medizin, in der Rechtsprechung und im Strafvollzug müßte von Psychiatern gegeißelt werden. Doch der Weltverband der Psychiatrie tat nichts dergleichen. Im Gegenteil.

Nach dem Rückzug des sowjetischen Psychiatrieverbandes aus der Weltorganisation im Januar, dem bis jetzt die CSSR, Bulgarien und Kuba folgten, wuchs die Bereitschaft des Weltverbandes für Psychiatrie, Loyalität zu beweisen gegenüber sowjetischen Psychiatern.

Als in Wien die Psychiatrieverbände Großbritanniens, der USA, Frankreichs, Dänemarks, Australiens und Neuseelands im Rahmen einer Pressekonferenz auf den Mißbrauch der Psychiatrie in sowjetischen Nervenkliniken aufmerksam machen wollten, wurde ihnen zunächst ein Tagungsraum im Kongreßzentrum verwehrt. Die Konferenz wurde in ein Hotel verlegt. Das *Hinweisplakat auf diese* Konferenz an der offiziellen Informationswand des Kongresses entfernte aber eigenhändig der während des Kongresses noch amtierende Generalsekretär des Weltverbandes, der Wiener Psychiater Professor Peter Berner. Seine Begründung: „Das ist ein wissenschaftlicher und kein politischer Kongreß." So einfach lassen sich ethische Fragen Verbandsinteressen unterordnen. Ohne Rücksicht darauf, daß Loyalität zu psychisch Kranken, deren zu verbessernde Pflege sich der Weltverband zur Aufgabe gemacht hat, Loyalität zu Psychiatern ausschließt, die die Ethik verletzen.

Die Vorherrschaft der ideologischen Intransigenz, die Praxis der Gruppenkonfrontation, die Orientierung nach Freund-Feind-Kollektiv-Loyalitäten in internationalen Verbänden und Institutionen bis hinein in die UNO wird am Beispiel des Wiener Kongresses der Psychiater wieder einmal deutlich. Die demokratischen Staaten, die die sowjetische Praxis der Medikamentenfolter und der Zwangsjacke von Ele schocks anprangern wol unterlagen wie so oft den s listischen Staaten und i Verbündeten aus der Dr Welt. Und das, obwohl von sechzigtausend Mitglie des Weltverbandes der Ps iatrie allein die USA und G britannien rund fünfundz zigtausend Mitglieder stell

Die sogenannte „auton sche Mehrheit", die den sten schon so oft und so gla der UNO überstimmte, auch in Wien dazu gef nach dem Auszug der Sow die Amerikaner für ein m ches Auseinanderbrechen Weltverbandes schuldig zu chen. Wieder einmal siegte Verbandsdenken über Menschlichkeit, Folge ja langer Kampagnen der wjets, wobei zu berücksic gen ist, daß im sowjetisc Psychiater-Verband (19 Mitglieder) auch KGB-Mi beiter sitzen. Bleibt die Fr Wieviel „Wissenschaft", wovon, wird dieser Bund meinsam mit seinen sowj schen Mitgliedern erarbeite





Eine Stadt macht Bekanntschaft mit dem Chaos

Lüttich ist eine reiche Stadt, reich an Infrastruktur, reich an Bediensteten. Doch die Stadt, regiert von einer rot-grünen Koalition, hat jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt. Der Kämmerer ist am Ende, es können keine Gehälter mehr gezahlt werden. Lüttich – sozial und politisch ein Pulverfaß.

Von WALTER H. RUEB

Vor dem Rathaus, neben der Kathedrale und auf vielen Straßen und Plätzen türmen sich Berge stinkenden Mülls. Die Hitze macht Besorgungen im Dreieck zwischen Universität, Kathedrale und erzbischöflichem Palais zu einer Tortur. Das Chaos vervollständigen stillgelegte und nur unzureichend gesicherte Mammutbaustellen, durch Müll blockierte Straßen sowie die gleichgültige und fast völlig passive Polizei.

Die 230.000-Einwohner-Stadt – 60 Kilometer von Aachen entfernt – hat sich nicht über Nacht in eine Hölle verwandelt. Die Katastrophe ist schrittweise und allen sichtbar über Metropole und Stolz Walloniens hereingebrochen. Doch ohnmächtig mußten die einen den Marsch ins Verderben mitansehen, die Mehrheit aber gab den Verantwortlichen an den Wahlurnen freie Hand.

In den 60er Jahren hatte die Schließung der umliegenden Kohlegruben unter Führung bürgerlicher Stadtväter mit wirksamen wirtschaftspolitischen Maßnahmen noch wettgemacht werden können, in der jüngsten Vergangenheit aber geriet mit dem Stahl die zweite Stütze des wirtschaftlichen Wohlergehens der Region mit rund einer Million Bewohnern in den Würgegriff der Krise. Heute sind in der Geburtsstadt von Georges Simenon 13 Prozent der Frauen und Männer arbeitslos, das Steueraufkommen ist dramatisch gesunken, die Ausgabenflut unübersehbar, die Kassen leer und die Schuldenberge gigantisch.

Seit einem Jahr weigern sich sämtliche Banken, der mittlerweile mit umgerechnet 2,3 Milliarden Mark verschuldeten Stadt Kredite zu geben, und die Regierung in Brüssel ist angesichts eigener Finanzsorgen weder in der Lage noch willens, durch neue Kredite den längst fälligen Bankrott Lüttichs hinauszuzögern.

Die Konsequenzen haben Schlagzeilen rund um die Welt gemacht: Im Juni und Juli erhielten die Kommunalbediensteten von ihren Löhnen und Gehältern nur Vorschüsse von umgerechnet 600 Mark. Die Antwort waren Demonstrationen, eine gewaltsame Besetzung des Rathauses und Streiks.

Eine Sanierung der öffentlichen Finanzen über eine Senkung der überzogenen Gehälter der meisten Stadtbediensteten auf das Niveau vergleichbarer Staatsbeamter, neue Steuern und eine allgemeine Ausgabensenkung wurden kategorisch abgelehnt. Noch immer sind den meisten Bürgern Lüttichs gewisse Zahlen nicht geläufig: 54 Prozent des öffentlichen Haushalts verschlingen die Personalkosten, 33 Prozent gehen für Tilgung und Amortisation von Schulden drauf, und nur 13 Prozent, das sind 130 Millionen Mark, bleiben für alle übrigen Aufgaben und Pflichten der Stadt übrig.

Wochenlang wurde gestreikt, die Aufrechterhaltung der städtischen Dienste auf Notfälle beschränkt: Die Feuerwehr löschte Brände, verweigerte jedoch sämtliche anderen Dienste; die Polizei barg Tote, jagte aber weder Verkehrssünder noch Bankräuber; die Mülltonnen wurden zwar geleert, doch statt in die Lkw vor Geschäften, Kirchen und dem Rathaus; in den Hospitälern wurde zwar operiert, doch mehr als lebenserhaltende Humanität verbot die Streikleitung.

Daß Lüttich in den vergangenen Wochen zu einem einzigen stinkenden und hochexplosiven Abfalleimer verkommen ist, hat politische Gründe: Im „Athen des Nordens", wie die lebhafte und lebensfrohe Stadt vor einem halben Menschenalter noch genannt wurde, haben Sozial-Euphorie, Vetternwirtschaft und Bürokratismus die Kassen geleert und die Ebbe darin jahrelang bedenkenlos mit fremdem Geld ausgeglichen.

Jahrzehntelang war die Industrie-Metropole mit berühmten Waffenherstellern und Europas drittgrößtem Binnenhafen eine blühende Stadt, die sich fast jeden Wunsch erlaubte: Schulen jeder Art und eine Universität mit 10 000 Plätzen, Oper und Philharmonie, Theater und anderthalb Dutzend Museen, Kongreßhaus und Ausstellungshallen, Stadthalle und Sportpalast. „Natürlich alles von der Stadt subventioniert", sagt Jean-Marie Roberti, ihr Pressesprecher. „Lüttichs Bürger hatten schon immer hohe Ansprüche, und die Stadtväter liebten Glanz und Repräsentation."

Die Ansprüche wurden auch nach den fetten Jahren nicht kleiner, sondern noch größer. Wahlversprechen mußten eingehalten werden – schließlich hatten 1970 die Sozialisten das Rathaus erobert und die Christlich-Sozialen in die Opposition verdrängt. Seit Oktober 1982 teilen sie die Macht mit den Grünen. Seither wird noch mehr politischen Träumen nachgejagt, statt die öffentlichen Finanzen in Ordnung zu bringen. „Ehrgeizlinge, Schwachköpfe und Phantasten haben die Männer mit gesundem Menschenverstand überrollt", schrieb ein belgisches Nachrichtenmagazin.

Edouard Close ist das politische und administrative Oberhaupt der Großstadt an der Meuse. Der Sozialist vermag heute die Geister, die er gestern rief, nicht mehr loszuwerden. Gestern kam er mit Hilfe der Gewerkschaften an die Macht, heute diktieren diese sämtliche Entscheidungen.



Unrat in Flammen: Lieferung frei Rathaus

Doch Lüttichs Gewerkschafter wähnen das Recht auf ihrer Seite. Sie geißeln Banken und deren Zinspolitik und verweisen auf die finanzielle Benachteiligung von Stadt und Region durch die Regierung in Brüssel anläßlich der kommunalen Neugliederung am 1. Januar 1977. Damals sei der Grundstock für den heutigen Schuldenberg gelegt worden ... Im übrigen sei die bürgerliche Regierung in Brüssel der größte belgische Schuldenmacher, und die Weigerung, Lüttich weitere dringend benötigte Kredite zu geben, resultiere allein aus dem Bemühen, der mißliebigen Stadtregierung aus Sozialisten und Ecologisten Schwierigkeiten zu bereiten und politisch zu schaden.

Der erbarmungslose Grabenkampf in Lüttich hat bisher kein Blut fließen lassen und dennoch eine Art Märtyrer hervorgebracht. In der Feuerwehrkaserne an der Rue Ransonnet befinden sich 17 Frauen und Männer seit 14 Tagen im Hungerstreik.

Neben Batterien von Sprudelflaschen und Teekannen, Kaffeemaschinen und Bergen gespendeter Zigarettenpackungen sowie neben einem fast rund um die Uhr laufenden Farbfernseher haben im Unterrichtsraum im 3. Stock 15 öffentliche Bedienstete Feldbetten aufgestellt und sich häuslich niedergelassen. Angestellte, Krankenpfleger, Gärtner, Feuerwehrmänner und sogar zwei Polizisten wollen fasten bis zum „Sieg".

In der Stadt stößt man überall auf Zeichen von Solidarität. Kaufhäuser spendeten Lebensmittel für Bedürftige und Kinderreiche, Geldsammlungen liefen an, und in jedem Bistro und in der letzten Imbißstube rund um das Rathaus hängen kleine Plakate mit Solidaritäts-Parolen. Sogar an der Rue Varin unweit des Hauptbahnhofs, wo Lüttichs schönste und leichteste Mädchen sich hinter großen Fenstern in Korbstühlen räkeln und auf Kunden warten, wird Solidarität geübt: Die Preise wurden gesenkt.

Im Geschäftsviertel der Stadt dagegen wird kaum von Solidarität gesprochen, dafür mächtig geschimpft. Mit Empörung wird vermerkt, daß Zerstörungen und Beschädigungen von Privateigentum bei Demonstrationen von der Polizei nicht verfolgt werden. Im Gegenzug haben die Inhaber von Läden und Geschäften, die vielfach außerhalb der Stadt wohnen und deshalb in Lüttich keine Steuern zahlen, es entrüstet abgelehnt, in der bankrotten Stadt Wohnsitz zu nehmen. „Ich bin doch nicht verrückt", sagt ein Kaufmann und zeigt auf ein blaues Plakat an der Ladentür.

Das Plakat hängt fast in jedem Geschäft. In großen Lettern wird darauf die einmalige Zahlung einer Gebühr von 50 000 Franc pro Jahr für sogenannte Non-Residants abgelehnt. „Wofür soll ich bezahlen?" schimpft der Kaufmann. „Etwa dafür?" Dabei zeigt er auf die Müllberge, die leeren Einkaufsstraßen und die herumstehenden Polizisten am Rathaus, wo seit der gewaltsamen Besetzung eine 20köpfige Wache niemanden ohne Kontrolle passieren läßt.

Der Höhepunkt des Müllkrieges ging vor wenigen Tagen elektronisch um die Welt. Soldaten leerten unter dem Schutz von Gendarmerie die Mülltonnen, erregten dadurch den Zorn der Feuerwehr und veranlaßten diese, den Müll anzuzünden. In dem anschließenden Gemenge zwischen Feuerwehr und Gendarmen zogen letztere den Kürzeren. Mit den stärksten Wasserrohren schlugen Lüttichs Feuerwehrmänner Brüssels Gendarmerie in die Flucht. Eine kubanische Zeitung höhnte später, in Lüttich fänden die saubersten sozialen Auseinandersetzungen statt.

Von 1977 bis heute stieg die Zahl der öffentlichen Bediensteten von 5000 auf 7500. Und jedes Jahr leiht die Stadt mehr Geld. 1977 und 1978 wurden je vier, 1979 fünf und 1980 gar sechs Milliarden aufgenommen. William Ancion, Chef der christlich-sozialen Opposition im Stadtrat: „Es gibt nur zwei Wege aus der Krise: Entweder wird die Zahl der Bediensteten gesenkt, oder diese müssen mit weniger Lohn und Gehalt auskommen."

Drei Sanierungsprogramme der Stadt waren von Brüssel als unzureichend für die Gewährung neuer Kredite verworfen worden. Oberbürgermeister Close will nun heute abend in einer Sondersitzung des Kommunalparlaments eine Entscheidung erzwingen. Seine wichtigsten Vorschläge lauten: Erhöhung verschiedener Gebühren, unter anderem für die Müllabfuhr; Pflicht-Wohnungsnahme für alle Inhaber von Geschäften in Lüttich und damit Steuerpflicht, für die weiterhin auswärts Wohnenden Einführung einer Gebühr von 2500 Mark pro Jahr; Einstellungsstopp und Senkung des kommunalen Personalbestands durch vorzeitige Pensionierungen; Einführung von mehr Teilzeitarbeit und Einfrieren der öffentlichen Löhne und Gehälter auf den jetzigen Stand; Streichung von Prämien und Zuwendungen.

Immer bedrohlicher zeichnet sich ab, was auf die Stadt zukommt, wenn nicht endlich eine Lösung gefunden wird: Brüssel könnte per Gesetz eine neue Gehaltsordnung für verbindlich erklären oder sogar einen Kommissar mit Sondervollmachten einsetzen. „Wenn unser sozialer Besitzstand geschmälert wird, dann fließt Blut", drohte einer der hungerstreikenden städtischen Bediensteten.



„Unsere Kinder sind nicht für eure Schulden verantwortlich" FOTO: GERARD PRESSE

„Er muß auch einmal die Stimme des Volkes hören"

Fast dreißig Prozent der Delegierten des CSU-Parteitages in München verweigerten dem Parteivorsitzenden bei der Wiederwahl ihre Stimme. Für Franz Josef Strauß das schlechteste Ergebnis in 22 Jahren an der Spitze der CSU.

Von PETER SCHMALZ

Geschehen am Samstag, 34 Minuten nach 14 Uhr: Über die Saallautsprecher der Münchner Bayernhalle dröhnt das Ergebnis der Wahl des CSU-Landesvorsitzenden. Einziger Kandidat, wie üblich: Franz Josef Strauß. „949 abgegebene Stimmzettel, 859 gültige, davon 562 Ja, 163 Nein und 34 trugen andere Namen."

Ein Raunen des Erstaunens verstummt nach Sekunden, ungläubig blicken sich die Delegierten an, Spitzbuben gleich, die bei einem bösen Streich ertappt wurden. Bevor die Überraschung Worte finden läßt, beugt sich die Strauß-Stellvertreterin Mathilde Berghofer-Weichner zum Präsidiumsmikrophon: „Ich frage den Parteifreund Franz Josef Strauß, ob er die Wahl annimmt." Der blättert in Unterlagen, den grünen Filzstift in der Hand, als weigere er sich, die unglaublichen Zahlen zur Kenntnis zu nehmen. Plötzlich hebt er den Kopf, geht drei Schritte zum Rednerpult. „Ich nehme die Wahl mit Dank an", sagt er und zieht sich eilends mit einigen Getreuen zurück. Mit Frankenwein spült er den Ärger hinunter und läßt die kleine Runde unmißverständlich spüren, wie sehr ihn das Ergebnis getroffen hat.

Längst ist er aus dem Saal, als ein Zählfehler korrigiert und die Zahl der Ja-Stimmen um hundert erhöht wird. Es bleibt dennoch das schlechteste Strauß-Ergebnis: Waren es vor zwei Jahren gut 96 Prozent, so sind es nun nur dürftige 77 Prozent. Schlimmer noch: Rechnet man die 949 abgegebenen gegen die 662 Strauß-Zettel auf, nimmt man also die 90 ungültigen als bewußten Protest (ein Delegierter: „Wir können schon lesen und schreiben."), dann sind es sogar nur 69,75 Prozent. Ein Kreisvorsitzender aus Niederbayern resümierte: „Er muß auch einmal die Stimme des Volkes hören."

Eigentlich war Staatskanzlei-Chef Edmund Stoiber, der für den Posten des Schriftführers kandidierte, für die Rolle des Blitzableiters ausgemacht, an dem sich der aufgestaute Unmut der CSU entladen sollte. Daß dieser 43. Parteitag der bayerischen 60-Prozent-Partei aber auch vor Strauß nicht zurückschrecken würde, war auf die Minute genau 18 Stunden vor Bekanntgabe der Vorsitzendenwahl zu erahnen. Strauß, gewöhnlich dank sensiblen Gespürs befähigt, jeden Kreis mit wenigen Worten für sich zu gewinnen, kassierte ausgerechnet beim fröhlichen Bierabend im Salvatorkeller von den eigenen Parteifreunden Pfiffe, Buhrufe und die Aufforderung „Aufhören!".

Launig, so war sein Konzept, wollte er das innerparteiliche Rumoren um den Milliardenkredit und die daraus zum „Kasperltheater" (Kultusminister Maier) entarteten Auseinandersetzungen mit dem „Münchner Merkur" und dem Kultusminister in einer dem Biertempel angepaßten feuchtfröhlichen Rede auffangen und so die tausend Delegierten einstimmen zum gewohnten Schulterschluß.

Aber der Hader in den eigenen Reihen muß die Nerven von Strauß mehr angegriffen haben, als er selbst einzugestehen bereit ist. Mit einem schlechten Mikrophon kämpfend, fand er den richtigen Ton nicht. Was Ironie sein sollte, wurde als bissige Kritik an der eigenen Partei empfunden. Sohn Max: „So habe ich ihn nur zweimal erlebt."

Schon die ersten Sätze liefen ihm aus dem Ruder. Auf eine Bemerkung des „Parteiflüchtlings" Franz Handlos über seinen angeblichen Führungsstil anspielend, meinte Strauß, die Behauptung, es handele sich hier um eine Ein-Mann-Demokratie, sei schon deshalb unsinnig, weil er am gleichen Ort erst vor wenigen Monaten beim Salvator-Anstich zum König gekrönt wurde. Und dann: „Und seit der Zeit ist Bayern eine aufgeklärte Monarchie, aber keine demokratische Republik. Aber bis sich so was in alle Regionen Bayerns durchspricht, bis in den Bayerischen Wald ..." Der Rest ging im wütenden Johlen der CSU-Männer unter.

Der Stachel saß tief im Stolz der Niederbayern, die ihre räumliche Entfernung zur Münchner Parteizentrale stets durch die landesweit besten Wahlergebnisse wettzumachen versuchten. „Das lassen wir uns nicht gefallen", schimpfte einer unter Zustimmung seiner Freunde. Von seinem Generalsekretär Otto Wiesheu alarmiert, setzte sich Strauß später zu den Delegierten aus dem Bayerischen Wald, doch die Verstimmung blieb.

Kämpferisch versuchte Strauß tags darauf die Stimmung des Parteitages für sich zu wenden. Er lobte „Die CSU kann auf ihre Leistung stolz sein, ich bin es auch auf meinen Anteil" und erntete dafür nur mageren Beifall. Wie überhaupt die Delegierten an diesem Tag nicht bereit waren, sich für ihren Vorsitzenden von den Sitzen zu erheben. Bei den Niederbayern rührte sich kaum eine Hand. Unbeeindruckt davon hielt Strauß der Partei den Spiegel vor: Es habe manchmal den Anschein, dem einen oder anderen sei der Erfolg in den Kopf gestiegen und jeder meine, es sei seine eigene unwiderstehliche Anziehungskraft, die den Erfolg garantiere. „Der wird sehr bald merken, daß er ohne den tragenden Rahmen der Partei allein im Regen steht." Von „unbeherrschter Geschwätzigkeit" sprach Strauß und schrieb den Kritikern am Milliardengeschäft ein Gebet zum Vesperläuten ins Stammbuch: „Lieber Gott, hilf mir bitte, mein großes Maul zu halten, wenigstens so lange, bis ich genau weiß, worüber ich rede."

Und dann ein Satz, in dem der eigentliche Grund für die gegenwärtige Situation der CSU zu erkennen ist: „Vielleicht wäre es um manchen etwas besser bestellt, wenn sie wieder etwas mehr um ihre Mehrheit kämpfen müßten." Die Partei ist satt, meinte später ein Delegierter, sie regiert in den meisten Städten, im Land und im Bund: „Das schafft Übermut." Den konnte nicht einmal Bundeskanzler Helmut Kohl bändigen, der darum bat, auch ihn zu beschimpfen, falls man Franz Josef Strauß für den Milliardenkredit beschimpfen wolle.

Die Partei zeigte aber auch, daß sie Edmund Stoiber nicht ans Herz zu drücken geneigt ist. Von 910 abgegebenen Stimmen entfielen bei der Wahl zum Schriftführer nur 427 auf ihn. Dafür aber demonstrative Solidarität mit Alfred Dick, dem niederbayerischen CSU-Chef: mit 816 Stimmen liegt er im Vorstand an der Spitze und 154 Stimmen vor seinem Parteivorsitzenden. Zustimmung auch für die Bundesminister: Werner Dollinger ist nun der erste unter den vier Landesvize, gefolgt von Friedrich Zimmermann, der vom letzten Platz hochrückte. Hans Maier, der Rebell, wurde mit 600 Stimmen in die Schranken gewiesen. Waigel und Tandler blieb der Blick auf das Sympathiebarometer verwehrt, sie sitzen als Landesgruppen- und Fraktionschefs kraft Amtes im Vorstand.

Doch all dies und auch die Tatsache, daß der Parteitag am heißen Nachmittag wegen Beschlußunfähigkeit sich selbst auflöste, tritt vor der Frage in den Hintergrund, wie Strauß das Ergebnis verarbeitet. „Hoffentlich beginnt er keinen Krieg mit den Niederbayern", meinte Günther Müller, Bundestagsabgeordneter aus Landshut. „Dann hätte er hier schnell eine Bewegung gegen die CSU – und der Handlos würde '87 direkt gewählt."

Während Delegierte noch eifrig debattierten, ob der Eklat durch eine Diskussion über den Kredit und seine Folgen zu vermeiden gewesen wäre, sahen andere das Heil in der Polen-Reise ihres Vorsitzenden: „Bis er zurückkommt, ist der erste Ärger verraucht, dann kommen die Ferien, und bis Weihnachten spricht niemand mehr darüber."



Denkzettel von der Basis: Otto Wiesheu, Edmund Stoiber, Franz Josef Strauß FOTO: AP

„Im Gesetz fehlt das Vermummungsverbot"

Alfred Stümper, Landespolizeipräsident im Stuttgarter Innenministerium, über das Demonstrationsstrafrecht

Eine liberale Regelung des Tatbestandes Landfriedensbruch müßte nach Auffassung des Landespolizeipräsidenten von Baden-Württemberg, Alfred Stümper, zugleich ein Vermummungsverbot mit einschließen. Mit Alfred Stümper sprach Werner Kahl.

WELT: In einigen unionsregierten Bundesländern wird dem Vernehmen nach daran gedacht, den Gesetzentwurf des Demonstrationsstrafrechtes weiter zu verbessern. Was sagt der Polizeifachmann?

Stümper: Das Problem ist von politischer Qualität, und die politisch Verantwortlichen sind gehalten, die bestmögliche Lösung anzubieten. Aus polizeifachlicher Sicht kann ich zwei Elemente dazu erkennen:

1. In einer repräsentativen Demokratie, in der das Volk immer nur einen begrenzten Einfluß haben kann, muß für existentielle Entscheidungen eine möglichst breite Zustimmung erreicht werden.

2. Die damit zusammenhängenden Probleme dürfen nicht ideologisch ausgetragen werden; denn unterschiedliche ideologische Meinungen prallen wie zwei Panzer aufeinander.

WELT: Von der Polizei wird erwartet, daß sie das Gesetz durchsetzt.

Stümper: Aus polizeifachlicher Sicht ist die von der Bundesregierung verabschiedete Regelung durchaus begrüßenswert. Ich halte es jedoch für denkbar, daß bei einer Weiterentwicklung des Tatbestandes „Landfriedensbruch" ein noch besserer Maßanzug für die Polizei in der Praxis eine noch schärfere Unterscheidung der Teilnehmer eines Demonstrationszuges erlaubt.

WELT: Wie definieren Sie den Begrif Demonstrationsstrafrecht?

Stümper: Mich stört zunächst der Ausdruck; denn das klingt so, als wäre die Demonstration an sich schon strafbar. Der Veranstalter muß sich von Straftätern deutlich distanzieren. Jeder, der einer Vermischung das Wort redet, schafft die Voraussetzung, daß eine Demonstration kriminalisiert wird. Um friedliche und auf Krawall ausgehende Gruppen zu trennen, denke ich an drei Voraussetzungen:

1. Ich muß an die kriminellen Störer herankommen, gegebenenfalls einen Wall sie abschirmender, sich friedlich gebender Sympathisanten überwinden.

2. Ich muß sie erkennen können und ihr Handeln beweisbar machen.

3. Ich muß schon diejenigen, die in der Planung Krawalle vorbereitet haben und mit dem Vorsatz, zu stören, zu einer Kundgebung anreisen, frühzeitig ermitteln.

WELT: Der Meldedienst über gewalttätige Störer ist abgeschafft worden. Was ist von einem Meldedienst Landfriedensbruch zu erwarten? **Stümper:** Es sind bessere Voraussetzungen als bisher geschaffen. Ob sich der Meldedienst bewährt, hängt wiederum damit zusammen, was mit der Vermummung wird. Wenn es ein besseres Recht gibt, dann eins mit Vermummungsverbot.



Polizeipräsident Alfred Stümper gilt als einer der erfahrensten Praktiker in der *polizeilichen* Organisation. Im Stuttgarter Innenministerium spricht man vom „Vater der Politessen".

WELT: *In der Auseinandersetzung* haben hohe Richter vor Untiefen im Gesetz gewarnt. Der Präsident des Bundesgerichtshofes befürchtet gar, Tausende friedlicher Demonstranten könnten wie Kriegsgefangene unter polizeilicher Bewachung in die Untersuchungshaftanstalten abgeführt werden.

Stümper: Es sind weitere Überlegungen im Gange, Regelungen liberaler zu handhaben, die es dennoch ermöglichen, an Gewalttäter und Störer heranzukommen. Die polizeilichen Belange müssen in der Praxis so geregelt werden, daß die Belange der friedlich Demonstrierenden gewahrt bleiben. Wie dies sich endgültig im Gesetz niederschlägt, kann ich heute nicht sagen. Aber zurück zu früher möchte ich nicht wieder.

WELT: Gehen wir einmal davon aus, die Neufassung wird in der vorliegenden Form Gesetz. Wäre es für die Polizei praktikabel?

Stümper: Ich halte es für praktikabel. Es gibt nun den Einwand gegenüber der Polizei: Ihr könnt doch nicht 200, 300 oder vielleicht 500 Personen festnehmen und erkennungsdienstlich behandeln! Ein solcher Einwand ist irrelevant. Nehmen wir die Straßenverkehrsordnung mit den dort aufgezählten Vergehen. Das ist ein ganzer Katalog. Wenn da alles und jedes auf der Stelle geahndet würde, wären in einer Stunde die Autobahnen leer. Die Polizei kann doch nur so viel machen, wie sie schaffen kann. Ein anderer Einwand ist, es sei doch ungerecht, 500 Krawallmacher laufen zu lassen, aber zehn zu

INTERVIEW

fassen und vor den Kadi zu bringen. Nehmen Sie auch hier das Vergleichsbild einer deutschen Innenstadt mit 3000 Falschparkern, von denen nur eine Reihe von Politessen aufgeschrieben wird. Und das ist nicht ein Dunkelfeld, sondern ein Hellfeld. Die Realität setzt doch dem polizeilichen Wirken Grenzen. Was bleibt, ist eine gewisse Signalwirkung, die Aufforderung zur Wahrung des friedlichen Charakters einer Demonstration und die Abschreckung.

WELT: Hängt es in der Praxis vom Zufall, vom Geschick oder Ungeschick des polizeilichen Einsatzleiters ab, wie eine Demonstration verläuft? Welche Zeit wird bei Straßenkrawallen den friedlich Demonstrierenden gewährt, den Schauplatz zu verlassen?

Stümper: Ich glaube zunächst, daß *die Anständigen unter den Demonstranten*, die vielleicht nicht wissen, daß sie in eine kriminelle Sache hineingezogen werden sollen, die Bekanntmachung der Polizei aufmerksam zur Kenntnis nehmen werden. Durch die dreimalige Aufforderung, den Kundgebungsort zu räumen, ist keiner zu einer panikartigen Flucht gehalten. Ein kluger Einsatzleiter wird sicherlich lieber zwanzig Minuten später als drei Sekunden zu früh räumen lassen. Auflösungen von Menschenmengen brauchen Zeit. Für die Polizei ist das nach der neuen, besseren Regelung praktikabler zu handhaben; aber ich halte auch jeden Versuch einer weiteren liberaleren Gestaltung für überlegenswert.

WELT: Gilt das auch für das Vermummungsverbot?

Stümper: Der Einwand gegen ein Vermummungsverbot ist einfältig. Bedenken wegen Faschingszügen und Karnevalsprozessionen sind karnevalistisch. Man kann bei Demonstrationen die Auflage machen, nicht vermummt zu erscheinen. Aber gerade bei spontanen, also unangemeldeten Demonstrationen wird das nicht eingehalten. Und Verstöße gegen mündliche oder schriftliche Auflagen sind nur Ordnungswidrigkeiten. Ich verstehe nicht, daß staatstragende Parteien und Institutionen den Wunsch nach einem Vermummungsverbot als gegen das Demonstrationsrecht gerichtet ansehen. Wer sich vermummt, macht das Gegenteil dessen, was die Verfassung meint. Der Kriminelle sucht die Dunkelheit.

WELT: Und was geschieht mit dem Abwiegler?

Stümper: Es gibt Aufwiegler und Abwiegler. Wer trotz Räumungsaufforderung verharrt, muß sein Tun nachweisen, sein erweisliches Abwiegeln.

WELT: Was erwartet die Polizei für den Herbst?

Stümper: *Es gibt vom Koordinationszentrum den* Hinweis, die Polizei sei nicht der Gegner. Man kann also damit rechnen, daß die Hauptakteure nicht die Konfrontation mit der Polizei suchen. Mir macht der Herbst keine wesentlichen Sorgen.

Eine Entführung alle 21 Stunde

Von G. FRIEDLÄNDER

Kolumbiens Polizei hat eine Statistik veröffentlicht, die sich mit den Entführten und ihrem Schicksal beschäftigt. Um das Leben der Entführten so wenig wie möglich zu gefährden, ziehen es deren Familien in den meisten Fällen vor, die Polizei nicht zu benachrichtigen; sie verhandeln selbst mit den Entführern. Die Polizei weiß von 130 Personen, die sich gegenwärtig in der Gewalt ihrer Entführer befinden, schätzt aber, daß es mit den ihr nicht gemeldeten 430 sind. Knapp die Hälfte aller Entführungen, denen Männer, Frauen und *Kinder gleichermaßen* zum Opfer fallen, gehen nach Angabe der Behörde auf das Konto der FARC (Bewaffnete Streitkräfte der Revolution), die als bewaffneter Arm der kommunistischen Partei gelten; der Rest der Entführungen verteilt sich auf Guerrilla-Gruppen und Gewohnheitsverbrecher, die die allgemeine Unsicherheit für ihre Zwecke ausnutzen. In manchen Fällen handeln Parlamentarier das Lösegeld aus und werden dafür entlohnt.

Die Guerrilla finanziert mit den Lösegeldern ihren Aufstand. Erhebliche Mittel fließen auf diese Weise in die Kasse der Revolution. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden nach Angaben der Polizei für 19 Opfer der Guerrilla 6,5 Millionen Dollar Lösegelder bezahlt. Die Gewohnheitsverbrecher geben sich mit sehr viel weniger zufrieden: Sie kassierten in der gleichen Zeit von 11 *Entführten* 1,3 *Millionen* Dollar.

Einige Entführte erlangen ihre Freiheit nie wieder: Sie werden von ihren Entführern ermordet. Andere berichteten von grausamen Torturen. Um diese Verletzungen der Menschenrechte kümmern sich deren organisierte Verteidiger nur selten.

Viele Opfer berichten von den Zuständen in den „Volksgefängnissen", in denen sie von der Guerrilla festgehalten werden. Der Industrielle Vazquez Rua sagte nach seinem Freikauf, daß man ihn mit einer Kette an sein Bett gebunden hatte. Seine Wärter spielten mit Handgranaten. Der 12jährige Wilson Palomino Arias wurde so gequält, daß er nach seiner Freilassung bat, seine Entführer zum Tod zu verurteilen.

Die von der Polizei genannten Zahlen angezeigter und nicht angezeigter *Entführungen* ergeben, daß in Kolumbien alle 21 Stunden eine Person entführt wird.

KOLUMBIEN

So ist es verständlich, daß viele Kolumbianer es vorzogen, ins Ausland zu fliehen. Viehzüchter verließen ihre Güter, um der täglichen Bedrohung zu entgehen, entführt zu werden. Internationale Unternehmen ziehen ihre Manager aus Kolumbien zurück. Wieder andere umgeben sich mit Leibwächtern, um sich und ihren Besitz zu verteidigen.

Lloyd's hat für Lateinamerika eine neue Art von Versicherung geschaffen, die Versicherten im Fall einer Entführung Hilfe garantiert. Die Versicherung, die nur für solche Fälle Kontaktstellen in Kolumbien und in Guatemala unterhält, garantiert diskrete Verhandlungen und sichere Aushändigung des Lösegeldes. Die Prämien der Versicherung werden individuell ausgehandelt und hängen von verschiedenen Faktoren ab: dem Wohlstand und der Lebensführung des Versicherten und der Höhe des zu wartenden Lösegeldes.

Eine größere Zahl von L... wächtern und eine zurückgezo... ne Lebensführung des Versich... ten tragen dazu bei, die Koster ermiedrigen. Ein Versicherter einer kolumbianischen Gr... stadt zahlt für seine Police Jahr „nur" 23 000 Dollar, wofü mit einem Lösegeld bis zu 5 ... lionen Dollar versichert ist, ... man sieht ihn nie in der Öff... lichkeit und er lebt von L... wächtern umgeben. Eine in ... dellin lebende vierköpfige Fa... lie zahlt 8000 Dollar im Jahr ... ein eventuelles Lösegeld von 500 000 Dollar.

Bei einigen Kolumbianern, ... ihr Land verlassen haben, ... delt es sich um Personen, die der Guerrilla entführt und ... der Polizei befreit worden wa... Sie hätten es vorgezogen, ... freizukaufen und dadurch ang... lich in Zukunft geschützt zu s... Nun fürchten sie, daß die Gue... la doppeltes Spiel vermutet ... sich deshalb an ihnen räc... will. Eine Person wird im al... meinen nicht wieder entfü... wenn sie sich einmal freika... Gerüchte wollen davon wis... daß solche „Befreite" sich zu ... teren regelmäßigen Zahlun... verpflichtet haben.

Der größte Verlierer bei di... „Industrie der Entführungen", wie man in Kolumbien sagt, ... der Staat. Seine Autorität ... stark eingebüßt, was sich an ... Tatsache ablesen läßt, daß z... Drittel der Entführten sich da... hüten, seine Ordnungsorgane ... zurufen. Andererseits soll ... die Regierung in manchen Fä... bereit erklärt haben, den Entf... rungsopfern die Steuer zu er... sen, die sie auf die Verdie... hätten zahlen müssen, die sich... Lösegelder in Verluste verw... delten. (S...

Strauß: Verbot der Vermummung notwendig

DW. Bonn

Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat die geplante Änderung des Demonstrationsstrafrechts kritisiert und sie als „nicht weitgehend genug" bezeichnet. Strauß nannte ein Verbot der Vermummung und der „passiven Bewaffnung" notwendig und sinnvoll. Die CSU stehe geschlossen hinter Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU), und er – Strauß – hoffe – „auch die gesamte CDU". Demgegenüber sprachen Politiker der SPD von einer „Zumutung" und Einschränkung bei der Nutzung der Meinungsfreiheit.

Bei den Aktionen und Demonstrationen, die im Zusammenhang mit der möglichen Aufstellung von Pershing-2-Raketen für den Herbst erwartet werden, gelten nach Ansicht von Bundesinnenminister Friedrich *Zimmermann* Anlagen und Transporte der Streitkräfte als besonders gefährdete Zielobjekte. Zimmermann erklärte in der „Berliner Morgenpost", die Polizeien der Länder seien auf eine mögliche Konfrontation mit Gewalttätern *ausreichend vorbereitet. Das gelte* auch für den Bundesgrenzschutz (BGS), der polizeiliche Aufgaben in den Ländern übernehmen könne, wenn diese ihn anforderten. Es gebe zwar bisher keine konkreten Anhaltspunkte für gewaltätige Anschläge, bekannt sei aber, daß anarchistische Gewalttäter friedliche Veranstaltungen umfunktionieren und unter dem Schutz dieser Demonstrationen Gewalttaten begehen könnten.

Zimmermann erklärter ferner, er habe sichergestellt, daß der Personalbestand der Vollzugsbeamten des BGS erhalten bleibe. 1984 könnten außerdem 1800 Dienstanfänger eingestellt werden. Ende 1985 werde der BGS über 2800 Vollzugsbeamte mehr als jetzt verfügen.

Bundesjustizminister Engelhard (FDP) bekräftigte in der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven" gestern die ablehnende Haltung seiner Partei zu einer Verschärfung des Demonstrationsrechtes. Bundesinnenminister Zimmermann erklärte in derselben Sendung, er bestehe auf einem Verbot der Vermummung und der sogenannten „passiven Bewaffnung". Er sei „felsenfest" davon überzeugt, daß er auch die Zustimmung des Koalitionspartners FDP bekommen werde. Demgegenüber argumentierte Engelhard, wie bereits sein Amtsvorgänger Jürgen Schmude (SPD), daß das Vermummungsverbot, das bereits heute von Fall zu Fall angeordnet werden kann, als Straftatbestand Probleme aufwerfe. Aber, so Schmude: „Wir lehnen die Vermummung prinzipiell ab." Wer sein Gesicht verberge, pervertiere das Demonstrationsrecht.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

SED will Kirche für sich einspannen

Bischof Hempel lehnt es ab, sich für Ost-Berlins Abrüstungsvorschlag einzusetzen

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin

Vor ihrem Abflug zur Vollversammlung des Weltkirchenrates nach Vancouver traf die Delegation des Bundes der evangelischen Kirchen in der „DDR" mit dem Stellvertreter für Kirchenfragen, Staatssekretär Hermann Kalb, in Ost-Berlin zusammen. Wie einer Meldung der Nachrichtenagentur ADN zu entnehmen ist, gab Kalb während der Unterredung seiner Überzeugung Ausdruck, daß sich die Delegierten in Ausübung des ihnen von ihren Kirchen übertragenen Amtes „gleichsam als Repräsentanten unseres sozialistischen Friedensstaates verstehen".

Der sächsische Landesbischof Hempel, Leiter der Delegation des Kirchenbundes bei der Tagung des Weltkirchenrates in Vancouver, vermied es bei dem Gespräch jedoch offenbar, auf das Ansinnen Ost-Berlins an die evangelische Kirche der „DDR" einzugehen, sich für die einseitigen Abrüstungsvorschläge des Ostblocks auf der Kirchenkonferenz einzusetzen. Hempel bedankte sich zwar für die „umfassende Information", wies aber dann darauf hin, daß es in Vancouver vor allem um die Überwindung der Spaltung der *Christenheit sowie um die gemeinsame* Sorge „aller Christen" um die Erhaltung des Friedens und die Verwirklichung von gerechteren Strukturen in der Welt gehe.

Das Treffen zwischen Vertretern von Staat und Kirche macht deutlich, daß Ost-Berlin derzeit jede Gelegenheit nutzt, um seine gegen die Möglichkeit der Aufstellung von Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles in Westeuropa gerichtete Politik durchzusetzen. Um dieses Ziel zu erreichen ist die „DDR"-Führung bereit, wie sich auf den Kirchentagen der Landeskirchen in den vergangenen Wochen und Monaten gezeigt hat, *Wohlverhalten zu praktizieren* und in begrenztem Rahmen kritische Äußerungen gegenüber dem Staat zu tolerieren.

Die Kirche weiß dieses allerdings politisch genau kalkulierte Wohlverhalten des Staates durch*aus zu schätzen. Auf dem Kirchen*tag in Dresden wurde von Mitgliedern der Kirchenführung mehrfach darauf hingewiesen, daß die Durchführung der kirchlichen Massenveranstaltung jederzeit und in jeder Hinsicht vom Staat unterstützt worden sei. Gegen allzu große staatliche Penetranz versuchte sich die Kirche freilich abzugrenzen. Wie der sächsische Landesbischof beim Treffen mit Vertretern des Staates in Ost-Berlin, so haben auch führende Mitglieder der Kirche auf den Landeskirchentagen immer wieder darauf hingewiesen, daß die Kirche in erster Linie eine christliche Glaubensgemeinschaft sei.

Allerdings haben die politischen Erwartungen, die von seiten der SED an die evangelische Kirche geknüpft werden und die eine begrenzte Toleranz verständlich machen, durchaus ihren Hintergrund. Wenn Ost-Berlin gegenüber den Delegierten der evangelischen Kirche für die Tagung des Weltkirchenrates in Vancouver die Überzeugung ausspricht, daß sie sich bei diesem Treffen „gleichsam als Repräsentanten des sozialistischen Friedensstaates verstehen", dann kann es sich darauf berufen, daß die Kirche sich selbst als „Kirche im Sozialismus" bezeichnet. Der für Kirchenfragen zuständige Staatssekretär Gysi kennzeichnet diesen Emanzipationsprozeß der Kirche als ein auf längere Zeiträume *angelegtes „historisches Experiment"*.

Ohne Zweifel setzt die SED erhebliche Erwartungen in dieses „Experiment". Schließlich kann Gysi darauf hinweisen, daß der thüringische Landesbischof Leich *dem atheistischen Staat der* „DDR" bescheinigt hat, daß er trotz seiner marxistisch-leninistischen Grundeinstellung „Gottes Willen dient, ohne es zu sagen", indem er Gesetz und Ordnung garantiere, Gemeinschaften und individuelles Leben respektiere sowie für den Frieden unter den Völkern eintrete.

Dabei versucht die SED unverkennbar die moralischen Kräfte der evangelischen Kräfte des Protestantismus, über die der Marxismus-Leninismus offenbar nicht verfügt, für ihre eigenen politischen Ziele zu mobilisieren. Dies wird unter anderem in der Wandlung der offiziellen Lutherinterpretation deutlich. Während bis vor wenigen Jahren noch behauptet wurde, daß die Reformation den „deutschen Untertanengeist" und ein übersteigertes Pflichtbewußtsein gefördert habe, wird neuerdings erklärt, daß die Lehre Luthers die gewissenhafte Arbeit im Beruf zur „unbedingten Pflicht" mache. Vom „deutschen Untertanengeist" ist nicht mehr die Rede, sondern von der Erziehung der protestantischen Christen zur „Achtung gegenüber der Obrigkeit".

Abgeordnete beim Waffentest in USA

RÜDIGER MONIAC, El Paso

24 Stunden Flugzeit haben Abgeordnete aus Haushalts- und Verteidigungsausschuß des Bundestages *vergangene Woche auf sich genommen*, um an der Präsentation eines neuen für das deutsche Heer bestimmten Artillerie-Raketenwerfers in der texanischen Wüste teilzunehmen. Sechs Stunden dauerte die Veranstaltung auf der White Sands Missile Range nördlich von El Paso. Am Ende der insgesamt dreitägigen Reise waren die Parlamentarier zufrieden, teilweise sogar beeindruckt. Noch in der Wüste hatten der Vorsitzende der „Verteidiger", Alfred Biehle (CSU) und sein Vertreter von der SPD, Erwin Horn, übereinstimmend festgestellt, noch niemals habe es vor der Beschaffung eines Waffensystems für die Bundeswehr eine derart gute Unterrichtung für die Abgeordneten gegeben.

Dieses Lob geht an die Adresse des Heeresinspekteurs Meinhard Glanz. Der Generalleutnant gab sich alle Mühe, sowohl das Informationsbedürfnis der Parlamentarier, besonders der Frauen unter ihnen, der SPD-Abgeordneten Brigitte Traupe, Lieselotte Berger von der CDU und dem „Bonner Neuling" von der FDP, Ursula Seiler-Albring, zufriedenzustellen als auch ein korrekter Botschafter seines Landes bei den Amerikanern zu sein. Dabei trieb der General die Korrektheit selbst für manchen Abgeordneten unverständlich auf die Spitze, indem er auch in der heißen Wüstensonne die laut Kleidervorschrift zur Uniform gehö*renden* Wildlederhandschuhe selten ablegte. Nur die „grüne" Bundestagsfraktion war auf der Reise nicht vertreten. Ihr Abgeordneter Hans Verheyen fehlte aus unbekannten Gründen.

MLRS heißt das System. Die Abkürzung steht für Multi Launch Rocket System. Das US-Heer führt den Werfer gerade in seine Artillerieverbände ein. Eine Batterie einer in Süddeutschland stationierten US-Division soll bereits im kommenden September mit dem Waffensystem in Baumholder stationiert werden. Der Werfer besteht aus einem Kettenfahrzeug, dessen Führerhaus Schutz gegen Infanteriewaffen gibt. Auf seiner Ladefläche sind zwei Behälter mit je sechs Raketen montiert, die, gesteuert durch eine computerisierte Feuerleitanlage, nach Höhe und Seite sehr genau gerichtet werden können, so daß die Raketen ihre Gefechtsladung auf Reichweiten bis zu vierzig Kilometer exakt ins Ziel bringen können. General Glanz sagt zu MLRS: „Damit machen das Heer und seine Artillerie einen Qualitätssprung in die Zukunft."

Sollte die Waffe eingeführt werden, erhielte der „schwere Hammer" der Landstreitkräfte Fähigkeiten, die er bislang nicht hatte. Dieses den Parlamenariern klar zu machen und ihnen zu erläutern, warum in der Beschaffungsplanung des Heeres für den Kauf des MLRS-Systems *nach dem* Preisstand von Ende 1982 rund 4,1 Milliarden Mark für 200 Werfer, die nötige Munition und die entsprechenden Instandsetzungs- sowie Ausbildungseinrichtungen bei der Artillerie erforderlich sind, war für den Heeresinspekteur die Zielsetzung dieser Reise. Die Reaktionen der Abgeordneten, auch die bei der oppositionellen SPD, haben seine Zuversicht gestärkt, die zuständigen Gremien des Bundestages würden, wenn ihnen im Laufe des Jahres 1984 die MLRS-Beschaffungsvorlage zur Genehmigung der Gelder zugeleitet werden wird, keine Einwände erheben.

Bei ihrem Besuch in El Paso erlebten die Abgeordenten den fünften von insgesamt neun Tests mit der von eine deutschen Firmengruppe entwickelten Panzermine des Typs AT-2. Jede vom MLRS-Werfer verschießbare Artillerierakete führt in ihrem Gefechtskopf 28 derartige Minen mit sich. So kann ein einziger Werfer allein mit einer Ladung von zweimal sechs Raketen 336 Minnen in einem bis zu vierzig Kilometer entfernten Gelände als Panzersperre verschießen. Mit dem Testergebnis des fünften Testschusses waren die deutschen Techniker „sehr zufrieden".

„Spendenrecht bedarf einer Neuordnung"

HEINZ HECK, Bonn

Das gesamte steuerliche Spendenrecht bedarf nach einer Untersuchung des Bonner Instituts „Finanzen und Steuern" dringend der Neuordnung. Das Institut hat die Vorschläge der vom Bundespräsidenten berufenen Sachverständigenkommission zur Neuordnung der Parteienfinanzierung zum Anlaß genommen, das gesamte steuerliche Spendenrecht – nicht nur das zugunsten politischer Parteien – zu überprüfen. Aus dem Katalog von „Zweifeln" und „erheblichen Zweifeln" an der geltenden Regelung seien nur einige herausgegriffen. So wird bezweifelt, ob das steuerliche Spendenrecht „überhaupt eine ausreichende Rechtsgrundlage hat". Es müsse „dringend geklärt werden", ob Spenden auch als Betriebsausgaben oder Werbungskosten bei betrieblicher oder beruflicher Veranlassung abziehbar seien.

Gewerkschafterin zur Bundesanstalt

Rei. Bonn

Als Nachfolgerin des Vizepräsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Helmut Minta, ist die Leiterin der Abteilung Arbeitsmarkt beim DGB-Bundesvorstand, Ursula Engelen-Kefer, im Gespräch. Minta vollendet im nächsten Jahr sein 60. Lebensjahr.

Frau Engelen-Kefer, seit 1978 im Vorstand der Bundesanstalt, zählt zu den schärfsten Kritikern der in der vergangenen Woche veröffentlichten Thesen des CSU-Bundestagsabgeordneten Heimo George. Sie „fühlt sich erinnert an das Lambsdorff-Papier" vom Herbst vergangenen Jahres. George hatte erklärt, daß Lohnniveau sei zu hoch, die Arbeitszeitordnung sei zu eng und die vielen Schutzvorschriften für Arbeitnehmer beeinträchtigten die Bemühungen um eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Soares setzt Polizei bei Werft-Streik ein

Portugals KP will „Zusammenarbeit" erzwingen

ROLF GÖRTZ, Madrid

Portugals Ministerpräsident Mario Soares (Sozialist) setzte zum ersten Mal Polizei gegen streikende Arbeiter ein: 500 Mann einer Spezialeinheit der portugiesischen Sicherheitspolizei rückten überraschend auf das Gelände der seit dem 7. Juni bestreikten Großwerft Lisnave ein. Ohne auf Widerstand zu stoßen, isolierten die Polizisten die Streikposten und öffneten den Arbeitswilligen die Werfttore.

Die Regierung sah sich zum Handeln gezwungen, weil sich die Botschafter der Niederlande und Griechenlands im Namen von mehreren Reedern bei der Regierung beschwert hatten. Sie verlangten die Freilassung einer Reihe von Schiffen ihrer Flaggen, deren Reparaturarbeiten längst abgeschlossen waren. Streikkommandos der kommunistischen Gewerkschaft CGTP-Intersindical verhinderten aber das Auslaufen von insgesamt 14 Schiffen. Technische Kommandos der Marine sollen jetzt die Docks fluten, damit die Schiffe aufschwimmen und ihren Terminen „nachfahren" können.

Einige der Reeder meldeten Millionenschäden an, da sie Lade- und Löschtermine versäumten und dafür nicht nur die üblichen Konventionalstrafen entrichten mußten. Bei der angespannten Lage auf dem Tankermarkt bedeutet diese Situation für manche Reeder bereits die Existenzfrage. Für den Polizeieinsatz spielte auch eine Rolle, daß Griechenland zur Zeit den Vorsitz in der EG innehat, der Portugal beitreten möchte.

Die Regierung Soares reagierte mit dieser entschlossenen Maßnahme auf die offene Kampfansage des Chefs der Kommunistischen Partei, Alvaro Cunhal, der nach den letzten Parlamentswahl... geblich versuchte, die Sozi... zu einer Volksfront mit de... zwingen. Mario Soares lehn... tionsangebote der KP sei... strikt ab: „Die von Mosk... gierte KP können wir ni... demokratische Partner h... ten." Seine Koalition mit ... zialdemokratischen Partei ... eine breitere Basis im Par... und in der Bevölkerung.

Um die Sozialisten wen... außerhalb der Regierung z... „Zusammenarbeit" mit de... zwingen, setzte Cunhal nu... seine entscheidende Kader... an: Die Werftarbeiter von Li... 6000 von etwa 7000 Arbeite... Angestellten, gehören der k... nistischen CGTP an. Sie mar... ren bei allen Demonstration... Kommunisten an der Spitz... Lisnave gingen fast alle St... wegungen im Lissaboner ... striegürtel aus. Auf ihn mu... die KP heute beschränken, ... Arbeiter außerhalb dieser ... den kommunistischen Streik... fen längst nicht mehr folgen.

Der Arbeitsausfall bei Li... veranlaßte eine Reihe von ... dern, diese Werft, die sie ... ihrer günstigen Lage an der ... kerroute bevorzugten, zu m... So kam es, daß selbst das ... einträglichste Industrieunte... men unter den vielen Zusch... trieben des Staates selbs... Schwierigkeiten geriet. Die b... hin am besten bezahlten Ar... Portugals standen im März v... Wahl, entweder Massenentla... gen hinzunehmen oder mit ... 15 000 Escudos (570 Mark) im ... nat – das ist der Mindestlohn – ... Durststrecke durchzustehen, ... das Vertrauen der Reeder wi... hergestellt wird.

Der Journalist Francis Ofner wird 7...



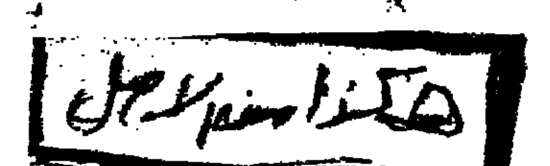
Francis Ofner vertritt den Verlag Axel Springer in Israel FOTO: DIE WELT

Einem breiten Leserpublikum in den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik ist Francis Ofner, der heute 70 Jahre alt wird, als informierter Journalist bekannt. Er gehört jener Kategorie von Journalisten an, die sich nicht damit begnügten, nur Zeugen der Geschichte zu sein, sondern immer bestrebt waren, auch Mitbeteiligte zu sein. In Novisad/Jugoslawien als Sohn eines bekannten Rechtsanwalts geboren, wurde Ofner zunächst Jurist. Er war in der zionistischen Bewegung tätig und nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges einer der Organisatoren einer über Jugoslawien führenden illegalen Einwanderung nach Palästina. In dieser Eigenschaft war er auch am politischen Leben Jugoslawiens beteiligt und gehörte jenem Verschwörerkreis an, der den Ausbruch Jugoslawiens aus der Achse auslöste, was letztlich zum Einmarsch der deutschen Truppen in Jugoslawien führte.

Novisad wurde von der ungarischen Armee besetzt. Ofner kam ins Arbeitslager, konnte entfliehen, kam mit seiner Frau 1942 nach Budapest, wo er Kontakte zur jüdischen Untergrundbewegung anbahnte. Später gelang es ihm, nach Istanbul zu kommen. Von dor... begann er Hilfe für die Jude... Ungarn zu organisieren. Zur... chen Zeit war er Mitbegründ... nes internationalen Komitee... Rettung von Intellektuellen; ... beitete mit einer Reihe von ... schen zusammen, die sich in ... bul befanden.

Ende des Krieges kam er ... Palästina und begann seine jou... listische Tätigkeit, zunächst ... Korrespondent der „Chicago ... bune", später für „*Christian Sc*... ce Monitor". Nach der Erricht... des Staates Israel wurde O... inoffizieller Berater der Wirtsc... rions. Durch sein Geschick kam... zahlreiche Treffen zustande, wi... wa eines zwischen Ben Gurion ... (dem damaligen *Kaiser von Ä*... pien) Haile Selassie; vermitte... war er auch tätig, als es dar... ging, Beziehungen zu Iran he... stellen. Kontakte in der arabisch... Welt nutzte er, um die Auswan... rung jemenitischer Juden durch... setzen. Seit 1962 vertritt Ofner ... Israel den Axel-Springer-Verlag ... ist der persönliche Vertreter d... Verlegers. Er ist außerdem V... präsident der Israelisch-Deutsch... Gesellschaft.

ASHER BEN-NATA...



USA: „Offen für jeden ernsten Vorschlag"

SAD, **Washington**

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat am Wochenende seine Bereitschaft bekräftigt, jeden ernstgemeinten Vorschlag zur Verringerung der strategischen Rüstung bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf aufzugreifen. In seiner wöchentlichen Rundfunkansprache versicherte Reagan, er bleibe bereit, „neue Ideen zur Erzielung eines Durchbruchs zur Rüstungsverminderung" aufgeschlossen in Erwägung zu ziehen. Er meinte, dies sei eine „Zeit der Hoffnung und der Gelegenheit".

Reagans Ansprache, die nicht nur für die Ohren Moskaus bestimmt war, hatte als Adressaten auch die Mitglieder des amerikanischen Kongresses im Auge, die in diesen Tagen abschließend über die vom Präsidenten vorgeschlagenen neuen Rüstungsvorhaben abstimmen. Der Präsident appellierte an die Politiker, die überparteiliche Koalition im Kongreß nicht zu zerstören, die vor wenigen Wochen der Entwicklung der neuen amerikanischen Rakete vom Typ MX zugestimmt hatte.

Jetzt, da es darum geht, die Mittel für die eigentliche Produktion der neuen Rakete zu bewilligen, scheint die Mehrheit für die MX wieder gefährdet. Im amerikanischen Senat, der am Samstag zu einer außergewöhnlichen Wochenendsitzung zusammentrat, waren die Gegner der Rakete zunächst in der Lage, durch parlamentarische Manöver eine endgültige Abstimmung weiter hinauszuzögern. Die Mehrheit der regierungstreuen Senatoren war nicht groß genug, ein Ende der Debatte zu erzwingen. Die Debatte wird nun in dieser Woche fortgesetzt. Dann wird auch das von der Opposition beherrschte Repräsentantenhaus über die MX abstimmen.

Die Regierung möchte insgesamt hundert MX-Raketen bauen lassen. Präsident Reagan hält die Modernisierung des amerikanischen strategischen Arsenals durch den Bau der MX für unbedingt notwendig, wenn die Sowjets überzeugt werden sollen, daß es sich auch für sie lohnt, eine Vereinbarung über eine Verringerung der interkontinentalen Waffensysteme abzuschließen. Reagan bekam die Zustimmung des Kongresses für die Entwicklung der Rakete allerdings nur gegen das Versprechen, sich um Rüstungskontrollvereinbarungen mit der Sowjetunion zu bemühen und künftig das Schwergewicht der amerikanischen Abschreckungsmacht auf kleinere Raketen mit jeweils nur einem Sprengkopf (die MX hat zehn Sprengköpfe) zu legen.

Inzwischen sind im Kongreß wieder Zweifel laut geworden, ob der Präsident wirklich gewillt ist, das zu tun, was er erst vor wenigen Wochen versprochen hatte. Besonders die oppositionellen Demokraten nähren solche Zweifel immer wieder. So machte etwa der demokratische Senator Patrick Leahy in seiner Antwort auf die Rundfunkansprache des Präsidenten keinen Hehl daraus, daß er glaube, die Reagan-Administration sei nicht ernsthaft um eine Kontrolle der Rüstung bemüht. Leahy meinte, bei den Unterhändlern, die Präsident Reagan zu den Rüstungskontrollverhandlungen mit den Sowjets gesandt habe, handele es sich um Leute, die „entweder der Rüstungskontrolle ablehnend gegenüberstehen oder unerfahren sind".

Den Haag verschärft den Sparkurs

DW./AP, **Den Haag**

Das Sparprogramm der konservativen niederländischen Regierung unter Ministerpräsident Ruud Lubbers für 1984 wird ein Volumen von 11,8 Milliarden Gulden (rund 10,6 Milliarden Mark) haben. Damit hat die Regierung aus Christdemokraten und Rechtsliberalen (Volkspartei für Freiheit und Demokratie) ihren Sparkurs noch verschärft. Ursprünglich hatte es geheißen, dem Parlament werde im September ein Haushaltsentwurf vorgelegt mit Einsparungen in Höhe von sieben Milliarden Gulden. Über die Höhe des Gesamthaushalts teilte Lubbers nichts mit.

Mit dem Sparprogramm will die Regierung das derzeit 37 Millionen Gulden betragende Haushaltsdefizit verringern. Auf diese Weise soll zur Deckung der Staatsschuldengebrauchtes Privatkapital wieder für Investitionen in der Wirtschaft frei werden. Lübbers sagte, die negative Haushaltsbilanz sei von stetig sinkenden Erdgaseinnahmen mitverursacht. Die Arbeitslosenzahl lag in Holland bei rund 800 000, das sind 17 Prozent der Arbeitskräfte.

Deutscher Prälat Bischof in Quito

dpa, **Essen**

Papst Johannes Paul II. hat den Geschäftsführer der bischöflichen Aktion Advenat für die Kirche in Lateinamerika, Emil L. Stehle (Essen), zum Weihbischof in Quito (Ecuador) ernannt. In der Ernennungsurkunde wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der 56 Jahre alte neue Weihbischof „auf Wunsch des Heiligen Vaters und mit Zustimmung des Erzbischofs von Quito, Kardinal Pablo Munoz Vega SJ, und des Bischofs von Essen, Dr. Franz Hengsbach", seine gegenwärtigen Aufgaben beibehält: die Leitung der Geschäftsstelle der Aktion Adveniat und der Koordinierungsstelle von Fidei Donum, des Zusammenschlusses deutscher Diözesenpriester, die auf Zeit seelsorgliche Aufgaben in Lateinamerika übernommen haben.

Die Mahner waren manchen lästig

Von WALTER H. RUEB

Rund 70 Männer zwischen 16 und 73 Jahren starteten am 17. Juni in Travemünde zum „Internationalen Marsch für Menschenrechte und Frieden". 13 Nationen waren in dem bunten Haufen bekenntnisfreudiger Männer vertreten; neben Christen marschierten Juden, Mohammedaner, Buddhisten, Orthodoxe und Atheisten mit.

In 57 Tagesetappen wollen die Demonstranten die 1157 Kilometer lange Strecke von Travemünde nach München zurücklegen. „Wenn es meinem Volk etwas nützen würde, wäre ich bereit, bis nach Kabul zu marschieren", sagte der 36jährige, in Hamburg lebende afghanische Jurist Wahid Royan.

Ihm und seinen Landsleuten aus einem Lager in Bebra geht es bei dem Demonstrationsmarsch vor allem darum, daran zu erinnern, wie die Sowjets in seiner Heimat die Menschenrechte mit Füßen treten, über vier Millionen Afghanen zur Flucht getrieben und annähernd eine Million getötet haben. Stellvertretend für die ungarischen Flüchtlingsorganisationen in Deutschland macht der 25jährige Mechaniker und Lkw-Fahrer Laszo Blenyesi den Marsch mit. „Vergeßt Ungarn nicht und werdet nicht müde, wachsam gegenüber dem roten Terror zu bleiben", sagt er.

In Lübeck beleidigt

Der Chef der Gruppe, der Pole Edmund Hulsz, hat die Distanz Hamburg–Kabul demonstrierend wenigstens zur Hälfte zurückgelegt, wenn er am 8. August in der bayerischen Metropole ankommt. Der 36jährige ehemalige Streikführer aus Gdingen hat im letzten Sommer am 2250 Kilometer langen Demonstrationsmarsch Hamburg–Rom teilgenommen. Er wurde dort sogar von Papst Johannes Paul II. empfangen. „Wir marschieren nicht gegen, sondern für etwas", sagte der Pole mit Überzeugung. „Nämlich für Menschenrechte und Frieden."

Der mit 73 Jahren älteste Teilnehmer aus Ungarn mußte schon nach wenigen Tagen aufgeben, ein junger Afghane vertauschte in Fulda die Straße mit einem Hospitalbett. Auch andere Marschierer kapitulierten unterwegs vor den Strapazen. Oft schliefen sie auf dem nackten Boden oder unter freiem Himmel; nicht selten mußte eine Etappe mit knurrendem Magen durchgestanden werden.

Die Unkosten des Marsches konnten von den zumeist mittellosen Teilnehmern nur teilweise selbst getragen werden. Deshalb wurden an der Strecke liegende katholische und evangelische Pfarreien schriftlich um Hilfe bei Unterbringung und Verpflegung der Marsch-Teilnehmer gebeten. Die Antworten verschiedener Pfarrhäuser aber waren enttäuschend. Das Schreiben von Dekan Wunderer vom Evangelisch-Lutherischen Dekanat Hof beispielsweise lautete: „... Ich teile mit, daß die Evangelische Kirche ihre eigenen Friedensveranstaltungen macht. Wir sehen uns nicht in der Lage, an Veranstaltungen Dritter uns offiziell zu beteiligen. Die Evangelische Kirche in Hof möchte ihre Friedensarbeit auf ihre eigenen Friedensinitiativen beschränken. Ein gemeinsamer Gottesdienst ist nicht möglich, und Übernachtungsmöglichkeiten können wir leider nicht anbieten."

In Fulda war die Hälfte der Distanz zurückgelegt. Im gastlichen Bonifatiushaus der Erzdiözese Fulda genoß das auf ein Dutzend Marschierer zusammengeschrumpfte Häufchen von Demonstranten während zweier Tage die Gastfreundschaft der katholischen Kirche. Es wurde Bilanz gezogen: Die Polen, Afghanen, Iraelis, Vietnamesen, Kambodschaner, Russen, Balten, Tschechoslowaken, Ungarn und Deutschen hatten eine schockierende Erfahrung gemacht: Das Thema Menschenrechte ist fast überall suspekt.

In Lübeck wurden die Demonstranten vom Bürgermeister beschimpft und beleidigt, in Wolfsburg von Kommunisten bedroht. In zahlreichen Etappenorten begrüßten die Bürgermeister zwar die Gruppe mit ihren Nationalflaggen, der Europafahne und dem IGFM-Schild, dem Schild der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, unter deren Schirmherrschaft der Marsch steht. Viele verweigerten jedoch eine Eintragung ins „Goldene Buch" der Demonstranten – aus Furcht, ihre Verwandten „drüben" in Unannehmlichkeiten zu bringen.

Schließlich ging der Marsch in unmittelbarer Nähe zur deutsch-deutschen Grenze nach Süden – um auf den friedensfeindlichen Charakter der innerdeutschen Grenze aufmerksam zu machen. Im kleinen Brome lernten die Demonstranten freilich einen mutigen Bürgermeister kennen. „Wir sehen täglich die Schandgrenze zur DDR vor uns und wissen, welchen Wert die Freiheit für uns deutsche Bürger hat", schrieb er den Gästen ins „Goldene Buch". Und Lüneburgs Oberbürgermeister Horst Nickel schrieb: „Ohne Einhaltung der Menschenrechte sehe ich für die Welt wenig Hoffnung."

Der Marsch war für viele der ausländischen Teilnehmer ein regelrechter Anschauungsunterricht in deutscher Vergangenheit und Gegenwart. Im Grenzdurchgangslager Friedland lernten sie zum Beispiel das weltbekannte Tor zur Freiheit für Millionen von Menschen kennen.

Von Fulda unterstützt

Über mangelnde Aufmerksamkeit, Kontakte, Gespräche und Bekanntschaften bei der Bevölkerung konnten sich die Marschierer nicht beklagen. In Philippsthal hatte die Gruppe ihr bisher eindrucksvollstes Erlebnis.

„Wir fuhren von Hünfeldt an die unmenschliche deutsch-deutsche Grenze", berichtete darüber der einzige Demonstrationsteilnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland, der 21jährige Werner Schneiderbanger. „Auf einer Anhöhe oberhalb der Grenzanlagen mit gutem Blick auf die unmittelbar angrenzende DDR-Stadt Vecha und ihre historische Brücke winkten die Demonstranten den DDR-Bürgern mit sämtlichen Fahnen und sprachen über Megaphon zu ihnen über die Grausamkeit des Sowjet-Regimes, der Todesgrenze mit ihren Selbstschuß-Automaten und machten auf die Ziele dieses Marsches aufmerksam. Durch die Ferngläser der uns begleitenden BGS-Beamten konnten wir einige Menschen in Vecha sehen, die uns vorsichtig aus Hinterhöfen zuhörten ..."

Gern rasteten die Marschierer auch in Fulda nach einem langen Marsch durch Gleichgültigkeit und Feindseligkeit, Beifall, Zustimmung und Solidarität. Denn von Fulda aus machten sich die Polen, Afghanen, Ungarn und Deutschen nicht nur voll guter Eindrücke und frischer Kraft, sondern auch mit einem finanziellen Zuschuß aus der Fuldaer Stadtkasse wieder auf den Weg nach Bad Brückenau. Fuldas Oberbürgermeister Wolfgang Hamberger verabschiedete sich von ihnen mit den Worten: „In keiner Zeit wurden die Menschenrechte so brutal und zugleich subtil verletzt wie heute ... Deshalb ist Ihre Aktion ein Stück Hoffnung in dieser Welt. Alle Deutschen müßten Ihnen deshalb Respekt zollen. Fahren Sie fort, die Schläfer aufzurütteln."

Das entmündigte Foreign Office

Seit Falkland bestimmt Frau Thatcher die Außenpolitik selbst / Dilemma für Sir Geoffrey

Von FRITZ WIRTH

Einer der faszinierenden Aspekte für Partner, Ausgelieferte und Beobachter der britischen Außenpolitik in den nächsten Monaten ist die Frage, wessen Außenpolitik es ist, die Margaret Thatchers oder die ihres neuen Außenministers Sir Geoffrey Howe? Bis zum April des letzten Jahres wäre eine solche Frage frivol gewesen. Unter Lord Carrington war die britische Außenpolitik eindeutig ein Produkt der Diplomaten, Berater und Experten auf der anderen Straßenseite von Downing Street 10: kompetent, professionell, wenn auch zuweilen etwas zu arrogant.

Das änderte sich mit dem diplomatischen Fiasko dieses Hauses, das in den Falklandgrieg, die Ablösung Carringtons und die Entmachtung und Degradierung durch Frau Thatcher mündete. Frau Thatcher bestimmte plötzlich nicht nur die Richtlinien der britischen Außenpolitik, sondern das Detail, den Stil, das gesamte Klima. Das einst stolze und selbstbewußte Foreign Office war in den letzten 15 Monaten ein zutiefst demoralisiertes Ministerium.

Es gibt gute Gründe, von der bisher schwersten Krise der britischen Außenpolitik seit dem Suezkonflikt zu sprechen. Denn sie hat seit dem Rücktritt Lord Carringtons für die ausländischen Partner die bisher eindrucksvollste Gütemarke verloren; ihre Berechenbarkeit. Statt dessen gab es Identitätsprobleme, denn die Briten präsentieren ihren ausländischen Partnern mit Sir Geoffrey Howe nicht nur ihren dritten Außenminister innerhalb von 14 Monaten, sie haben mit der letzten Regierungsumbildung auch zum zweiten Mal innerhalb dieser Zeitspanne ihr gesamtes politisches und ministeriales Team im Foreign Office ausgewechselt. Viel schlimmer noch: Seit Frau Thatcher ihre Hand so direkt mit im Spiel hat, gibt es für ausländische Beobachter mehr unbekannte Faktoren in der britischen Außenpolitik als ihnen lieb ist. Es ist schwieriger als zuvor üblich geworden, Motive, Zielrichtungen und Basis auszumachen.

Unter den in London akkreditierten Diplomaten, in den ausländischen Kanzleien und bei den Beamten im Foreign Office selbst schaut man deshalb mit einigen Erwartungen auf diesen neuen Außenminister. Die Frage lautet, ob Sir Geoffrey Howe die britische Außenpolitik ins altvertraute Stammgebäude repatriieren und ihr die alte Selbständigkeit zurückgeben kann. Es ist die eingangs gestellte Frage: wessen Außenpolitik? Die Frau Thatchers oder die des Foreign Office?

Das ist mehr als ein Personen-Konflikt, der sich hier abzeichnet. Von der Antwort hängen Stil und Substan der britischen Außenpolitik in den nächsten fünf Jahren ab, nämlich, ob sie im Stil aggressiv ist, wie es Frau Thatcher zuletzt in Stuttgart demonstrierte, oder auf urbritische Art professionell-diplomatisch – und ob sie in der Substanz nach Thatcher-Art nationalistisch ist, oder nach traditioneller Foreign Office-Hausart britische Interessen international einzuordnen versucht?

Für den neuen Außenminister Sir Geoffrey Howe stellt sich damit die Frage der Loyalität. Fühlt er sich in Zukunft Frau Thatcher, die er respektiert und deren politische Zielrichtung er als Schatzkanzler bedingungslos folgte, mehr verpflichtet als seinen Beamten im Foreign Office, auf dessen professionellen Rat er angewiesen ist? Das ist ein Dilemma, dem sich ein Mann wie Lord Carrington auf meisterhafte Weise entzog. Er war in

DIE ● ANALYSE

allen innen- und wirtschaftspolitischen Fragen ein fester Gefolgsmann Frau Thatchers, besaß in seinem außenpolitischen Bereich jedoch genug Souveränität und professionelle Expertise, um Frau Thatcher auf Distanz zu halten. Es gelang ihm außerdem, die seiner Afrikapolitik zunächst sehr skeptisch gegenüberstehende Regierungschefin zu seiner Rhodesien-Lösung zu bekehren.

Man tritt Sir Geoffrey Howe nicht zu nahe, wenn man ihm am Start seiner neuen Karriere bescheinigt, daß er weder in der Außenpolitik noch im Kabinett jemals die Statur eines Lord Carrington bekommen wird. Dies aber läßt sich mit gleicher Sicherheit voraussagen: Die Ära der außenpolitischen Konfrontation zwischen Foreign Offire und Downing Street, die in den letzten 14 Monaten die britische Außenpolitik lähmte, wird zu Ende gehen, schlicht deshalb, weil das persönliche Mißtrauen, das zwischen Frau Thatcher und Francis Pym existierte, nicht mehr vorhanden ist.

Es wird in Zukunft, zumindest nach außen hin, einen größeren außenpolitischen Konsensus zwischen Foreign Office und Downing Street geben. Das muß nicht heißen, daß dieses Verhältnis konfliktfrei bleibt. Um zunächst den Konsensus-Bereich zu umreißen: Es ist die Europapolitik und die britische Rolle im atlantischen Bündnis. Hier werden die Briten nach wie vor absolut berechenbar bleiben. Es wird in der EG-Politik weiterhin Spannungen geben mit den europäischen Partnern, doch sie bleiben im überschaubaren Bereich. Frau Thatcher wird hier nach wie vor mit kämpferischem Einsatz dafür sorgen, daß die Kasse stimmt. Versuche, diese Gemeinschaft enger politisch zusammenzuführen, wie es nicht zuletzt Außenminister Genscher immer wieder unternimmt, werden dagegen am Widerstand dieser Frau scheitern. Es gibt im britischen Außenministerium Beamte, die für Genschers Pläne sehr viel übrig haben; dieses Wohlwollen wird jedoch politisch irrelevant bleiben.

Wirklich harter Konfliktstoff zwischen Foreign Office und Downing Street werden nach wie vor auf absehbare Zeit die britische Nahostpolitik und das Verhältnis zum Ostblock bleiben. Das Foreign Office war seit Jahrzehnten in seiner Nahostpolitik stets proarabisch orientiert. Frau Thatcher hat diesen Kurs jedoch höchst reserviert beobachtet. So gesehen, war es schon ein Meisterstück Lord Carringtons, seine Regierungschefin auf dem Gipfeltreffen von Venedig im Jahre 1980 auf EG-Kurs zu bringen, der der PLO eine Rolle bei künftigen Nahostlösungen zubilligt. Seither jedoch ist sie zu diesem Kurs deutlich auf Distanz gegangen. Für sie ist die PLO eine Terroristen-Vereinigung.

In der Ostpolitik trifft der Wunsch des Foreign Office, den Dialog mit dem Kreml zu eröffnen, nach wie vor auf Widerstand Frau Thatchers. Tatsächlich gab es jedoch seit jenem Tag vor 12 Jahren, als Sir Alec Douglas Home über 100 sowjetische Diplomaten des Landes verwies, keine relevanten politischen Kontakte zwischen London und Moskau mehr, und Frau Thatcher ist nach wie vor nicht bereit, sie auf so hoher Ebene anzusiedeln, wie es im Jahre 1967 Harold Wilson tat, als er Kossygin nach London holte, massiv ins Territorium des Foreign Office eindrang, sich zum Friedensstifter in Vietnam profilieren wollte und gar ein Freundschaftsvertrag mit dem Kreml im Gespräch war.

Diese außenpolitische Initiative Wilsons zeigt im übrigen, daß das außenpolitische Engagement Frau Thatchers keineswegs kein so einzigartiges und ungeheuerliches Ereignis ist, als das es die beleidigten und in ihrem Stolz verletzten Beamten des Foreign Office heute so gern darstellen.

Die Frage: wessen Außenpolitik? ist in Wahrheit überhaupt nicht mehr neu und originell. Schaut man auf die Regierungsgespanne der letzten Jahrzehnte wie Callaghan/Owen, Wilson/Callaghan, Heath/Sir Alec Douglas-Home, Wilson/Stewart, Macmillan/Sir Alec Douglas-Home, Churchill/Eden zurück, so bleibt nur eines in Erinnerung, von dem sich sagen läßt, daß beide Partner stark und souverän genug waren, die Außenpolitik dem zuständigen Mann zu überlassen. Es war das Gespann Attles/Bevin. Man hat den außenpolitischen Außenseiter Bevin später eher liebevoll denn bösartig den „Palmerston des kleinen Mannes" genannt. Attles, der sich im wesentlichen auf innenpolitische Reformen konzentrierte, sah das anders. „Wenn man einen guten Hund hat, braucht man nicht selbst zu bellen", schrieb er in seinen Memoiren über Ernest Bevin. Das Problem der britischen Außenpolitik anno 83: es wird zu viel gebellt und es gibt zu wenig „gute Hunde".

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Auf den Kopf gestellt

„Leserbrief: Nachrüstung und Widerstand"; WELT vom 5. Juli

Sehr geehrte Herren,

Herr Dr. Recken stellt mit seinem Leserbrief die Wirklichkeit auf den Kopf. Kein Wunder, da die ideologiebefrachteten Polit-Postillen aus dem Hause Rowohlt zur Grundlage der Betrachtung gemacht wurden.

Als Vorstufe zur Erringung der Weltbeherrschung benötigt die UdSSR ein intaktes, unzerstörtes Westeuropa in ihrer Gewalt, als technisch-industrielles Reservoir und Brückenkopf nach USA.

Die atomare Ankoppelung (Nachrüstung) an die USA bewirkt
● eine politische Neutralisierung des militärischen Drohpotentials der UdSSR gegen Westeuropa,
● die Anhebung der Hemmschwelle für etwaige militärische Abenteuer in der Zukunft,

so daß unsere Sicherheit durch die Stationierung eines Minimums an Pershing II (unverzichtbar wegen der Glaubwürdigkeit der Abschreckung, da die UdSSR ihr totales Übergewicht bei den SS-20 von zur Zeit 1500:0 Sprengköpfen nicht verschrotten wird) nicht vermindert, sondern eindeutig erhöht wird.

Der NATO Angriffsabsichten („aggressive Atomwaffen") zu unterstellen (allein von der politischen Interessenlage des Westens her gesehen, abwegig: die bewußte Reichweitenbegrenzung der Pershing auf maximal 1800 km, die geringe Stückzahl, pro Rakete 1 Sprengkopf SS-20 = 3, nicht nachladbar wie die SS-20!), ist angesichts der tatsächlichen militärischen Kräfteverhältnisse in Europa ebenso absurd, wie der UdSSR (nach Stationierung der Pershing) einen zwingenden Präventivschlag in den Mund zu legen.

Die sowjetische Desinformazia läßt grüßen!

Mit herzlichen Grüßen
Heinz-Dieter Kastien,
Hagen

*

„Leserbrief: Juristen und Atomwaffen"; WELT vom 12. Juli

Sehr geehrte Herren,

zur ausgezeichneten Klarstellung von Herrn Reichardt sind noch zwei Punkte zu ergänzen:

● Bundesrichter Dr. Recken greift noch einmal eine Stationierung auf See auf, die längst aus „technischen Gründen", in der Hauptsache aber aus politischen, verworfen ist. Sie entspräche auch nur der St.-Florians-Mentalität.

Die Ortbarkeit von Zielen auf See entspricht etwa der der mobilen Pershing, so daß Dr. Recken auch dort „flächendeckende Präventivschläge" annehmen müßte. Die Wirkung nuklearer Detonationen auf oder unter See ist aber auf die angrenzenden Küstenländer nicht weniger verheerend. Norwegen hatte diese Idee auch alsbald abgelehnt.

Die fällige Modernisierung der Raketenwaffen, die die Sowjets ganz selbstverständlich bereits vorgeführt haben, kann den Westen bei einer Nachrüstung nicht mehr gefährden als schon jetzt. Die dosierte Nachrüstung erweist sich vielmehr als notwendiges Element der Entspannung, des politischen Gleichgewichts.

● Es wäre des Schweißes der Rechtsgelehrten wert, ganz deutlich zu machen, daß die Verfassungen aller westlichen Demokratien und der Nord-Atlantik-Vertrag politisch einen Angriffskrieg verbieten. Schon daher ist eine Erstschlagskapazität der NATO-Waffen nicht existent, da sie nicht ausgelöst werden kann.

Der politische Sinn dieser Waffen ist offensichtlich, sie können nicht „aggressiv" sein. Ein Widerstand gegen die Sicherung des Friedens, den wir ja dank der NATO haben, ist nicht zu rechtfertigen.

Mit freundlichen Grüßen
Reinhart Reche,
Bonn 2

Manipulation

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrer REISE-WELT vom 1. Juli stellen Sie Sonderburg in Nordschleswig als Sönderborg vor. Man kann verschiedener Meinung sein, ob wir die deutschen Namen unserer in zwei Weltkriegen verlorenen Städte verschweigen und vergessen sollen. Wer auf die Anerkennung der Realitäten pocht, wird Memel, die Stadt des preußischen Reformministers Stein, Klaipeda nennen, wie Sie es kürzlich getan haben.

Bedenklich ist aber der Hinweis Ihres Autors, Nordschleswig gehöre „seit einer freien Abstimmung im Jahre 1920 zum Königreich Dänemark". Bedenklich deshalb, weil ihr Autor verschweigt, daß die Alliierten 1920 den freien Wählerwillen der Deutschen in Nordschleswig verfälschten. Deutsche Mehrheiten, die es in Apenrade, Hoyer, Tondern und auch in Sonderburg gab, wurden durch die Aufteilung des Abstimmungsgebiets in zwei Zonen und die Anordnung des Blockprinzips für die Nordzone majorisiert. Ohne diese Manipulation wäre aus Sonderburg nicht Sönderborg geworden.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Wilhelm Isenburg,
Breckerfeld

Ein Grundübel

„Informierte Polizeijurist Besetzer?"; WELT vom 8. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Fall Bruder ist die natürliche Folge der deutschen Praxis, Beamten die Teilnahme in der Politik zu gestatten.

Wie kann man Herrn Bruder die Teilnahme an einer Demonstration einer auch noch so radikalen Fraktion verwehren, wenn seine Kollegen in allen anderen politischen Organisationen und Parteien nicht nur teilnehmen, sondern sogar führende Funktionen ausüben?

Dieser Fall ist nur der krasseste Auswuchs des Grundübels, und das ist die mangelnde Unparteilichkeit des Beamtentums.

Mit freundlichen Grüßen
W. P. Leighton,
Bensheim

Subventionen

Die Zweifel, die DIE WELT am 14. Juli in ihrem Wirtschaftskommentar „Alle müssen sparen" am Sparwillen von Bundesminister Kiechle äußert, sind nicht einmal bei oberflächlicher Betrachtung gerechtfertigt. Die Bundeszuschüsse zur Unfallversicherung der Landwirte sind in den letzten Jahren von über 400 auf das heutige Niveau von 279 Millionen Mark gekürzt worden.

Ist das kein „Subventionsabbau"? Die Betroffenen, die entsprechend höhere Beiträge zahlen müssen, sehen das wohl anders.

Auch die von Kiechle erreichte nachträgliche Aufstockung von 200 auf 279 Millionen Mark ist kein Geschenk an die Landwirtschaft, sondern muß durch Kürzungen an anderer Stelle im Haushalt des Bundesernährungsministers aufgebracht werden. Was ist daran also tadelnswert?

Im übrigen zählt es nicht zu Minister Kiechles Eigenschaften, sich mit irgend etwas zu brüsten. Wenn er von der „irrigen Zahlmeister-Ideologie" spricht, so hat er dies mit Zahlen belegt, auch wenn die WELT davon nicht Kenntnis nimmt. Die deutsche Wirtschaft denkt erfreulicherweise anders darüber als manche Publizisten.

Erwin Reuß,
Pressestelle im
Bundesministerium für
Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten, Bonn

Zweite Front

„Aus den Schlachtfeldern wurde die Schule der Patrioten"; WELT vom 12. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

die am 5. Juli 1943 begonnene Panzerschlacht um Kursk wurde am 13. Juli 1943 von Hitler für den Nordteil der Angriffsfront (südl. Orel) abgebrochen, weil am 10. Juli 1943 die Amerikaner von Nordafrika aus auf Sizilien gelandet waren und damit die von Stalin dringend geforderte Zweite Front in Europa zustande kam.

Am Südteil der Front (nördl. Belgorod) wurde der Angriff unter Feldmarschall von Manstein zunächst noch fortgesetzt. Doch am 17. Juli 1943 befahl Hitler, aus der dortigen Panzerarmee das II. SS-Panzerkorps mit den drei bestausgerüsteten Panzerdivisionen herauszuziehen, das nun nach Italien verlegt werden sollte. Erst von diesem 17. Juli 1943 an bekam die Rote Armee materielles Übergewicht.

A. Wörner,
Mayen

Wort des Tages

„Große und starke, mit einem Wort heroische, Seelen pflegen den Streit der Pflichten anders zu lösen, als der ängstliche, von kleinlichen Gewohnheiten eingeengte Mittelschlag der Philister."

Heinrich Mann, dt. Autor (1871–1950)

Personalien

GEBURTSTAG

Die FDP-Politikerin **Liselotte Funcke**, Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, feiert am 20. Juli ihren 65. Geburtstag. Die Fabrikantentochter aus Hagen in Westfalen, ihr Vater Oskar Funcke war von 1919 bis 1933 Vorstand und Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und nach dem Kriege in Bonn FDP-Bundestagsabgeordneter, hatte Betriebswirtschaft studiert und ihren Diplomkaufmann gemacht. 1946 engagierte sie sich zunächst bei den Jungdemokraten, deren Landesvorstand sie in den folgenden Jahren in Nordrhein-Westfalen angehörte. Von 1948 bis 1968 war sie Vorsitzende des FDP-Landesfrauenausschusses und wurde 1964 dann Mitglied des Bundesvorstandes der FDP. Von 1950 bis 1961 gehörte sie dem Düsseldorfer Landtag an. 1961 kam sie in den Bundestag. Dort rückte sie zur liberalen Finanzexpertin auf. 1966 wurde sie stellvertretende Vorsitzende des Finanzausschusses und stellvertretendes Mitglied im innerpolitischen Ausschuß. 1973 übernahm Liselotte Funcke den Vorsitz im Finanzausschuß. 1969 hatte sie das Parlament bereits zu einem der Vizepräsidenten gewählt. An zahlreichen Steuerwerken war sie beteiligt, so an der Ausarbeitung des Mehrwertsteuergesetzes und an der Körperschaftsteuerreform. 1977 wurde sie als Nachfolger von **Hans Friderichs** zur stellvertretenden Parteivorsitzenden der FDP gewählt. 1979 ging sie als Nachfolger von **Horst-Ludwig Riemer** als Wirtschaftsministerin nach Düsseldorf zurück. Die Wahlniederlage der FDP ein halbes Jahr später setzte ihrer Ministerkarriere, nachdem die Partei an der Fünf-Prozent-Klausel gescheitert war, ein jähes Ende. In ihr neues Amt

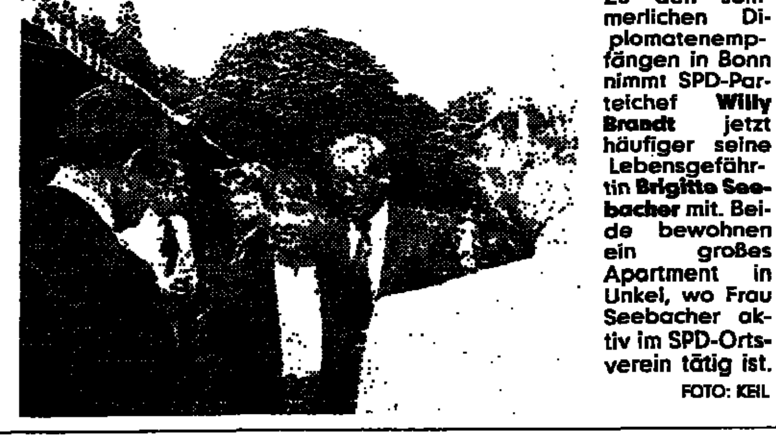


Liselotte Funcke

als Ausländerbeauftragte der Bundesregierung wurde sie auch nach dem Scheitern der Sozial-liberalen Koalition in Bonn im Herbst 1982 von der Regierung Kanzler Kohls neu berufen. Zahlreiche Ehrenämter hat Liselotte Funcke innerhalb der evangelischen Kirche übernommen. Sie ist Mitglied in der Kammer für öffentliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Deutschland und Mitglied der Synode der EKD sowie Vorsitzende des kirchlichen Gesprächskreises der FDP in Nordrhein-Westfalen.

BUNDESPRÄSIDENT

Bundespräsident **Karl Carstens** wird Ende Juli 14 Tage lang Segelurlaub an der Ostsee machen. Auf seiner Jacht „Aeolus" werden zwei Freunde mit von der Partie sein, Carstens' Vetter **Hartwig Mackeprang** und **Richard Henneberg**. Die Jacht, in Schweden gebaut, eine Hallberg-Rassy 312, mit einem 9,36 Meter langen Kunststoffrumpf und 39 Quadratmetern Segeln, gehört den drei Herren gemeinsam. Alle drei segeln gerne „hart am Wind", so daß wegen der Schräglage an Kochen an Bord oft nicht zu denken ist, was Karl Carstens seinerzeit zu dem Kommentar bewegte: „Besser etwas schräg und kalte Brote als kein Wind." **Veronica Carstens** liebt das Segeln nicht so sehr und wird ihren Mann nicht begleiten. Dafür wird sich ein Boot der Bundesmarine als Wächter auf die Spuren des prominenten Seglers setzen. Auf dem Beiboot: Carstens Staatssekretär **Hans Neusel**. Das Ehepaar Carstens macht anschließend weitere 14 Tage Urlaub im gemeinsamen Häuschen in der Eifel.



Zu den sommerlichen Diplomatenempfängen in Bonn nimmt SPD-Parteichef **Willy Brandt** jetzt häufiger seine Lebensgefährtin **Brigitte Seebacher** mit. Beide bewohnen ein großes Apartment in Unkel, wo Frau Seebacher aktiv im SPD-Ortsverein tätig ist. FOTO: KEIL

ERNENNUNGEN

Wichtige Berufungen gab es an der Philipps-Universität in Marburg. Der international bekannte Gerichts- und Sozialpsychiater Professor Dr. **Helmut Ehrhardt** wurde Ehrenmitglied der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie. Der Ordinarius für Hals-, Nasen-, Ohrenheilkunde Professor Dr. **Wolfhart Niemeyer** wurde in den Vorstand der Akademie für ärztliche Fortbildung der Landesärztekammer Hessen gewählt. Und Professor Dr. **Joachim Göschel** vom Forschungsinstitut „Deutscher Sprachatlas" ist in den Beirat der neu gegründeten Rudolf-Lorenz-Stiftung in Bad Wildungen berufen worden.

*

Die UNO-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft, FAO, hat den deutschen Wirtschafts- und Betriebswissenschaftler **Wolfgang Krone** zum Leiter der Sektion Fischereiindustrie in der FAO-Abteilung für Fischerei ernannt. Das neue Amt übernimmt Krone am 1. September. Dr. Krone arbeitete zunächst in der Fischereiabteilung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, OECD, in Paris. 1967 ging er zur FAO.

GALOPP / Große Überraschung in Düsseldorf

Der klare Favorit Rock's kam nur auf Platz drei

KL. GÖNTZSCHE, **Düsseldorf**

Kurzstreckenpferde der besseren Klasse waren in den letzten Jahren im deutschen Galopprennsport Seltenheit. Der jetzt fünfjährige Hengst Mister Rock's gilt derzeit als das As auf den Kurzstrekken des Turfs hierzulande, in 23 Starts gewann er immerhin 312 650 Mark.

So war seine eindeutige Favoritenstellung am Samstag im Preis der Düsseldorfer Industrie und Wirtschaft (die zu diesem Rennen nicht eine Mark stiftete) auch nur normal, auf 13:10 wurde er am Totalisator heruntergewettet. Das Vertrauen der Wetter konnte der Hengst nicht rechtfertigen, er wurde nur Dritter, deutlich geschlagen von der Schimmelstute Kallista und dem Fuchshengst Torgos.

Die Siegprämie von 20 000 Mark wird auf das Konto einer Besitzergemeinschaft überwiesen, der Renate von Mitzlaff vorsteht, die Ehefrau des Trainers Sven von Mitzlaff (69). *Sie ist die Besitzerin der Stute,* die Peter Schade, der zweite Jokkey des Mitzlaff-Stalles, ritt. Peter Alafi, erster Mann am Stall, nahm selbstverständlich den Favoriten Mister Rock's. So entstand dann die merkwürdige Situation, daß Trainer von Mitzlaff Mister Rock's Besitzer Markus Buchner aus Seeheim bei München die Niederlage seines Pferdes gegen das familieneigene Roß erklären mußte. Mitzlaff: „Vielleicht war die Pause zwischen dem letzten Start am 2. Juni *im Ostermann*-Pokal und heute zu lang."

Mister Rock's verlor regulär, zu entschuldigen ist die Niederlage allenfalls mit einem nicht ganz optimalen Rennverlauf. Siegreiter Peter Schade: „*Mitte der Geraden* habe ich befürchtet, Torgos würde uns überrennen. Aber dann ging es bei ihm auch nicht weiter." Peter Alafi versuchte auf dem heißen Favoriten, die drohende Niederlage abzuwenden – ohne Erfolg. Seinen nächsten Start wird Mister Rock's am 7. August im Prix Maurice de Gheest (Europa-Gruppe II, 200 000 Franc dem Sieger, 1300 m) in Paris bestreiten. Im nächsten Jahr ist er als Deckhengst im Union-Gestüt in Merten an der Sieg vorgesehen.

Die Siegerin Kallista ist eine Tochter der Stute Kandia, die 1976 den Aral-Pokal in Gelsenkirchen gewann, ihr Vater Zeddaan gehörte zu den Spitzenfliegern Europas. Hochgeschraubte Erwartungen konnte Kallista im Vorjahr nicht erfüllen. Aber die oft übliche Praxis, Stuten Ende dreijährig in die Zucht zu schicken, ließ Sven von Mitzlaff außer acht. Er spekulierte auf eine Leistungssteigerung. Im nächsten Jahr soll Kallista im Union-Gestüt allerdings ihre Zuchtlaufbahn beginnen.

LEICHTATHLETIK / Siegfried Wentz hatte lange den Weltrekord von Jürgen Hingsen im Visier – Everts Meisterin im Siebenk[ampf]

Hoch gepokert und doch verloren, aber einiges für Helsinki aufgehoben

RAINER GERSPACH, **München**

Bei Halbzeit, am Samstag, dachte Siegfried Wentz noch an Weltrekord. Doch am zweiten Tag der deutschen Zehnkampf-Meisterschaft in München ging es für den Mainzer Medizinstudenten lediglich um den Titel. Nur 44,76 Meter weit hatte er bei leichtem Rückenseitenwind den Diskus geworfen, damit lag er bereits 71 Punkte hinter seiner persönlichen Bestleistung zurück. Als Wentz dann im Stabhochsprung lediglich 4,60 Meter, statt wie in Bernhausen 4,80 m, überquerte, war das Projekt Weltrekord in unerreichbare Ferne gerückt.

Von den vier besten deutschen Zehnkämpfern Jürgen Hingsen (Weltrekordler), Guido Kratschmer (Ex-Weltrekordler), Andreas Rizzi und Siegfried Wentz war lediglich Wentz zu den Meisterschaften nach München angereist. Hingsen trainierte derweil für die Weltmeisterschaften in Helsinki in Tirol, Krat*schmer kurierte eine leichte Verlet*zung aus und Rizzi übte für die deutsche 4x100-m-Staffel.

Wentz hatte am Freitag noch eine Physiologieklausur geschrieben, die erst um 18.30 Uhr beendet war. Eine halbe Stunde später befand er sich gemeinsam mit seiner Freundin Susanne Weihrauch, die ebenfalls wie er Medizin studiert, im Auto auf dem Weg nach München, das er erst kurz vor Mitternacht erreichte. „Das war", sagte Susanne Weihrauch, „schon ein ganz schöner Streß, aber dieses vierte Semester hat es ohnehin in sich."

Dennoch dachte Wentz anderntags an Weltrekord. „Man kann schließlich keinen Zehnkampf mit angezogener Handbremse durchführen", sagte Bundestrainer Wolfgang Bergmann. Und so hatten die beiden ausgemacht, daß er im Hochsprung von 2,05 auf 2,11 m steigern sollte. Wentz ließ demnach die Höhe von 2,08 Meter aus und riß bei 2,11 m knapp. Schon das kostete im wahrscheinlich den Weltrekord. Bergmann dazu: „Das ist nicht so tragisch. Er hat die Höhe drin, und schließlich müssen wir uns auch noch etwas für Helsinki aufheben."

Nachdem es beim Hochsprung nicht geklappt hatte, sollte Wentz nach Bergmanns Marschroute den 400-m-Lauf „locker" angehen. Als jedoch Thomas Rizzi, der Bruder des deutschen Exmeisters Andreas Rizzi, auf der Gegengeraden stürmisch davonzog, kämpfte Wentz. Und so wurden dann für ihn hervorragende 47,41 Sekunden gestoppt.

Wentz zog nach dem ersten Tag folgende Bilanz: 100 m (10,92): „normal". Weitsprung (7,50 m, neue Bestleistung): „zufrieden". Kugel (15,56 m, neue Bestleistung): „leicht verbessert". Hochsprung: (2,05 m): „gepokert und verloren". 400 m (47,41 Sekunden): „nicht locker genug". 4393 Punkte hatte Wentz nach dem ersten Tag gesammelt, die Sache mit dem Weltrekord war durchaus noch möglich, zumal Wentz sagte: „Im Diskuswerfen und im abschließenden 1500-m-Lauf *bin ich noch steigerungsfähig.*" Doch daraus wurde nichts. Vielleicht lag es an der Hitze, vielleicht auch daran, daß der Abend nach dem ersten Zehnkampftag in einem Münchner Biergarten doch etwas länger wurde ...

Die Bronzemedaille, die Sabine Everts im Vorjahr bei der Athener Europameisterschaft gewann, könnte die Sicht für die Realität verwischt haben: Speerwerfen und Kugelstoßen zeichnen sich immer deutlicher als Karriere-Bremse der Düsseldorfer Siebenkämpferin ab. Bei ihrem fünften Mehrkampf-Titel, den die 22jährige am Wochenende in München mit der aus ihrer Sicht wenig befriedigenden DLV-Jahresbestleistung von 6370 Punkten gewann, verstärkte sich die Negativtendenz im Vergleich zur internationalen Konkurrenz. Daran ändert auch nichts ihre persönliche Bestleistung über 800 m in 2:06,73 Minuten. Hinter Sabine Everts übertraf auch die Mannheimerin Heike Filsinger (6117) die 6000-Punkte-Grenze.



Bei dieser Hitze tat eine kühle Erfrischung gut: Zehnkämpfer [...] Wentz bei einer Wettkampfpause in München.

Coe verlor und steckt im Formtief, aber Ovett stark

sid/dpa, **London**

Das Leichtathletik-Ereignis des Wochenendes war eine Niederlage. Zum zweitenmal in sieben Jahren verlor Olympiasieger Sebastian Coe (England) ein 1500-m-Rennen. Nach dem Spanier Gonzales besiegte in London nun auch der Jugoslawe Dragan Zdravkovic in 3:35,28 Minuten den dreimaligen Weltrekordler Coe (3:36,03). Der Weltrekord des Coe-Rivalen Steve Ovett (3:31,36) blieb unangetastet. Coe sagte dazu: „Ich will meine *Niederlage nicht entschuldigen,* doch ich habe mich im Training leicht am Knöchel verletzt. Das könnte heute den Ausschlag gegeben haben."

Steve Ovett, der Olympiasieger über 800 m von Moskau, deckte im 1000-m-Lauf seine Karten für die Weltmeisterschaften in Helsinki noch nicht auf. Mit 2:17,26 Minuten siegreich, deutete der im vergangenen Jahr durch Verletzungen und *Krankheit zurückgeworfene* Engländer seine Möglichkeiten lediglich an. Ovett, der ebenso wie Coe einen Doppelsieg über 800 m und 1500 m in Helsinki anpeilt, gab sich nach dem Lauf locker: „Ich habe dieses Rennen wirklich genossen und bin sehr zufrieden mit mir."

Die dritte englische WM-Hoffnung im Mittelstreckenb[...] der 1500-m-Europameister Cram, belegte über 800 m [...] dem Kenianer Sammy [...] (1:45,09) und seinem Land[...] Gary Cook (1:46,05) in 1:46,[...] nuten den dritten Platz.

Zu den weiteren Höhep[...] gehörte in London der Spe[...] Sieg der früheren Weltreko[...] Sofia Sakorafa. Die Griechin [...] strich mit 70,38 m ihre A[...] schaft auf eine Weltmeisters[...] medaille.

Für die herausragende L[...] der amerikanischen Leichta[...] sorgte Stabhochspringer Je[...] kingham. Er verbesserte i[...] rence (US-Bundesstaat [...] den USA-Rekord von 5,72 [...] 5,76 m. Buckingham, der [...] Weltmeisterschaften qual[...] ist, scheiterte erst an der [...] Weltrekordhöhe von 5,81 m.

Die deutschen Junioren [...] in Koblenz einen Länderka[...] gen England mit 101:118, di[...] chen siegten mit 80:75. Im [...] Oberwerth erreichte Ral[...] (Dümpten) dabei über 20[...] hervorragende 20,69 Se[...] Die deutsche 4x100-m-Sta[...] Frauen (Gaugel, Vollmer, [...] Hirsch) schaffte nur 44,04 [...] den.

Sport in Zahlen... Sport in Zahlen

FUSSBALL

Deutsche A-Jugendmeisterschaft, Endspiel in Marburg: Frankfurt – Köln 2:0.

Intertoto-Runde, 4. Spieltag, Gruppe 1: Lüttich – Düsseldorf 1:0, FC Zürich – Enschede 3:4.

1. Enschede	4	3 1 0	11:6	7:1
2. Lüttich	3	2 0 1	4:2	4:2
3. Zürich	4	0 2 2	6:10	2:6
4. Düsseldorf	3	0 1 2	4:7	1:5

Gruppe 2: Slavia Prag – Sofia 5:0, Bröndby – Bern 1:2. – **Gruppe 4:** Luzern – Tel Aviv 1:2, Aarhus – Nathanya 1:2. – **Gruppe 5:** Budapest – Innsbruck 3:1, Tuzla – Preßburg 2:0. – **Gruppe 6:** Odense – Bohemians Prag 2:2, Eisenstat – Stavanger 3:0. – **Gruppe 7:** Göteborg – Wien 1:2, Gdingen – Kopenhagen 2:1. – **Gruppe 8:** Hammarby – Wratza 2:1, Bryne – Bielefeld 0:1.

1. Hammarby	4	4 0 0	15:1	8:0
2. Bielefeld	3	2 0 1	2:2	4:2
3. Wratza	3	1 0 2	2:3	2:4
4. Bryne	4	0 0 4	0:13	0:8

Gruppe 9: Cheb – Krakau 2:0, Graz – Videoton 0:1. – **Gruppe 10:** Vitkavice – Braunschweig 2:2.

1. Vitkovice	4	3 1 0	10:5	7:1
2. Plovdiv	3	1 0 2	6:6	2:4
3. Braunschweig	4	1 1 2	4:5	3:5
4. Boras	3	1 0 2	2:6	2:4

Freundschaftsspiele: Schönaich – Stuttgart 1:25, Hochschwarzwald-Auswahl – München 0:9, Vallendar – Mönchengladbach 2:9, Neunkirchen/Westf. – Essen 2:8, Hüsten – Uerdingen 3:1, Baunatal – Kassel 1:4, Villingen – B. München 0:8, Walldorf – Stuttg. Kikkers 4:4, Goch – Duisburg 2:2, Frohnlach – Nürnberg 1:2, Gottmadingen – Dortmund 0:7, Illingen – Schalke 3:7.

B-Jugend-Meisterschaft, Finale: Kaiserslautern – Bremen 2:1 (1:0).

Freundschaftsspiele: Bezirksauswahl Gießen – Offenbach 0:7, Stuttgart – Darmstadt 1:2, Schwaben Augsburg – Frankfurt 1:2, Horst-Emscher – Oberhausen 0:10, Offenbach – Kreisauswahl Wetzlar 10:3, Füssen – Bochum 0:2, Ulbach – Schmelz 1:1, SSV Reutlingen – VfB Stuttgart 1:5.

WASSERBALL

Bundesliga, Meisterschaftsrunde, 13. Spieltag: Hannover – Duisburg 98 10:8, Amateur Duisburg – Esslingen 15:3.

RADSPORT

70. Tour de France, 15. Etappe: Bergzeitfahren auf den Puy-de-Dome, 15,6 km: 1. Arroyo 40:43 Min., 2. Delgado *(beide Spanien) 40:56, 3. Jimenez* (Kolumbien) 41:12. – **Gesamtklassement:** 1. Simon 71:06:55 Std., 2. Fignon (beide Frankreich) 0:51 zur., 3. Kelly (Irland) 1:29, 4. Delgado 1:45, 5. Arroyo 4:24.

Deutsche Bahn-Meisterschaft in Hannover, 4000-m-Mannschaftsverfolgung: 1. Wiesbaden 4:27,68 Min., 2. Derby Berlin 4:33,05, 3. Nordrhein-Westfalen, 4. Böblingen. – **Einerverfolgung 4000 m:** 1. Gölz 4:46,51, 2. Marx (beide Berlin) 4:55,32, 3. Günter (Wiesbaden) 4. Strittmatter (Böblingen). – **Tandem:** 1. Schmidtke/Giebken (Köln/Berlin), 2. Greil/Weber (Köln/Bielefeld), 3. Jürgen und Robert Barth (Berlin). – **Frauen, Sprint:** 1. Lommatzsch (Mühlheim/Dietesheim), 2. Strecke (Gelsenkirchen), 3. Altweck (München). – **3000-m-Einzelverfolgung:** 1. Altweck (München) 4:05,91, 2. Kaul (Göttingen) 4:12,17, 3. Lommatzsch 4:13,65.

Kriterium in Boulder (US-Bundesstaat Colorado), Frauen 62,8 km: 1. Berglund (Schweden) 1:42:19 Std., 2. Twigg (URS), 3. Schumacher, ... 8. Vahrenkamp (beide Deutschland) alle gleiche Zeit. – **Gesamtwertung:** 1. Twigg 10:20:01 Std., 2. Canins [...] 2:23 Min. zur., 3. Olavarri (USA) [...] Vahrenkamp 6:30, ... 9. Schu[...] 13:45.

TENNIS

Damen-Turnier in Freibu[rg] [...]zel, Halbfinale: Arraya (Peru) [...] druga-Osses (Argentinien) 7:[...] Tanvier (Frankreich) – Graf (De[utsch]land) 6:3, 7:5. – **Doppel,** Halb[finale] Bunge/Pfaff (Deutschland) – Tu[...] va/Roth-Vanier (CSSR/Fra[nkreich]) 4:6, 7:5, 6:4.

SCHWIMMEN

Vorolympische Test-Wettk[ämpfe] in Los Angeles, 50-m-Bahn, [...] Tag, Herren: 400 m Freistil: 1. [...]kow (UdSSR) 3:51,60 Min. – 4 x [...] Freistil: 1. UdSSR 3:25,16, 2. Schw[imm]verband Bruin/USA 3:25,25, 3. A[...]lien 3:29,41. – **Damen,** 200 m La[...] Schneider 2:16,79, 2. Sirch [...] „DDR") 2:18,74.

LEICHTATHLETIK

Läufer-Länderkampf *in* [...]recht, Männer: 1. Italien 6:24:12 S[td.], Holland 6:26:12, 3. Deutschland [...] – Einzelwertung, 30 km: 1. N[...] (Holland) 1:32:29, 2. Weyel (Deu[tsch]land) 1:34:40. – Frauen: 1. [...] 5:27:02, 2. Deutschland 5:53:28. – [Ein]zelwertung: 25 km: 1. Beursken[s (Hol]land) 1:28:16, 2. Milana (Italien) 1:[...] 3. Hutterer (Deutschland) 1:31:2[...]

Internationales Sportfest in L[ondon], Männer: 400 m: 1. Franks (USA) [...] Sek. – 800 m: 1. Koskei (Kenia) 1:[...] 2. Cook 1:46,05, 3. Cram (beide [Eng]land) 1:46,53. – *1000 m:* 1. *Ovett* 2:[...] 2. Elliott (beide England) 2:17,65. [...] m: 1. Zdravkovic (Jugoslawien) 3:[...] 2. Coe (England) 3:36,03, 3. Wa[...] (Kenia) 3:36,62. – *3000 m:* 1. Co[...] (Irland) 7:46,40. – Frauen, SP[EER]WERFEN: 1. Sakorafa (Griechen[land]) 7038 m.

Länderkampf der Junioren in [Ko]blenz, Deutschland – England, [End]stände, Junioren: Deutschland – [Eng]land 101:118, Juniorinnen: Deutsc[hland] – England 80:75. – Junioren: 100 [...] Asquith (England) 10,41, 2. [...] (Deutschland) 10,43. – 200 m: 1. [...] (Deutschland) 20,69. – Juniorinne[n ...] m: 1. Nix (Deutschland) 52,79. – [...] Hürden: 1. Schittenhelm 59,39, 2. [...]apfel (beide Deutschland) 59,72.

MOTORSPORT

Großer Preis von England in [Silver]*stone,* Neunter von *15 Läufen zur* [For]mel-1-WM: 1. Prost (Frankreich) [Re]nault-Turbo 1:24:39,780, 2. Piquet (Bra[silien)] Brabham-BMW-Turbo [...] Sek. zur., 3. Tambay (Frankreich) [Fer]rari-Turbo 26,246, 4. Mansell (Eng[land]) Lotus-Renault-Turbo 38,952, 5. [Ar]noux (Frankreich) Ferrari-Tu[rbo] 58,871, 6. Lauda (Österreich) McLa[ren-]Ford eine Rd. zur. WM-Stand: 1. P[rost] 39 Punkte, 2. Piquet 33, 3. Tambay [...] Rosberg (Finnland) Williams-Ford [...] 5. Arnoux 19.

GOLF

Offene Meisterschaft von Eng[land] im Royal Birkdale Club (Par 71), [...] nach der dritten Runde: 1. Titelver[tei]diger Watson (USA) 67+68+70 [...] Schläge, 2. Stadler (US[A]) 64+70+72=206, 3.–5. Graham (Aus[tra]lien) 71+69+67=207, Floyd (US[A]) 72+66+69=207 und Faldo (Eng[land]) 68+68+71=207, 6. Trevino [...] 69+66+73=208.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 8, 37, 39, 41, 46, 48, Zusatz[zahl ...] 10. – Spiel 77: 1 6 6 0 8 8 1. (Ohne Gewä[hr])

FUSSBALL / DFB bewarb sich um die Weltmeisterschaft 1990 – Erfolge im Inter-Toto – Zulassungskompromiß für Olympia 1984

Neuberger: Endrunde ohne große Investitionen und Aufwände

sid, **Düsseldorf/Zürich**

16 Jahre nach der Fußball-Weltmeisterschaft 1974 plant der Deutsche Fußball-Bund (DFB), 1990 zum zweiten Mal ein WM-Endturnier in der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen. Nur wenige Tage nach der Ausschreibung der übernächsten Weltmeisterschaft, die turnusgemäß wieder in Europa stattfinden wird, hat sich der DFB beim Internationalen Fußball-Verband (FIFA) offiziell beworben. „Wir können jederzeit die Endrunde für eine Welt- oder Europameisterschaft ohne große Investitionen und Aufwände ausrichten", erklärte Hermann Neuberger, DFB-Präsident und Vize-Präsident der FIFA, jetzt in Zürich.

Schon im Februar dieses Jahres hatte sich der DFB für den Notfall bereitgehalten, wenn die nach dem Rückzug von Kolumbien mit vielen Unsicherheiten verbundene Vergabe der WM 1986 in Mexiko, Brasilien, Kanada oder die USA gescheitert wäre. Der DFB-Präsident, der 1974 Chef des Organisations-Komitees war und seitdem auch in der FIFA Vorsitzender der WM-OK ist, führte im Februar die Weltmeisterschaftspläne bereits konkreter aus.

Danach sollen zu den neuen WM-Stadien von 1974 (Hamburg, Berlin, Hannover, Gelsenkirchen, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt, Stuttgart und München) noch Köln und Nürnberg hinzukommen. „In allen Städten stellen wir fertige, im internationalen Vergleich hervorragende Stadien", erklärte Neuberger damals.

Die in den sogenannten Pflichtenheften der FIFA, die dem DFB in Kürze zugesandt werden, auferlegten Bedingungen für eine WM sind in der Bundesrepublik Deutschland mit guten bis hervorragenden Noten zu erfüllen. Auch FIFA-Generalsekretär Sepp Blatter meint: „In der Bundesrepublik Deutschland ist von 1974 her alles vorhanden."

Die Diskussion berücksichtigt dabei acht Punkte: Gesamtwirtschaftslage, Kommunikation und Transport, Medien und Fernsehen, öffentliches Interesse für den Fußball, touristische Infrastruktur, Aussichten der Nationalelf des Gastgebers, Erfahrung in der Organisation sowie finanzielle Rentabilität. Damit hat der WM-Standort Bundesrepublik Deutschland zu jeder Zeit beste Chancen gegen alle Mitbewerber.

Bei der Vergabe der 14. Fußball-Weltmeisterschaft, über die das Exekutiv-Komitee der FIFA bei seiner Sitzung am 8. Dezember in Zürich entscheiden will, hat sich der DFB gegen einflußreiche Konkurrenz durchzusetzen. Denn Italien, amtierender Weltmeister und durch UEFA-Präsident Artemio Franchi in allen FIFA-Gremien entscheidend vertreten, hat auch offiziell seine Ansprüche geltend gemacht. Zum potentiellen Bewerberkreis werden zudem noch Jugoslawien, England, die Niederlande und die UdSSR gerechnet, die alle Interesse bekundeten.

Falls es mit der WM 1990 nicht klappt, und darauf zielt Neubergers Bemerkung, der DFB könne zu jeder Zeit auch eine Europameisterschaft ausrichten, wird sich der DFB für die Europameisterschafts-Endrunde 1988 bewerben. Die Entscheidung trifft die Europäische Fußball-Union (UEFA) erst nach der WM-Vergabe durch die FIFA. Hier hätten dann die Deutschen, falls durch Italien oder ein anderes europäisches Land bei der WM ausgestochen, beste Chancen.


Will das Endturnier nach Deutschland holen: Hermann Neuberger FOTO: HARTUNG

Nur Fortuna Düsseldorf wartet noch auf einen Sieg

sid, **Düsseldorf**

Nach den wenig rühmlichen Vorstellungen der vergangenen drei Spieltage der Intertoto-Runde korrigierten mit Arminia Bielefeld und Eintracht Braunschweig zumindest zwei Fußball-Bundesligaklubs den bisher schwachen Eindruck mit drei Auswärtspunkten. Den Bielefeldern gelang beim norwegischen Erstligisten Bryne IS ein 1:0, und die Braunschweiger kehrten mit einem 2:2 gegen TJ Vitkovice aus der CSSR zurück.

Lediglich Fortuna Düsseldorf wartet nach dem 0:1 bei Standard Lüttich noch immer auf den ersten Sieg. Doch trotz der Niederlage, die der belgische Nationalspieler Daeren vor 5000 Zuscauern in der 25. Minute per Kopfball besiegelte, bestätigte Trainer Willibert Kremer Aufwärtstrend. Gegen den belgischen Meister vergaben die Düsseldorfer gute Konterchancen, hatten jedoch Glück, als Kleff einen Foulelfmeter von Tahamata parierte.

Zufrieden mit der Leistung seiner Mannschaft war auch Alexandar Ristic, der mit Braunschweig den dritten Punktgewinn verbuchte, aber mit nunmehr 3:5 Zählern kaum mehr Chancen auf den Gruppensieg und die Prämie von 10 000 Schweizer Franken hat. 3500 Zuschauer sahen eine kämpfende Eintracht, die sich trotz eines zweimaligen Rückstandes nicht aus dem Konzept bringen ließ und in Tripbacher und Worm ihre Torschützen hatte.

Noch erfolgreicher endete die Reise von Arminia Bielefeld nach Norwegen. Vor 800 Zuschauern brach Westerwinter 20 Sekunden vor dem Abpfiff das massive Abwehrbollwerk der Gastgeber und schoß zum verdienten Sieg ein.

Noch ohne jeglichen Punktverlust (10:0) sind der israelische Meister Maccabi Nathanya in der Gruppe vier sowie der schwedische Vertreter Hammarby IF (8:0) und der tschechoslowakische Klub Roter Stern Cheb (6:0) in den Gruppen acht und neun.

Erich Ribbeck muß sich nach einem neuen Team umsehen

dpa, **Zürich**

Nach langen Verhandlungen haben sich gut ein Jahr vor den Olympischen Spielen in Los Angeles der Internationale Fußball-Verband (FIFA) und das Internationale Olympische Komitee (IOC) auf eine Zulassungsregel für die Fußballspieler geeinigt. Danach dürfen diejenigen nicht in Los Angeles teilnehmen, die ihren Lebensunterhalt mit Fußballspielen verdienen. Weiter heißt es in dem Kompromiß, der von zwei Vierer-Delegationen des IOC und der FIFA in Zürich ausgehandelt worden ist: „Gemäß dem Beschluß des FIFA-Kongresses 1978 in Buenos Aires sind auch diejenigen Spieler aus Europa und Südamerika ausgeschlossen, die an der Weltmeisterschafts-Vorrunde und/oder WM-Endrunde teilgenommen haben." Die ausgehandelten Bestimmungen gelten nur für das olympische Fußball-Turnier und nicht für die noch laufende Qualifikationsrunde. Für den Deutschen Fußball-Bund (DFB) hat diese Regelung weitreichende Konsequenzen. Das von Erich Ribbeck betreute Olympia-Team besteht nämlich nur aus Lizenzspielern, für die Fußballspielen auch gleichzeitig Broterwerb bedeutet. Sollte sich die deutsche Mannschaft also in der Qualifikation gegenüber Portugal und Israel durchsetzen, müßte der DFB für die Olympischen Spiele ein neues Team aufbieten.

Der Generalsekretär der FIFA, Sepp Blatter, sagte im Falle des DFB zu dem erarbeiteten Kompromiß: „Der Verband muß erklären, was er unter ‚Lebensunterhalt verdienen' versteht. Danach entscheidet das Nationale Olympische Komitee (NOK) über die Zulassung." Demnach hat das NOK die letzte Entscheidung. Die FIFA hat bei den Beratungen nicht die Interessen einzelner Landesverbände vertreten, sondern nach Auffassung von Blatter nur ein Ziel im Auge gehabt: „Gleiche Bedingungen für die Sportler aller Fachverbände." Der Kompromiß gilt nur für 1984.

Köln muß neun Wochen auf Stephan Engels verzichten

sid, **Köln**

Für die Fußball-Bundesligaklubs ergeben die Freundschaftsspiele in der Saisonvorbereitung nicht nur Aufschlüsse über den Leistungsstand, sondern zum Teil auch herbe Rückschläge. Schwere Verletzungen von einigen Spielern verursachen bei den Trainern schon Kopfzerbrechen vor dem Bundesligastart. Den 1. FC Köln trifft es in diesem Sommer besonders hart.

Beim Rhein-Neckar-Turnier in Mannheim beklagten die Kölner bereits den fünften verletzten Spieler. Nach Schumacher, Steiner, Littbarski und Zimmermann erwischte es jetzt Nationalspieler Stephan Engels. Nach 20 Minuten im Auftakt-Spiel gegen den 1. FC Kaiserslautern (3:1) hatte sich der 22 Jahre alte Mittelfeldspieler ohne Einwirkung des Gegners einen Riß am Innen-Meniskus zugezogen. Engels wurde gleich am nächsten Tag in einem Kölner Krankenhaus operiert. Nach dem Eingriff fällt er allerdings für mindestens neun Wochen aus. Die Kölner beendeten das Turnier ohne Engels mit einer 3:4-Niederlage im Finale nach Elfmeterschießen gegen den Amateur-Oberligaklub VfR Mannheim, kassierten aber ein Honorar von 50 000 Mark.

Der FC Bayern München mußte sein Freundschaftsspiel in Lenzkirch (9:0) mit einer Verletzung von Torhüter Jean Marie Pfaff bezahlen. Allerdings handelt es sich bei dem Belgier nur um heiße leichte Bänderverletzung. Die Bayern, die sich zur Zeit im Trainingslager am Schluchsee befinden, kamen in einem weiteren Spiel in Wehr gegen den FC Villingen mit 8:0 erneut zu einem klaren Erfolg. Trainer Udo Lattek war vom Neuzugang Sören Lerby, der zwei Tore beisteuerte, beeindruckt. Bundesliga-Absteiger Schalke 04 muß mindestens drei Monate auf Verteidiger Schipper verzichten. Beim 7:3-Erfolg der Schalker im sauerländischen Willingen (Amateur-Oberliga) zog sich Schipper bereits in der dritten Minute einen Bänderriß zu.

GOLF / Die britischen Meisterschaften besitzen auch Volksfest-Charakter

Langer hatte sich viel vorgenommen, doch „ein Profi ist keine Maschine"

GERD A. BOLZE, **Birkdale**

„Alles oder nichts" – das war Bernhard Langers Devise, als der 25jährige Anhausener auf die beiden letzten Runden der 112. Offenen Golfmeisterschaft von Großbritannien in Royal Birkdale Golfclub vor täglich fast 35 000 Zuschauern ging. Der Offene Deutsche Meister der beiden letzten Jahre und British Open-Zweite von 1981 griff auch bedingungslos an und riskierte alles.

„Ich wollte diesmal wieder ganz vorne sein und hatte mich die letzten zwei Wochen besonders hart vorbereitet. Doch auch ein Golfprofi ist keine Maschine", resignierte Langer.

Vom zweiten Platz zum Auftakt stürzte Langer ab bis auf den möglicherweise 60. Rang (das genaue Ergebnis lag bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht fest), der nur noch mit fast 3000 Mark honoriert wird. Mit 67 + 72 + 76 + 74 = 289 Schlägen blieb er hinter den Erwartungen zurück.

Bei seinem Debüt in dieser offenen Meisterschaft konnte sich Torsten Gideon (St. Dionys) mit 73+80=153 Schlägen nicht für die besten 83 der 151 Spieler qualifizieren, die nur noch zur dritten Runde antreten durften – die nervliche Belastung war wohl zu groß. Immerhin hatte sich der 25jährige Hamburger durch zwei schwere Vorqualifikationen gespielt und einen der nur noch 80 freien Plätze im Hauptfeld von 1137 gemeldeten Golfern aus 32 Ländern erkämpft.

Engländer, Schotten und Iren sind sich meistens nicht einig – doch sie rümpfen bestimmt gemeinsam die Nase, wenn man zu dieser offenen britischen Golfmeisterschaft etwa „British Open" sagt. Für sie ist es „The Open" schlechthin – die älteste (seit 1860) und auch größte Golfschau der Welt in nun schon 112. Neuauflage.

Es ist ein Volksfest, eine Golf-Show auf einem riesigen Gelände, etwa vergleichbar in seinen Ausmaßen vielleicht mit dem Nürburgring in Deutschland. Die Zuschauer brachen gerade in der Rekordhitze im Royal-Birkdale-Golf-Club alle Besucherrekorde – täglich von 30 000 bis 35 000, also insgesamt über 130 000. Sie könnten es bequemer, vielleicht sogar besser haben, denn bis zu fünf Stunden täglich ist die „Open" im Fernsehen zu beobachten.

Doch sie kommen zumeist mit ihren ganzen Familien, auf jeden Fall aber ohne Hunde: Denn Fotoapparate, Filmkameras und Hunde dürfen nicht mitgebracht werden.

Und dann machen sie ihr Picknick am Rande der Spielbahnen zwischen den Dünen an der Atlantik-Westküste des Seebades Southport oder rund um die Grüns herum. Oder sie sitzen auf den Tribünen, die zumindest an allen Grüns mit rund 20 000 Sitzplätzen aufgebaut sind – allein am 18. Grün vor dem weißen Clubhaus für fast 8000. –

Ebenso gibt es nicht nur an allen Grüns riesige Anzeigetafeln, die laufend den Stand der Meisterschaft und das derzeitige Ergebnis der führenden Spieler weithin sichtbar verkündet. Schließlich ist auch das Heer der freiwilligen Helfer riesig, bis zu 5000! Dazu gehören auch die vielen Schulkinder, die in gelben Umhängen und mit gelben Mützen mit einem Spieß und riesigen Papiertüten herumlaufen, um nicht nur Papier, sondern auch die Zigarettenkippen aufzusammeln.

Oder die vielen Ordner, die Stewards, die jedesmal ein schmales Schild mit der Aufschrift „Ruhe bitte" hochhalten, wenn die Golfer sich auf ihren Schlag konzentrieren.

Die Bedeutung dieser „Open" beweist: Sie gehört zu den vier Turnieren in der Welt, die als „Grand Slam" bezeichnet werden, neben den drei amerikanischen Veranstaltungen Masters-Turnier, Offene und die Professional-Golf-Association-Meisterschaft. Noch keinem Pro gelang es, alle vier in einem Jahr zu gewinnen.

Man sagt, daß neben den 160 000 Mark, die der Open-Gewinner von den 1,25 Millionen Mark Preisgeldern kassiert, sein Sieg in den nächsten ein bis drei Jahren mindestens eine weitere Million Mark an Werbeeinnahmen wert ist. Je tüchtiger sein Manager – desto höher die Summe.

MOTORSPORT / Alain Prost gewann den Großen Preis von England

Drei-Klassen-Gesellschaft in der Formel 1 durch Turbo-Überlegenheit

JEAN C. GERSON, **Silverstone**

Die Formel 1 wird von der Zweiklasse zur Dreiklassen-Gesellschaft. Der Große Preis von England am Samstag in Silverstone (neunter Lauf zur Weltmeisterschaft) verdeutlichte nachdrücklich, daß eine Unterscheidung in Turbo- und konventionelle Saugmotoren nicht mehr genügt. Denn in dem 67-Runden-Rennen waren Sieger Alain Prost (Frankreich/Renault-Turbo) sowie die nächstplazierten Nelson Piquet (Brasilien/Brabham-BMW-Turbo) und Patrick Tambay (Frankreich/Ferrari-Turbo) zusätzlich eine Kategorie für sich.

Die 600 PS, bisher als Richtwert für die Leistung eines aufgeladenen 1,5-Liter-Motors in der Formel 1 angenommen, reichen heute zum Sieg auf einer schnellen Strecke wie Silverstone (Prost fuhr im Schnitt 224 km/Std.) nicht mehr aus. Dieser Wert dürfte allenfalls für den Alfa-Romeo-Motor, den in Silverstone debütierenden Honda-Motor und Aggregat des englischen Motoren-Bauers Brian Hart (im Toleman) richtig sein.

Doch diese Wagen fielen entweder aus oder landeten ebenso abgeschlagen wie die Fahrzeuge mit dem 520 PS starken Ford-Cosworthmotor, mit dem der Österreicher Niki Lauda (McLaren) als bester „Sauger" Platz sechs erreichte. „Solange ich auf den Porsche-Motor warten muß, ist es meine einzige Motivation –, schnellster Ford-Pilot zu sein", meinte er anschließend.

Renault, Ferrari und BMW hingegen erreichen im Rennen bis zu 700 PS. Und im Training lassen die Fahrer die Leistung sogar bis an die 800-PS-Grenze hochschnellen, wenn sie mittels eines Handrades den Ladedruck, also den Druck, mit dem das Benzin-Luft-Gemisch in die Zylinder gepreßt wird, kurzfristig erhöhen, um die Runde für die beste Trainingszeit zu drehen.

Die Motoren halten diese Leistungsexplosion jedoch nur mit einem Kunstgriff der Ingenieure aus. Zusätzlich wird in die Motoren Wasser eingespritzt, das für Innenkühlung und damit für bessere Leistungs-Ausnutzung sorgt. Gegen diese Methode (verwendet von Renault und Ferrari) protestierte nach dem Rennen in Silverstone der englische Teamchef Ken Tyrrell, allerdings ohne Erfolg. Jetzt will er bei der internationalen Automobilsport-Behörde (FISA) Berufung einlegen.

Nachdem sich Frank Williams, der Teamchef von Weltmeister Keke Rosberg, nach bisher inoffiziellen Verlautbarungen mit Honda geeinigt hat, ist der ehemalige Holz-Großhändler Tyrrell der letzte Inhaber eines wichtigen Teams, das noch keinen Lieferanten für einen Turbo-Motor gefunden hat. Das französische Ligier-Team (bisher ebenfalls Ford-Cosworth) wird im nächsten Jahr mit Renault-Motoren ausgerüstet, und McLaren setzt noch in dieser Saison den Porsche-Motor ein.

Dieser Motor wird die Turbo-Eskalation in der Formel 1 noch verschärfen. Schon nach den ersten Prüfstandsläufen erreicht der Sechszylinder 700 PS, den schwäbischen Ingenieuren mit ihrer jahrelangen Turbo-Erfahrung ist eine Steigerung durchaus zuzutrauen. Damit wäre Porsche schon mit dem ersten Einsatz (wahrscheinlich am 28. August in Zandvoort) Gegner Nummer 1 für BMW, Ferrari und Renault.

Das Rennen in Silverstone erhielt seine Spannung hauptsächlich durch den Dreikampf dieser Turbo-Giganten. Prost konnte sich schließlich seinen dritten Saisonsieg holen, „weil meine Reifen trotz der Hitze fantastisch hielten und auch der Wagen perfekt fuhr.". Piquet, der sich mit einem spektakulären Ausbrems-Manöver an Tambay vorbei auf Platz zwei geschoben hatte, konnte Prost trotz des kürzesten Boxenstops zum Tanken und Reifenwechsel (12,26 Sekunden) nicht gefährden.

Der Waiblinger Manfred Winkelhock (ATS-BMW-Turbo), vom guten achten Platz gestartet, kämpfte sich bis auf Rang fünf nach vorn. Doch ein gerissener Auspuff beendete 18 Runden vor dem Ziel seine Fahrt. „Allmählich verliere ich die Hoffnung auf WM-Punkte", meinte der Schwabe.

Salnikows zweiter Sieg

Los Angeles (dpa) – Zwei Tage nach seinem Weltrekord über 800-m-Freistil holte sich der sowjetische Schwimmer Wladimir Salnikow bei den vorolympischen Wettbewerben in Los Angeles seinen zweiten Sieg. Über 400-m-Freistil blieb er in 3:51,60 Minuten allerdings um mehr als drei Sekunden über seinem Welt-rekord.

Medaillen für Gehörlose

Antibes (sid) – Die von dem früheren Weltklasse-Schwimmer Klaus Steinbach (Homburg) betreute deutsche Mannschaft gewann bei den Schwimm-Europameisterschaften der Gehörlosen in Antibes 13 Gold-, acht Silber- und neun Bronzemedaillen.

Gretel Lambert geehrt

New York (dpa) – Die in New York lebende Gretel Lambert (geb. Bergmann) wurde vom Deutschen Leichtathletik-Verband (DLV) mit einer Ehrenmedaille ausgezeichnet. Als Jüdin Gretel Bergmann war die frühere Hochspringerin 1936 aus rassistischen Gründen aus der deutschen Olympiamannschaft ausgeschlossen worden.

Neue Liga gegründet

Wien (dpa) – Ab Mitte August wollen Österreich, die CSSR und Ungarn im Basketball, Volleyball und Handball mit Vereinsmannschaften gegeneinander antreten. Je zwei Damen- und Herren-Teams dieser Länder bilden eine gemeinsame Liga, in der allerdings nur Mannschaften spielen, die nicht in den europäischen Pokal-Wettbewerben engagiert sind.

Box-Verband protestiert

Los Angeles (sid) – Der Weltverband der Amateurboxer (AISA) will gegen die Entscheidung des Organisationskomitees protestieren, bei den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles im Super-Schwergewicht nur zwölf Teilnehmer zuzulassen. Die Beschränkung hatten die Organisatoren mit der verspäteten Aufnahme dieser Gewichtsklasse (über 91 Kilogramm) ins Olympia-Programm begründet.

Holland wieder Amateur?

Brisbane (sid) – Der frühere Weltrekordschwimmer Stephen Holland (Australien) will sich für die Olympischen Spiele 1984 in Los Angeles reamateurisieren lassen. Über den Antrag des 25 Jahre alten Holland, der 1973 Weltmeister und 1976 Olympia-Dritter über 1500 Meter Freistil war, muß der Australische Schwimmverband (ASU) in Absprache mit dem Weltverband (FINA) entscheiden.

Turmspringer starb

Edmonton (dpa) – Sechs Tage nach seinem schweren Unfall bei der Universiade in Edmonton ist der sowjetische Turmspringer Sergej Schalibaschwilli an den Folgen seiner schweren Verletzungen gestorben. Beim Sprung vom 10-Meter-Turm war Schalibaschwilli mit dem Kopf auf die Absprungplattform geschlagen.

Fußball im Fernsehen

London (dpa) – Das britische Fernsehen hat mit der ersten englischen Fußball-Liga ein Abkommen über die Übertragungsrechte für die nächsten zwei Jahre abgeschlossen. Für die Live-Berichterstattung von den Spielen muß das Fernsehen 5,2 Millionen Pfund (etwa 20 Millionen Mark) zahlen. Unter dieses Abkommen fällt auch das Pokal-Finale.

Kuhweide fiel zurück

San Francisco (sid) – Willi Kuhweide (Hamburg) belegte bei der Segel-Weltmeisterschaft der Soling-Klasse in der Bucht vor San Francisco bei der dritten Wettfahrt den 16. Platz und fiel dadurch in der Gesamtwertung vom zweiten auf den dritten Rang zurück. Weiterhin in Führung liegt Dave Curtis (USA).

TENNIS / Das deutsche Federations-Cup-Team ist plötzlich der große Favorit – José Higueras gewann das Weissenhof-Turnier in Stuttgart

Bettina Bunge mußte erst zu einem Start im Einzel überredet werden

H. J. POHMANN, **Bonn**

„Den deutschen Mädchen gehört die Zukunft", mit diesem Kompliment beglückwünschte Chris Evert-Lloyd vor genau einem Jahr in San Francisco das deutsche Federationscup-Team. Damals belegten Bettina Bunge, Claudia Kohde und Eva Pfaff den zweiten Platz hinter den USA, die mit ihren Spitzenspielerinnen Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd angetreten waren. Wenn der diesjährige Federationscup heute nachmittag in Zürich beginnt, dann sind die Chancen, die Mannschafts-Weltmeisterschaft für Damen zu gewinnen, in der Tat so gut wie nie zuvor.

Denn beide amerikanische Tennis-Stars bestreiten in diesen Tagen eine seit Monaten geplante Show-Kampf-Tournee durch die USA. Und da Tracy Austin ebenfalls wegen einer alten Rückenverletzung nicht starten kann und auch Kathy Jordan wegen einer Verletzung kurzfristig absagen mußte, ist das amerikanische Team mit Andrea Jäger, Candy Reynolds und der Doppel-Spezialistin Paula Smith nicht mehr der unschlagbare Favorit. In die Favoritenrolle ist dafür unvermutet das DTB-Team geschlüpft. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, wurde schon die Vorbereitungszeit beispiellos durchgeführt. Seit 14 Wochen betreut Bundestrainer Klaus Hofsäß die Mannschaft, die mit Bunge, Kohde und Pfaff das gleiche Gesicht wie im Vorjahr hat, auf Turnieren und Trainingswochen. Mal mußte er den harten Trainer herauskehren, ein anderes Mal den Seelentröster spielen. Eine Aufgabe, die Hofsäß, der etwas über ein Jahr im Amt ist, bis heute souverän gelöst hat. Obwohl sie ihn auch „einige Baldrian-Tropfen" gekostet hat. So etwa in den letzten Wochen, als das Gerede von einer Krise bei Bettina Bunge immer lauter wurde.

Nach frühzeitigen Niederlagen in Berlin und Wimbledon war die 20 Jahre alte Blondine schon so weit, daß sie einem Reporter des NDR in der vergangenen Woche in Hittfeld von ihrem möglichen Rücktritt erzählte. Und auch im abschließenden Trainingslager in Kirchzarten, das auf der gleichen Höhe wie Zürich liegt, hatte die sensible Bettina noch mit sich selbst zu kämpfen. „Laßt mich nicht gegen Spanien spielen", mit diesen Worten bedrängte sie Hofsäß. Sie wollte partout nicht im Eröffnungsmatch starten, die Verantwortung übernehmen. Erst am Freitagabend hatte Hofsäß seine Spitzenspielerin so weit.

Nicht begeistert davon wird Eva Pfaff sein, die gerade in den letzten Wochen (letzten 16 in Wimbledon, Finale in Hittfeld) durch gute Ergebnisse überzeugte. Die Leistungssteigerung der Frankfurterin ist erstaunlich. Innerhalb von zwölf Monaten kletterte sie auf der Computerrangliste um 60 Plätze und ist nun auf Rang 24 auf dem Sprung in die internationale Spitzenklasse. „Ich will einfach besser spielen", mit diesem so einfachen Vorsatz hat sie zum erstenmal in diesem Winter richtig trainiert. Vier Wochen lang übte sie im Leistungszentrum des Hessischen Tennisverbandes in Offenbach mit Verbandstrainer Peter Menge täglich mehrere Stunden „die schwache Vorhand", und arbeitete anschließend mit dem Konditionstrainer Richard Wagner. Um noch weiter nach vorne zu kommen, will die selbstbewußte 22jährige (die so gerne Süßigkeiten nascht) sich jetzt auch mit dem Essen zurückhalten, um von ihrem Babyspeck befreit zu werden. Rein schlagtechnisch zählt Eva Pfaff die 1976 und 77 Jugend-Europameisterin bis 16 Jahre war, schon heute zu den Besten.

Dennoch ist die Entscheidung von Hofsäß, Eva Pfaff erst einmal nur im Doppel einzusetzen, richtig. Denn gerade Bettina Bunge, die sich in den letzten Jahren dem DTB immer ohne Komplikationen zur Verfügung stellte, sollte auch in einer schwächeren Phase die Chance erhalton, sich zu bewähren. Genau das ist in den ersten beiden Runden gegen Spanien und voraussichtlich gegen Japan möglich. Ernst wird es dann gegen die starXen Engländerinnen im Viertelfinale.


Wird nur im Doppel eingesetzt: Eva Pfaff FOTO: RAUCHENSTEINER


Von seinem Verband ausgebootet: Ivan Lendl FOTO: AP

Günthardt war zu schwach

DW./sid, **Stuttgart**

Mit einem As beendete José Higueras (Spanien) nach zwei Stunden und acht Minuten das Finale des internationalen Tennis-Turniers des TC Weissenhof in Stuttgart. Mit 6:1, 6:1, 7:6 kam der Spanier gegen den Schweizer Heinz Günthardt zu einem überlegenen Sieg bei der 67. Austragung des mit 100 000 Dollar (umgerechnet etwa 260 000 Mark) dotierten Turniers. Ledigich im dritten Satz hatte Higueras (Siegprämie 50 000 Mark) einige Schwierigkeiten mit seinem Gegner, als er bereits mit 2:5 zurücklag und Günthardt bei eigenem Aufschlag die Chance zum Satzgewinn hatte.

Doch dieses Spiel endete wie die meisten des dritten Satzes, nämlich mit dem Erfolg des returnierenden Spielers. Higueras holte zum 5:5 auf und hatte bei einer 6:5-Führung seinen ersten Matchball. Doch Günthardt konnte diesen Ball noch einmal abwehren und auch ein Tiebreak erzwingen. Bis dahin hatte der Spanier, die Nummer sechs der Weltrangliste, seine Schwächeperiode aber überwunden und knüpfte wieder an die Leistungen des ersten und zweiten Satzes an. Im Tiebreak setzte sich Higueras mit 7:2 durch. Mit einer größeren Ruhepause war Günthardt ins Endspiel vorgedrungen, denn sein Halbfinal-Gegner Chris Lewis (Neuseeland) gab bereits nach zehn Minuten beim Stande von 1:1 wegen einer Schulterverletzung auf.

RSSR-Verband nahm die Provokationen nicht hin

sid, **Düsseldorf**

Die „Scheidung auf tschechoslowakisch" zwischen dem Tennisverband der CSSR und seinem Aushängeschild Ivan Lendl findet in Raten statt. Letzter Höhepunkt des recht einseitigen Nervenkriegs war der Ausschluß des 23jährigen Weltranglisten-Zweiten aus dem Team des Daviscup-Gewinners von 1980, das vom 30. September bis. 2. Oktober zu Hause im „Playoff"-Spiel gegen die UdSSR um den Klassenerhalt der Hauptrunde kämpfen muß. Die genervten CSSR-Offiziellen belegten den Masters-Gewinner und Spitzenverdiener des Vorjahres zudem mit einer Geldstrafe in unbekannter Höhe.

Vorausgegangen waren zwei von seinem nationalen Verband nicht zu schluckende Provokationen des Tennismillionärs und gebürtigen Ostrauers, der seit langem standesgemäß in Boca Raton in Florida residiert. Seine Kontakte zur Heimat beschränken sich seit langem auf Stippvisiten bei seinen Eltern Jiri, einem Rechtsanwalt, und Olga, der ehemaligen Nummer zwei der nationalen Rangliste.

Wie für seine Eltern im aktuellen Fall, so befürchtete Ivan Lendl für sich selbst beim UdSSR-Match Repressalien und stellte daher die unakzeptable Forderung einer Verlegung vom traditionellen Austragungsort Prag nach Preßburg mit der Möglichkeit einer Anreise per Tagesvisum von Wien aus.

Anschließend provozierte er seinen Heimatverband durch die Teilnahme am Eine-Million-Dollar-Showturnier im südafrikanischen Homeland Bophuthatswana.

Auch von Generalsekretär Michael Polak öffentlich angedrohte Sanktionen konnten Lendl nicht schrecken, die 300 000 leicht verdienten Dollar für drei Spiele und den zweiten Platz mitzunehmen. Sein Argument: In Wimbledon seien sogar Sowjetrussinnen im Doppel gegen Spielerinnen aus dem wegen seiner Apartheid-Politik von den Ostblock-Staaten boykottierten Südafrika angetreten.

Die Verbindung zwischen dem eigenwilligen Star, der auszog, um die westliche Tenniswelt zu erobern, und seinem Heimatverband war niemals eine Liebesehe. Lendl, im Vorjahr 14maliger Turniersieger und mit fast zwei Millionen Dollar allein an Prämien Spitzenverdiener, mußte von seinen bislang erworbenen 5 395 606 Tennis-Dollar wie alle CSSR-Stars seinen Obolus an den Verband abgeben: bis zu seinem 21. Lebensjahr die Hälfte, seitdem 20 Prozent.

Dafür genoß er zu Hause steuerliche Vorteile und die Gunst des tennisbegeisterten Regierungschefs Lubomir Strougal, der nach einer Erkrankung seine schützende Hand jedoch nicht mehr in gewohnter Form über die Stars halten kann.

Bahr in Moskau: Noch ist Bewegung möglich

Seine Formel: Bei nur 50 SS-20 keine US-Raketen

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Von gewissen Bewegungsmöglichkeiten der sowjetischen Seite bei den Gesprächen über den Abbau atomarer Mittelstreckenwaffen in Europa in Genf hat der sozialdemokratische Abrüstungsbeauftragte Egon Bahr vor seinem *Rückflug in die Bundesrepublik* Deutschland in Moskau gesprochen. Bahr sagte nach zweitägigen Gesprächen in der sowjetischen Hauptstadt, er glaube, daß die sowjetische Regierung eine Übereinkunft in Genf erreichen wolle. Er teile auch die Ansicht des Bundeskanzlers, daß ein Abkommen in der noch verbleibenden Zeit möglich sei.

Bahr sagte, er halte allerdings die Annahme für ein Illusion, daß nach einer Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen die Verhandlungen einfach weitergehen oder gar leichter werden könnten. Über die zu erwartenden sowjetischen Reaktionen wolle er zunächst nichts mitteilen, er rechne aber „ganz sicher" mit einer ungünstigen veränderten politischen Situation. „Nicht auszuschließen" seien dann auch negative Rückwirkungen auf das Verhältnis zwischen Moskau und Bonn sowie auf die wirtschaftlichen Beziehungen, obwohl die sowjetische Seite an deren Erweiterung interessiert sei.

Zu den Gesprächspartnern von Bahr in Moskau zählten die führenden ZK-Funktionäre Boris Ponomarjow und Vadim Sagladin sowie der stellvertretende Außenminister Victor Kompletkow und Generaloberst Nikolai Tscherwow. Ihnen gegenüber hatte er namens seiner Partei deutlich gemacht: Die sowjetische Position, die an den 250 Raketensystemen des Typs SS 20 gegenüber Westeuropa festhalte, während dort entsprechende Waffen überhaupt nicht aufgestellt werden dürften, sei „keine akzeptable Perspektive". Egon Bahr hielt sich an die Formel: „Bei 50 Systemen SS 20 brauchen wir keine amerikanischen Raketen." Er machte also die Preisgabe seiner früheren Zustimmung zum Nachrüstungsbeschluß von einer Verminderung des sowjetischen Raketenpotentials auf die genannte Zahl abhängig. Bahr erläuterte nicht, was nach seiner Auffassung mit der Differenz von 200 SS 20 geschehen müßte; er sagte auch nichts über die sowjetische Einschätzung solcher Überlegungen. Die heute schon zusätzlich vorhandenen über 70 sowjetischen SS-20-Systeme, deren Standort für Westeuropa keine Bedrohung darstellen soll, ließ Bahr außer Betracht.

Entsprechend der Haltung seiner Partei bekräftigte Bahr, daß die französischen und britischen Atomwaffen in die Genfer Verhandlungen zwar nicht einbezogen, dort aber berücksichtigt werden sollten.

Malta sagt noch nicht ja

■ Fortsetzung von Seite 1

Die neutralen Staaten haben die Zeit vom 27. bis 29. Juli vorgeschlagen. Möglich ist aber auch ein Termin im September. Wie verlautete, sind die Außenminister der *UdSSR, der USA und Frankreichs* Ende Juli aus terminlichen Gründen nicht abkömmlich.

Zur Frage sicherheits- und vertrauensbildender Maßnahmen werden in dem Schlußdokument „aufrichtige Bemühungen zur Eindämmung der fortschreitenden Rüstung" festgestellt. Im Rahmen der in Madrid geforderten „militärisch bedeutsamen, politisch verbindlichen und nachprüfbaren Maßnahmen" sollen die KSZE-Staaten künftig alle militärischen Operationen bekanntgeben, wenn sie „die europäische Sicherheit" betreffen.

Ein Expertentreffen zur Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten ist für Frühjahr 1985 in Ottawa, ein Treffen über menschliche Kontakte für April 1986 in Bern vorgesehen.

Der Text enthält einen langen Passus über den freien Austausch von Gedanken und Informationen. Konkret sind Erleichterungen bei der Verbreitung von gedruckten Veröffentlichungen und Filmen und verstärkte Zusammenarbeit der Massenmedien der KSZE-Staaten vorgesehen.

Zum ersten Mal verpflichteten sich die KSZE-Mitglieder, das „Recht der Arbeiter, freie Gewerkschaften zu gründen" anzuerkennen. Die Verankerung des Streikrechtes wurde von den Ostblockstaaten verhindert. Immerhin steht den Gewerkschaften das Recht zu, ihre „Aktivitäten und andere Rechte, wie sie international festgelegt wurden, frei auszulegen". *Diese* Rechte sollen „in Übereinstimmung mit dem Recht des jeweiligen Staates, konform mit den Verpflichtungen dieses Staates dem internationalen Recht gegenüber" ausgeübt werden.

Nationales und internationales Recht stehen hier also nebeneinander. Zwar können sich die Ostblockstaaten, zum Beispiel im Fall Polen, immer weniger auf die „Einmischung in innere Angelegenheiten" berufen, doch können sie in prekären Situationen immer wieder auf die nationale Gesetzgebung zurückgreifen.

Die Teilnehmer verpflichteten sich in Madrid außerdem zur gemeinsamen Bekämpfung des Terrorismus und dazu, daß ihre Länder als Basen für terroristische Aktionen in anderen Staaten nicht benutzt werden dürfen. Religiöse Gemeinschaften werden ausdrücklich zugelassen.

In London hat die Frau des inhaftierten Dissidenten Anatoli Schtscharanski an den Westen appelliert, das Schlußdokument so lange nicht zu unterzeichnen, bis 53 sogenannte Helsinki-Beobachter *aus sowjetischen Gefängnissen* und Arbeitslagern entlassen sind.

Seite 2: Tünche in Madrid

Genschers Empfehlung von Warna

● Fortsetzung von Seite 1

schen und französischen Systeme außer Betracht bleiben."

Nach Genschers Worten sollten beide Seiten in Genf nach der wiederaufnahme der Verhandlungen nach der Sommerpause auf diesen Kompromißvorschlag kommen. Der Bundesaußenminister: „Denn *damals* haben die beiden Unterhändler ja eine akzeptable Einigung als möglich erachtet."

*

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) nahm gestern eine andere Position als sein Kabinettskollege Genscher ein. Wörner hob im Deutschlandfunk ausdrücklich auf die Bedeutung der Pershing-2-Raketen im Falle einer westlichen Nachrüstung ab.

In dem Interview bekräftigte der Bundesverteidigungsminister, daß, wenn die am 6. September vorgesehene nächste Runde der Genfer Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion kein Ergebnis im Sinne der von der NATO anvisierten Null-Lösung *bringt*, Ende *dieses* Jahres *mit* der Stationierung der US-Mittelstreckenwaffen in Europa begonnen wird. Das heißt, daß auf deutschem Boden ein „erstes Paket" von neun Pershing-2-Raketen aufgestellt werden soll.

Im Gegensatz zu Wörner, der offensichtlich doch nicht auf die Pershing verzichten möchte, vertrat der SPD-Bundestagsbgeordnete Egon Bahr bei seinem Besuch in Moskau die Ansicht, bei den Genfer INF-Verhandlungen sei auch ein Ergebnis ohne die Pershing 2 akzeptabel. Eine Stationierung amerikanischer Raketen sei nicht notwendig, wenn die auf Westeuropa gerichteten sowjetischen SS-20-Raketen radikal verringert würden, sagte Bahr in der sowjetischen Hauptstadt. 50 SS-20-Systeme sei eine Zahl, bei der keine US-Raketen vom Typ Pershing 2 disloziert werden müßten.

Ohne Kenntnis der Äußerungen Bahrs sagte Minister Wörner im Deutschlandfunk: „Die Pershing 2 spielt eine ganz entscheidende Rolle in unseren Modernisierungsüberlegungen." Mit ihr könne die sowjetische Bedrohung aus dem Aufbau der SS 20 kompensiert werden. „Sie kann, wenn sie stationiert wird, eine Waffe sein, die das Kräftegleichgewicht wieder in Ordnung bringt, stabilisiert, und damit friedenssichernden Charakter hat", fügte Wörner hinzu.

So machte der Minister einen „Spiegel"-Bericht teilweise gegenstandslos, in dem es hieß, Wörner und Genscher beurteilten den zwischen den beiden Unterhändlern beim „Waldspaziergang" in Genf gefundenen Kompromiß, der die Pershing 2 nicht zur Stationierung vorsah, als „nützlich". Irritationen über die angebliche Abwendung der Bundesregierung von der Pershing 2, ausgelöst durch einen Bericht in der Zeitung „Washington Post", hatte Bundeskanzler Kohl selbst bereits vor Wochen *mit* entsprechenden Klarstellungen zur Pershing 2 beendet.

Libanons Armee besteht Feuerprobe

Ruhe in Beirut wiederhergestellt / Neue Konflikte bahnen sich an

PETER M.-RANKE, Beirut

Patrouillen in Schützenpanzern und Jeeps, scharfe *Kontrollen* überall im vorwiegend moslemischen West-Beirut: Die libanesische Armee zeigt, daß sie präsent ist und für Sicherheit und Ordnung sorgen kann. Die Soldaten der multinationalen Friedenstruppe halten sich dagegen zurück. Man hat fast den Eindruck, seit dem Wochenende sei West-Beirut von der eigenen Armee besetzt.

Der weithin befolgte oder auch erzwungene Proteststreik in West-Beirut am Samstag zeigte an, daß die von Präsident Amin Gemayel und seinem Befehlshaber General Ibrahim Tannous erhoffte „Allianz zwischen Volk und Armee" noch längst nicht Wirklichkeit ist. Der Streik war von der schiitischen Amal-Miliz und dem obersten Mufti *der Schiiten*, Scheich *Kabalan*, ausgerufen worden, weil die Armee der Amal-Miliz tags zuvor in siebenstündigen Straßenkämpfen blutige Köpfe beigebracht hatte. Es ging dem Scheich nicht etwa um einen Protest gegen den Tod zweier Armee-Soldaten (beide Moslems), die im Feuer der Milizen fielen, sondern um die Niederlage der Amal (Hoffnung).

Nur ein Vorgeschmack

Die neue libanesische Armee, mit den ersten Wehrpflichtigen jetzt etwa 30 000 Mann stark, hat zweifellos ihre erste Feuerprobe bestanden, als sie in West-Beirut gegen *mehr als 100 verschanzte* Miliz-Männer der Amal kämpfte. Sechs Bataillone der 4. und der 8. Brigade waren im früheren Juden*viertel* und heutigen Slumgebiet Wadi Abu Jamil eingesetzt, um die Unruhen wegen der Räumung einer Schule niederzuschlagen. Schon brodelte es in anderen Schiiten- und Moslem-Vierteln West-Beiruts, schon trafen Waffen und Verstärkungen für die Amal-Miliz ein, als es der Armee endlich gelang, den Brandherd auszutreten.

Die blutigen Zusammenstöße der Armee mit Drusen der Jumblatt-Partei in Aley und die Straßenkämpfe in West-Beirut waren nur ein Vorgeschmack. Die Drusen im Schuf wollen sich nicht entwaffnen lassen. Walid Jumblatt fordert von Präsident Gemayel erst eine „politische Lösung", das heißt, die Christenmiliz der „Lebanese Forces" soll ebenfalls entwaffnet werden und die christlichen Dörfer im Schuf aufgeben. Im Staatsapparat und im politischen Leben sollen Drusen bessergestellt und die linksoppositionelle „Nationale Bewegung" soll an die Regierung gehievt werden, damit der Pakt mit Israel nichtig wird. Es sind die alten Forderungen, die Jumblatt nun mit Hilfe der Syrer durchsetzen will.

Weil die wirkliche Feuertaufe also noch bevorsteht, und offenbar bald, hoffen die Libanesen darauf, daß weitere westliche Truppen zu den 4500 Mann der „Multinational Force" in Beirut stoßen. Nur sie können den jungen Soldaten der neuen libanesischen Armee den nötigen Rückhalt und die Zuversicht geben, nicht wie früher alleingelassen zu werden gegen Syrer, Palästinenser und die schwerbewaffnete Linksfront im eigenen Lande.

Führung blieb hart

Im Gegensatz zu den Kriegsjahren 75/76 wurde die politische Führung bei den jüngsten Unruhen nicht weich. Die Armee-Bataillone hielten zusammen und ließen sich nicht nach Konfessionen aufsplittern. Entscheidend dafür ist, daß in West-Beirut heute nicht mehr kampfstarke Guerrilla-Einheiten der PLO zum Eingreifen bereitstehen und daß die Hilfezusagen aus Damaskus für die Aufständischen erst einmal verhallten. Dort bezeichnet man die neue Armee als eine „Hilfstruppe der Christen, die mit dem israelischen Feind gemeinsame Sache macht".

Bei einem neuen Einsatz der libanesischen Armee will Syrien politischen und militärischen Druck auf Beirut ausüben. Denn die bewaffnete Opposition einer Minderheit der Schiiten und Drusen, wie sie sich in der letzten Woche in West-Beirut und auch in Aley formiert hat, ist Syriens „Armee" in Libanon. Und dieser nächste Einsatz der jungen Truppe kommt bestimmt: im Schuf-Gebirge, wenn die israelischen Truppen zurückgehen und die libanesische Armee mit drei Brigaden von rund 12 000 Mann nachrücken soll. (SAD)

USA liefern Waffen an Taiwan

Spannungen im Verhältnis Peking–Washington befürchtet / Weinbergers Reise belastet?

Jo./AP, Washington/Bonn

Das amerikanische Verteidigungsministerium hat am Wochenende formell den Kongreß von seiner Absicht unterrichtet, Waffen und *Ersatzteile im Wert von 530* Millionen Dollar an Taiwan zu liefern. Die chinesische Nachrichtenagentur *Xinhua* hat inzwischen die beabsichtigten Waffenlieferungen kritisiert. Beobachter befürchten nun erneute Belastungen im Verhältnis zwischen Peking und Washington.

Bei den Rüstungsgütern handelt es sich vor allem um 792 Flugabwehrraketen vom Typ Chaparral, Standard und Sparrow, sowie um Ausrüstungen zur Modernisierung der veralteten Panzer des Landes. Die taiwanesische Armee ist mit Panzern vom Typ M 48 ausgerüstet, die ursprünglich in den frühen 50er Jahren von den USA für den Korea-Krieg entwickelt worden waren.

Die beabsichtigte Waffenlieferung ist die größte ihrer Art seit Präsident Reagans Amtsantritt. Mit ihr steigt die amerikanische Militärhilfe im laufenden Jahr auf insgesamt 660 Millionen Dollar, nachdem die USA im vergangenen Jahr dem Inselstaat 60 Kampfflugzeuge für 622 Millionen Dollar geliefert hatten. In einem entsprechenden Artikel der Nachrichtenagentur *Xinhua* wurde *darauf* besonders hingewiesen. Die Vorlage an den Kongreß beweise, daß Washington an seiner Praxis der umfassenden Waffenlieferungen festhalten wolle, kommentierte die Nachrichtenagentur.

Nach Ansicht Pekings wird durch die Entscheidung Washingtons das Schanghaier Kommuniqué von August 1982 verletzt. Das amerikanische Argument, daß die Erhöhung des Wertes der Lieferungen im laufenden Jahr lediglich der Inflation Rechnung trage, will Peking nicht gelten lassen.

Wie ein Sprecher des US-Außenministeriums erläuterte, liege das geplante Volumen aber bereits um 200 Millionen Dollar unter den Veranschlagungen des Pentagon. Damit werde nicht das chinesisch-amerikanische Abkommen von Schanghai von August 1982 gebrochen, in dem Washington sich verpflichtet hatte, seine Rüstungslieferungen an Taiwan quantitativ und qualitativ schrittweise zu verringern. Die USA hatten die Lieferungen selbst auf einen Wert von höchstens 800 Millionen Dollar pro Jahr festgesetzt. Diese Schwelle werde nicht überschritten, da die Waffen zumeist im nächsten Rechnungsjahr ausgehändigt würden.

Die Nachricht von der Waffenlieferung an Taiwan kommt zu einem Zeitpunkt, zu dem sich Washington und Peking um verbesserte bilaterale Beziehungen bemühen. *Erst kürzlich hatten auf Vorschlag* Reagans und unter Druck des amerikanischen Handelsministeriums sowie Wirtschaftskreisen die USA den Technologietransfer in die Volksrepublik China liberalisiert und damit auch möglichen Waffenlieferungen den Weg gebahnt. Für *Ende September hat der* amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger, der bislang als Gegner von Waffenlieferungen an die Volksrepublik China galt, einen Besuch in Peking angekündigt. Weinberger will in Peking über den Export von Rüstungsgütern verhandeln. Gleichzeitig hält sich derzeit eine Delegation aus der Volksrepublik zu Verhandlungen über die Weitergabe nuklearer Technologien an China in Washington auf. Die USA hatten sich früher gegen Vereinbarungen in dieser Frage mit Peking gesperrt.

Die detaillierte Ankündigung über den Umfang der Lieferungen an Taiwan hat in Washington Erstaunen ausgelöst, zumal noch kurz zuvor bei der Ankündigung der Reise Weinbergers nach Peking offizielle Behörden sich dazu nur allgemein äußern wollten, um einen möglichen Konflikt mit Peking noch vor der Abreise Weinbergers zu vermeiden. Es wurde allerdings darauf hingewiesen, daß Peking durch diplomatische Kanäle vorzeitig über die Lieferungsabsichten unterrichtet worden sei. *Washington hatte dabei versichert*, die USA lieferten ausschließlich Verteidigungsmaterial an die Insel.

Tschad führt libyschen Söldner vor

rtr, N'Ndj

Zum Beweis ihres Vorwur[…] byen sei auf seiten der Rebe[…] den Bürgerkrieg verwicke[…] die Regierung Tschads gest[…] Öffentlichkeit einen junger[…] vorgeführt, der sich als G[…] des libyschen Heeres bezei[…] Er gab an, den Rebellen d[…] maligen Präsidenten Gouko[…] Funker gedient zu haben. N[…] nen Angaben sollen 1500 li[…] Soldaten und dazu 3000 S[…] aus mehreren schwarza[…] schen Staaten für die Auf[…] schen kämpfen.

Libyen hat die Vorwürfe[…] ten und eine unabhängige[…] suchung verlangt. Die T[…] von Präsident Hissene Ha[…] ben nach eigener Darstell[…] reits mehrere Libyer gefa[…] nommen, doch seien alle ihr[…] letzungen erlegen, bevor sie[…] vorgeführt werden können.

Physiker Orlow Hungerstreik

AFP, […]

Der sowjetische Physiker[…] gründer der Gruppe zur Ü[…] chung der Abkommen von[…] ki, Juri Orlow, ist seit dem 10.[…] Hungerstreik. Seine Ehefra[…] teilte westlichen Pressekorr[…] denten mit, Orlow wolle mit[…] Streik eine „Generalamnes[…] politische Gefangene in der S[…] union" durchsetzen. Der B[…] kritiker war im Februar 1977[…] angeblicher „sowjetfein[…] Propaganda" festgenomme[…] den. Im Mai 1978 wurde er z[…] siebenjährigen Lagerhaft ve[…] und anschließend für fünf[…] unter Hausarrest gestellt. Or[…] richtete seiner Frau in einem[…] Schreiben aus einem Lager i[…] im Ural über den Streik.

Moskau: Pfingst[…] dürfen ausreisen

AP, Moskau/Wash[…]

Die letzten beiden der sieb[…] glieder der Pfingstgemeinde[…] sich zur Durchsetzung ihres[…] sebegehrens aus der Sowj[…] fast fünf Jahre lang im K[…] schoß der Moskauer US-Bo[…] aufgehalten hatten, haben na[…] gaben westlicher diploma[…] Kreise in Moskau die Genehm[…] zum Verlassen des Landes er[…] Die beiden, die 60 Jahre alte[…] Tschmichalow und ihr [...] Sohn Timofei, hätten die ame[…] sche Botschaft in Moskau d[…] Kenntnis gesetzt, daß sie m[…] Anträgen auf Ausreise num[…] folg gehabt hätten, bericht[…] Sprecher des US-Außenm[…] riums in Washington. Nach[…] ben aus Moskau dürfen mit[…] Tschmichalow und seiner[…] sowie deren Mann Pjotr zwöl[…] re Familienangehörige aus[…] Sie würden heute nachmitt[…] der sowjetischen Hauptsta[…] zunächst nach Wien reisen. […] milie habe den Wunsch ge[…] sich in den USA niederzu[…] Von anderer Seite verlautete[…] auch denkbar, daß die Tsch[…] lows in Israel eine neue […] fänden.

Ungeliebte Denkanstöße

HH – Die SPD spannt den Bogen bis zum Lambsdorff-Papier vom Herbst '82 bis zu FJS höchstpersönlich und seiner Sonthofener Rede. *Sie sieht* „die Abkehr von der bisher nie in Zweifel gezogenen Idee der sozialen Marktwirtschaft" unmittelbar voraus. Auch Unionspolitiker gehen auf Distanz und legen – unaufgefordert – Bekenntnisse ab, wonach es mit ihnen keinen „sozialen Kahlschlag" geben werde.

Den will Haimo George, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales in der Bonner Unionsfraktion, auch nicht. Mit seinem Papier – und um dieses geht es – will er eher das genaue Gegenteil: Denkanstöße geben, um den, wie er sagt, unter „SPD-Herrschaft gezüchteten gesellschaftspolitischen Illusionismus" abzubauen und damit letztlich das soziale Netz krisenfester zu machen. Getreu dem Grundsatz in Kohls *Regierungserklärung*: „*Die* Ansprüche an den Sozialstaat können nicht stärker befriedigt werden, als die Leistungskraft der Wirtschaft zuläßt."

Für diesen Grundsatz hat der Kanzler viel Beifall bekommen, auch von der eigenen Partei. Wenn sich jemand daranmacht, in die Niederungen der Details einzusteigen, macht er sich offenbar viele Feinde, auch in der eigenen Partei. Georges 13-Seiten-Papier bemüht sich, Ursachen der heutigen *Massenarbeitslosigkeit* aufzuzeigen. Ohne neue Illusionen über die Chancen ihres Abbaus und vor allem die Abbaugeschwindigkeit zu wecken, stellt er Vorschläge zur Diskussion, wie mit mehr Beweglichkeit und Anpassung an die wirtschaftliche Realität dieses Problem gelöst werden kann. Nicht nur Kohl sollte ihm dankbar sein. Wie anders soll man es in einer Demokratie denn anfangen?

Wegpacken

hg – Da soll es doch tatsächlich Leute geben, die den Unterschied zwischen „Verpackung" und „Packung" nicht kennen. Obwohl sich das Bonner Justizministerium extra einen *Ministerialrat* hält, der seit Jahren seine ganze Arbeitskraft in den Dienst dieser notwendigen Aufklärungsarbeit gestellt hat. Das liest sich dann zum Beispiel so: „Verpackung als Begriff hat seine Herkunft von verpacken, was bedeutet, daß ein Erzeugnis verpackt wird." Ei, wer hätte das gedacht. „Packung ist dagegen die Gesamterscheinung, nämlich das Packmittel mit *dem* Erzeugnis zusammen, verpackt oder abgepackt und verschlossen oder auch nicht." Kapiert? Etwaige Unklarheiten lassen sich durch die Lektüre des Kommentars zu Paragraph 14 Eichgesetz vertiefen, den unser Ministerialrat verfaßt hat. Und wenn ihm der Stoff ausgeht, novelliert er einfach das Eichgesetz und ärgert damit die *Rechtsanwälte*. Doch *vielleicht ist* es eines Tages möglich, auch einen Beamten zu verpacken, der dann als Gesamterscheinung, aber bitte verschlossen, im Archiv weggepackt werden kann.

ENERGIE / WELT-Gespräch mit Franz Joseph Spalthoff, Vorstandsmitglied des RWE

Entscheidung über das Kernkraftwerk Biblis C muß bis Jahresende fallen

HEINZ HECK, **Bonn**

Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) ist unverändert am Bau des Kernkraftwerks Biblis C bei Darmstadt interessiert. Allerdings hat RWE-Vorstandsmitglied Franz Joseph Spalthoff jetzt deutlich gemacht, daß sein Unternehmen die Investitionsentscheidung nicht über das Jahresende hinausschieben könne. „Die hessische Landesregierung ist am Zug", betonte er in einem WELT-Gespräch.

Wenn bis zum Jahresende keine Baugenemigung aus Wiesbaden vorliegen sollte, will das RWE stattdessen das Kernkraftwerk Neupotz in Rheinland-Pfalz bauen. Sollte sich die Landesregierung in Wiesbaden doch noch für den dritten Block in Biblis entscheiden, will das RWE, so Spalthoff, Rechtssicherheit abwarten, also nicht mit Sofortvollzug bauen.

Bereits im Februar 1982 hatte das Bonner Innenministerium für Biblis eine Unbedenklichkeitserklärung gegeben. Das bedeutet, daß der Bund keine sicherheitstechnischen Bedenken hatte. Damit war für die Genehmigungsbehörde in Wiesbaden die letzte Entscheidungsvoraussetzung erfüllt.

Zur kritischen Absatzlage der deutschen Steinkohle erklärt das Vorstandsmitglied des größten Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) in der Bundesrepublik, die Stromwirtschaft werde den langfristigen Abnahmevertrag („Jahrhundertvertrag") erfüllen, „auch wenn es – bei stagnierendem Stromverbrauch – schwerfällt".

Spalthoff erinnert daran, daß das RWE von der Stahlmisere überdurchschnittlich betroffen sei, aber auch bei sinkendem Stromabsatz seine Kohleabnahmeverpflichtungen eingehalten habe.

Auf die energiepolitische Strategie des RWE angesprochen, betont Spalthoff, daß sein Unternehmen im Interesse einer preisgünstigen Stromversorgung darauf angewiesen sei, auch in den nächsten zwei Jahrzehnten noch „den größten Teil der Braunkohleförderung in unseren Kraftwerken einzusetzen".

Zum Hintergrund: Braunkohle steuert rund ein Viertel zur Stromerzeugung in der Bundesrepublik bei (1982). Für die seit langem diskutierte Möglichkeit, Braunkohle durch Kernenergie in der Grundlast zu ersetzen, um die Kohle für Veredelung freizubekommen, fehlen laut Spalthoff die Voraussetzungen. *Zuvor müsse das Grund*lastdefizit in der öffentlichen Stromerzeugung in der Größenordnung von 10 000 bis 11 000 Megawatt (MW) gedeckt werden. Erst wenn dies der Fall sei – frühestens Ende der 90er Jahre – könne das RWE, das allein Braunkohle verstromt, allmählich den fossilen Brennstoff substituieren.

Ein Kernkraftwerk der Standardgröße (1300 MW) könnte jähr*lich etwa 11 Millionen Tonnen* Braunkohle aus der Verstromung freisetzen. Daraus ließen sich alternativ jährlich zum Beispiel gewinnen: Zwei Millionen Tonnen Methanol oder 2,3 Milliarden Kubikmeter künstliches Erdgas (bei Anwendung nuklearer Prozeßwärme) oder 1,5 Millionen Tonnen Kraftstoffe (ebenfalls mit Hilfe nuklearer Prozeßwärme). Zum Vergleich: Der Erdgasverbrauch der Bundesrepublik erreichte 1982 rund 50 Milliarden Kubikmeter, der Mineralölverbrauch rund 110 Millionen Tonnen.

Langfristig hält Spalthoff die großtechnische Veredlung der Braunkohle für unvermeidlich, da bei Gas und Öl aufgrund der begrenzten Vorräte wieder mit Verknappung und überproportionaler Preissteigerung zu rechnen sei. Die Braunkohleförderung lasse sich jedoch nur noch geringfügig steigern (derzeit rund 120 Millionen Jahrestonnen, davon werden über 80 Prozent in RWE-Kraftwerken verstromt), so daß der Ausbau der Kernenergie Voraussetzung für die Kohleveredelung sei.

RWE und Rheinbraun haben zwar unter dem Eindruck der ersten Ölkrise 1973 damit begonnen, Veredelungsverfahren zu entwikkeln (1985 geht eine großtechnische Demonstrationsanlage zur Erzeugung von Synthesegas in Betrieb, und eine Pilotanlage für künstliches Erdgas arbeitet bereits). Doch der unerwartet starke Rückgang des Primärenergieverbrauchs in der Bundesrepublik seit 1979 (bis 1982 um 11 Prozent, Ölverbrauch sogar um 25 Prozent) habe auch den Zeithorizont für diese Projekte nach hinten verschoben.

Spalthoff ist zwar der Auffas*sung, daß die Bundesrepublik als* stark auf den Export angewiesene Industrienation selbst solche Anlagen in großtechnischem Maßstab erstellen müsse. Von der Besiedlung und der Wirtschaftsstruktur der Bundesrepublik her sowie angesichts des gewaltigen Flächenbedarfs solcher Anlagen würden jedoch zugleich die natürlichen Grenzen einer solchen Strategie erkennbar.

VERHANDLUNGEN MIT AKP-STAATEN

EG-Außenminister wollen Differenzen abbauen

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Nur mit einem provisorischen Verhandlungsmandat *kann* die Brüsseler Kommission im Herbst ihre Gespräche über die Erneuerung des Lomé-Abkommens beginnen. Die EG-Partner haben nämlich bisher noch recht unterschiedliche Vorstellungen über die künftige Zusammenarbeit mit den 63 assoziierten Entwicklungsländern in Afrika, der Karibik und im pazifischen Raum (AKP-Staaten).

Bei ihren heutigen Beratungen wollen die Außenminister der Gemeinschaft versuchen, wenigstens den Beginn der Verhandlungen sicherzustellen, die aller Voraussicht nach langwierig und mühsam werden. Die Lomé-II-Konvention läuft erst im Februar 1985 aus, doch zwingt die Ratifizierungsbedürftigkeit der kommenden Abmachungen die Beteiligten schon jetzt zu einer gewissen Eile.

Die Kommission stützt ihre Überlegungen zu Lomé III auf ein verändertes Konzept der Entwicklungspolitik: Statt kostspieliger Prestigeprojekte will sie in Zukunft vor allem Vorhaben zur langfristigen Sicherung der Nahrungsmittelversorgung fördern und mit den einzelnen AKP-Ländern jeweils besondere Entwicklungsstra*tegien diskutieren*.

Konkret sind der Hilfe der Gemeinschaft allerdings enge Grenzen gesetzt, da die wirtschaftliche Lage in den Mitgliedsstaaten kaum größere finanzielle Opfer erlaubt als bisher und die Möglichkeiten für weitergehende handelspolitische Zugeständnisse wegen des Schutzbedürfnisses der europäischen Landwirtschaft begrenzt sind. Neben der Dotierung des künftigen europäischen Entwicklungsfonds werden jedenfalls die Ausgestaltung des gegenwärtigen Systems zur Stabilisierung der Rohstofferlöse (Stabex) sowie die Verstärkung des Warenaustausches im Mittelpunkt der bevorstehenden Verhandlungen stehen.

Das Stabex-System hat sich in den letzten Jahren zunehmend als unzureichend erwiesen. Die anhaltende Verschlechterung der Wettbewerbspositionen der AKP-Staaten im Welthandel, der Preisverfall bei Kaffee und Kakao sowie Ernteausfälle auf Grund von Trockenheit und Naturkatastrophen führten zu einer solchen Fülle von Transferanträgen, daß nur noch ein Teil von der EG finanziert werden konnte.

Andererseits klagen die AKP-Staaten seit langem darüber, daß sich die Handelsbeziehungen mit der Gemeinschaft trotz der im Lomé-Abkommen verankerten Zollfreiheit weniger gut entwickeln als der Warenaustausch der EG mit anderen Ländern der Dritten Welt. Wenn man vom nigerianischen Ölexport absieht, ist der AKP-Anteil an den Einfuhren der EG von 7,3 Prozent (1970 bis 1975) auf 6,5 (1975 bis 1980) und 5,4 Prozent (1980 bis *1981*) gesunken. *Versuche*, den *EG*-Markt stärker für solche afrikanischen Erzeugnisse zu öffnen, die den Bestimmungen der gemeinsamen Agrarpolitik unterliegen, sind bislang vor allem am italienischen Widerstand gescheitert. Ebensowenig konnte sich die EG dazu durchringen, eigene Überschußerzeugnisse zu Sonderbedingungen an die AKP-Staaten zu liefern.

Die Entscheidung fällt früh

Von ROLF GÖRTZ, Lissabon

Früher als erwartet nahm die erst drei Wochen alte Koalitionsregierung der Sozialisten und Sozialdemokraten in Portugal den Angriff der Kommunisten gegen ihre Wirtschaftspolitik an. Mit Polizeitruppen ließ die Regierung die größte Werft Portugals besetzen, um 14 Schiffen, die von streikenden Werftarbeitern am Auslaufen gehindert wurden, die Fahrt freizugeben. Die Werft wird von der kommunistischen CGTP-Gewerkschaft seit dem 7. Juni bestreikt. Über ihre Botschaften hatten sich griechische und holländische Reeder, die bereits hohe Konventionalstrafen für die Nichteinhaltung ihrer Termine auf einem ohnehin äußerst eingeengten Markt in Kauf nehmen mußten, beschwert.

Daß es überhaupt zu dem Streik kommen konnte, „verdankt" die Werft – bis vor einem Jahr eine der wenigen Aktivposten der weitgehend verstaatlichten Industrie Portugals – den politischen Ambitionen des Chefs der Kommunistischen Partei, Alvaro Cunhal. Mit Hilfe der CGTP-Gewerkschaft wollte Cunhal den sozialistischen Regierungschef zu einer Volksfront mit der KP zwingen. Mario Soares, der die engen Zusammenhänge zwischen Portugals KP und der Moskauer Führung sehr genau kennt, lehnte strikt ab und setzte auf die Koalition mit den Sozialdemokraten.

Kreise des nationalen Industrieverbandes CIP, die der Regierung zunächst mit Skepsis entgegensahen, begrüßten jetzt die Entschlossenheit der Regierung, sich gegen politische Streikwellen zur Wehr zu setzen. Dem Kabinett Soares blieb auch gar nichts anderes übrig, um das Vertrauen der Wirtschaft wiederzugewinnen.

Der Einmarsch der Polizeitruppe auf das Werftgelände bedeutet, daß die Koalition es ernst meint mit ihrer Zielsetzung: erstens die Wiederzulassung privater Banken und Versicherungsgesellschaften sowie von privaten Unternehmen der bisher ebenfalls allein der Staatswirtschaft vorbehaltenen Produktion von Zement und Düngemitteln. Auch andere bei der Revolution enteignete Wirtschaftszweige, wie etwa das Brauereiwesen, sollen zur Wiederherstellung ihrer Rentabilität dem Wettbewerb mit der Privatwirtschaft ausgesetzt werden.

Portugals Wirtschaft soll in die Lage versetzt werden, sich der Europäischen Gemeinschaft anzupassen, der die Portugiesen so bald wie möglich beitreten wollen. Zum Anpassungsprozeß gehört auch die Abwertung des Escudo um 12 Prozent, die erste Maßnahme der neuen Regierung. Dies war die 5. Abwertung seit 1977.

Die jüngste Abwertung soll den Export fördern. Da Portugal aber nur knapp die Hälfte seines Imports mit dem Export decken kann und 85 Prozent der Einfuhr unverzichtbare Güter wie Lebensmittel, Rohstoffe, Maschinen und Energieprodukte sind, erscheint dieser Teil des Abwertungserfolges problematisch. So wartet man auf Maßnahmen, die die fälligen Inflationsstöße wieder auffangen.

Die neue Regierung will unter allen Umständen den Vertrauensschwund der von der bisherigen Regierung enttäuschten Wirtschaft abbauen. Soares kennt das Damoklesschwert des Staatsbankrotts in seinem Nacken: eine Auslandsverschuldung von 13 Milliarden Dollar, die jährlich um etwa drei Milliarden Dollar zunimmt und von der kaum noch neun Milliarden Dollar gedeckt sind. Nicht daran zu denken, daß bis Ende des Jahres auch nur die Hälfte der dann fälligen vier Milliarden Dollar Schulden zurückgezahlt werden können.

Dies gehört zum Hintergrund, vor dem der Existenzkampf der Regierung mit der kommunistischen CGTP-Gewerkschaft gesehen werden muß. Alvaro Cunhal hatte mehrfach offen gedroht, daß er die Fortsetzung jener Verstaatlichungspolitik erzwingen will, der eine Verfassungsreform vom Dezember 1982 bereits ein legales Ende setzte: Die hohen Verwaltungskosten der staatlichen Betriebe vor allem in der Landwirtschaft machten es den Regierungen bis jetzt unmöglich, das Haushaltsdefizit zu drosseln. Der internationale Währungsfonds und verschiedene Bankengruppen, die Portugal immer wieder unter die mager gewordenen Arme griffen, ließen von Anfang an keinen Zweifel an der Ursache der portugiesischen Misere. Ihr Vertrauen will die portugiesische Regierung jetzt wiedergewinnen. Es bleibt ihr auch nichts anderes übrig, will sie die Wirtschaft aus ihrer Agonie herausreißen.

AUF EIN WORT

„Für den Abbau der Arbeitslosigkeit müssen die Beschäftigten Opfer zugunsten der Unbeschäftigten bringen; eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit ist kein Opfer, sondern eine Begünstigung und bewirkt daher das Gegenteil."

Alexander Schön, Vorsitzender der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände in Hamburg e. V.

FOTO: DOMBROWSKI

BLEIFREIES BENZIN

Ein Alleingang könnte Sanktionen herausfordern

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

Einen Alleingang innerhalb der EG in der Frage der Einführung von Katalysatoren im Automobilbau und bleifreiem Benzin kann sich die Bundesrepublik nach Ansicht der Daimler-Benz AG nicht leisten. Dies sei schon deshalb ausgeschlossen, weil ein derartiges einseitiges Vorgehen handelspolitische Sanktionen anderer Staaten *herausforderte*. Vorstandsvorsitzender Gerhard Prinz formulierte kürzlich in der HV des Unternehmens dazu seine Besorgnis: „Dabei könnte es sich um Länder handeln, die gerade unsere wichtigsten Exportmärkte sind. Die Auswirkungen derartiger Sanktionen – und damit wohl Marktabschirmungsmaßnahmen – auf unsere Beschäftigung brauche ich nicht zu schildern."

Unterstrichen wird, daß trotz hoher wirtschaftlicher Belastungen, die mit dem Einbau von Katalysatoren und der Verwendung bleifreien Benzins verbunden sind, Daimler-Benz wie auch die anderen Automobilproduzenten sich bereit erklärt haben, diese Technik auch in der Bundesrepublik einzusetzen. Es müsse – so Prinz – dem Urteil des Gesetzgebers überlassen bleiben, ob dies in der Gegenüberstellung umweltpolitischer und wirtschaftspolitischer Interessen der richtige Weg sei. Seiner Meinung nach handele es sich primär nicht um einen automobilwirtschaftlichen, sondern um einen politischen und wirtschaftspolitischen Tatbestand. Es sei allerdings ganz unvermeidlich, daß man solche Maßnahmen europaweit einheitlich treffe.

Ein Alleingang der Bundesrepublik würde nicht zuletzt die Bewegungsfreiheit der deutschen Autofahrer innerhalb Europas fast vollständig einschränken. Auch das hält man bei Daimler-Benz für nicht vertretbar.

Kleinwagen von VW und Chrysler?

dpa/VWD, **New York**

Allen früheren Dementis zum Trotz sind die Gespräche zwischen Chrysler-Boss Lee A. Iacocca und VW-Chef Carl H. Hahn offensichtlich sehr viel weiter gediehen als von Wolfsburg oder von Detroit bisher zugestanden. Iacocca ist nach einem Bericht der Detroit Free Press zwei- bis dreimal mit Hahn zusammengetroffen und hat erklärt, daß die Gespräche mit VW zu einer gemeinsamen Kleinwagenfertigung in den USA führen könnten. Die Überlegungen konzentrieren sich dabei auf das Westmoreland-Werk in Pennsylvania, das zur Zeit *nur zu einem Drittel mit der Produk*tion der alten Rabbit-Modelle (Golf) ausgelastet ist. Für VW könnte eine enge Kooperation mit Chrysler eine höhere Auslastung des US-Montagewerkes und neue Großlieferungen von Motoren, Getrieben und Zubehörteilen aus der Bundesrepublik und Mexiko nach den USA bedeuten.

US-AKTIENMÄRKTE

Wall Street rechnet mit Abbruch des Sommerspurts

H.-A. SIEBERT, **Washington**

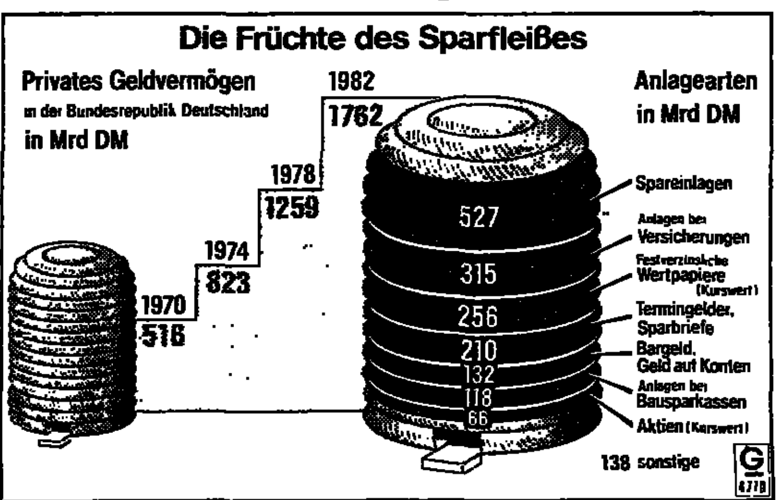
Die Wall Street bereitet sich auf ein vorzeitiges Ende des traditionellen Sommerspurts vor. Ernst zu nehmende Broker sagen eine mehrwöchige Konsolidierungsphase voraus, in der das populärste Barometer, der Dow-Jones-Industrie-Index, um 50 bis 80 Punkte zurückfallen kann. Seit Mitte Juni hat er schon rund 50 Punkte eingebüßt. Wie es scheint, sind die Investoren völlig verunsichert. Aus Washington kommen nicht die Signale, auf die sie warten.

So hat Präsident Reagans Chefökonom, Martin Feldstein, jetzt erklärt, die USA könnten erst zum Ende dieser Dekade mit einem ausgeglichenen Haushalt rechnen. Vorerst müsse man mit Rekorddefiziten leben. „Wirtschaftswachstum allein kann niemals die Einnahmelücke schließen", fuhr Feldstein fort, der es für ausgeschlossen hält, daß der Kongreß die Defizite durch Ausgabenkürzungen abbaut. Aus der Sicht der Börse bedeutet das höhere Zinsen, einen weiterhin überbewerteten Dollar und letztlich wieder mehr Inflation.

Zusätzlich Unruhe schafft überdies die jüngste Geldmengenexplosion – M1 schnellte um 5,8 Milliarden Dollar in die Höhe. In Frage gestellt wird damit die Absicht der US-Notenbank, die Liquidität nur graduell zu verknappen. Im Mai und Juni sind die Geldbremsen deutlich angezogen worden, was sich an den kurzfristigen Zinsen ablesen läßt: Sie sind um ein volles Prozent gestiegen. Notenbanktagegeld kostete Freitag 9,38 Prozent.

Der Zinsdruck wird zweifellos stärker, zumal Geschäfts- und Verbraucherkredite im letzten Berichtsmonat um 1,7 und 2,7 Milliarden Dollar netto zunahmen. Im Wochenverlauf sackte der „Dow" um 14,92 (Freitag: minus 12,02) auf 1192,31, der breitere Nyse-Index um 1,61 (0,95) auf 95,28 Punkte.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



1,76 Billionen Mark haben die Deutschen nach Angaben der Deutschen Bundesbank bis Ende letzten Jahres auf die hohe Kante gelegt. Damit könnte der Bundesfinanzminister den Haushalt 1983 siebenmal finanzieren. Das finanzielle Polster besteht zu fast einem Drittel aus Spareinlagen. Auf dem zweiten Platz folgen die Anlagen bei Versicherungen, auf dem dritten die festverzinslichen Wertpapiere. QUELLE: GLOBUS

Gebrauchtwagen gefragt

Stuttgart (dpa/VWD) – Trotz anhaltend hoher Nachfrage ist der Gebrauchtwagenhandel in der Bundesrepublik gut sortiert. Wie die Deutsche Automobil Treuhand GmbH (DAT), Stuttgart, am Wochenende in ihrer neuesten Gebrauchtwagen-Markttendenz feststellt, gibt es vor allem günstige Angebote in der oberen Mittelklasse um zwei Liter Hubraum. Der Handel könne durch höhere Hereinnahmen aus dem Neuwagengeschäft die Kundenwünsche nach Gebrauchtwagen in nahezu allen Preisklassen erfüllen, schreibt die DAT weiter.

Weg der Kurse

	15. 7. 83	8. 7. 83
Boeing	44,625	45,25
Chrysler	31,50	29,375
Citicorp	36,375	37,50
Coca-Cola	47,625	48,375
Exxon	34,25	34,25
Ford Motors	57	55
IBM	120	120,625
PanAm	7,25	7,50
US Steel	24,50	24,875
Woolworth	35,50	35,75

EAB steigert Gewinn

Washington (Sbt.) – Die European American Bancorp (EAB) in New York, an der die Deutsche Bank mit einem Fünftel beteiligt ist, hat im ersten Halbjahr 1983 ihren Nettogewinn *um 62 Prozent auf mehr als 18* Millionen Dollar erhöht. In der gleichen Zeitspanne 1982 betrug er 11,1 Millionen Dollar. Aus dem Verkauf von Chrysler-Aktien erzielte die EAB einen Gewinn nach Steuern, der mit 3,2 Millionen Dollar zu Buch schlug.

USA kürzen Beteiligung

Washington (dpa/VWD) – Die USA werden voraussichtlich ihre Finanzzusagen für ein neues Hilfsprogramm der Weltbank-Tochter IDA für die ärmsten Entwicklungsländer erheblich kürzen. Das US-Finanzministerium hat jetzt einen Kongreßausschuß informiert, daß die US-Regierung für das auf drei Jahre angelegte Programm IDA-VII mit ihrem Anteil nicht über 750 Millionen Dollar (knapp 1,9 Milliarden Mark) jährlich *hinausgehen* wolle. Das würde bei entsprechendem Verhalten der anderen Geberländer nur auf ein Finanzvolumen von rund neun Milliarden Dollar gegenüber den Vorstellungen der Weltbank von 16 Milliarden Dollar hinauslaufen. Das Programm IDA-VI mit einem Volumen von 12 Milliarden Dollar läuft Mitte 1984 aus. Vertreter der Geberländer wollen vom 19. bis 21. Juli in Tokio über die Fortsetzung der Hilfsprogramme der Weltbank-Tochter beraten.

Ruhrkohle-Pläne bestätigt

Düsseldorf (rtr) – Die bundeseigene Salzgitter AG will sich von ihrer rund 11prozentigen Beteiligung an der Ruhrkohle AG trennen. Ein Sprecher bestätigte, es würden seit kurzem Gespräche in dieser Richtung geführt. Über die oder den Gesprächspartner wurden keine Angaben gemacht. Es wurde aber auch nicht dementiert, daß die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW) sich interessiert gezeigt hätten. Interessiert an einer Aufstockung seiner Ruhrkohle-Beteiligung von derzeit rund 27 Prozent ist nach den Worten seines Vorstandsvorsitzenden Rudolf von Bennigsen-Foerder auch der Veba-Konzern. Bei diesem Unternehmen wurde allerdings erklärt, daß ihm bislang kein Angebot von Salzgitter unterbreitet worden sei.

Neue Preissteigerungen

Buenos Aires (AFP) – In Argentinien traten am Samstag neue Preissteigerungen in Kraft. Benzin, öffentliche Verkehrsmittel, Strom, Gas, Postgebühren und die staatliche medizinische Versorgung wurden teurer. Das Benzin stieg um 17 Prozent, während die öffentlichen Dienstleistungen zwischen 14 und 22,5 Prozent teurer wurden. Damit dürfte die Inflationsrate, die sich im Juni auf 15,8 Prozent belief, auch im Juli weiter ansteigen.

Baunachfrage verstetigen

Bonn (rtr) – Die Deutsche Bundespost will in den kommenden Jahren zur Verstetigung der Baunachfrage beitragen. Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling sagte in einem Gespräch mit dem Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes (ZDB), Fritz Eichbauer, er werde sich weiter für den Abbau von Investitionshemmnissen einsetzen. Für den Hochbau der Bundespost sicherte Schwarz-Schilling nach Angaben des ZDB einen in etwa gleichbleibenden, eher steigenden Etat von mehr als 1,7 Milliarden Mark auch für die kommenden Jahre zu.

NRW will Änderung

Bonn (dpa/VWD) – Durch eine Änderung des Investitionszulagengesetzes will das Land Nordrhein-Westfalen erreichen, daß durch die Stahlzulage diejenigen Länder belastet werden, die in den Genuß der steuerlich begünstigten Investition kommen. Der nordrhein-westfälische Finanzminister Diether Posser begründet einen entsprechenden Gesetzesantrag seines Landes mit dem Hinweis, daß nicht das Land mit den Folgen der Zulage beschwert werden dürfe, in dem zufällig die *Geschäftsleitung* oder der Wohnsitz des Betriebsinhabers lägen.

VEREINIGTE STAATEN

Seit sieben Monaten zeigt Produktionskurve nach oben

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Amerikas Industrie holt auf, was sie in der letzten Rezession, die 17 Monate dauerte, verloren hat. Im Juni stieg die Produktion, die den Bergbau, die Weiterverarbeitung und Versorgungsunternehmen einschließt, um 1,1 Prozent. Damit zeigt die Kurve seit Dezember ohne Unterbrechung nach oben. Der Index gewann insgesamt 8,2 Prozent; er liegt aber noch um 5,2 Prozent unter dem im Juli 1981 erreichten Höchststand. Im Mai und April nahm die Erzeugung um 1,1 und 1,9 Prozent zu.

Dieses Produktionstempo läßt sich auf Dauer nicht durchhalten. Es zeigt aber, daß die amerikanische Wirtschaft schneller wächst als bisher vorausgesagt. Vermutlich wird das US-Handelsministerium *in dieser Woche* seine Prognose für die Zunahme des Bruttosozialprodukts im zweiten Quartal von real 6,6 (Januar-März-Periode: 2,6) auf etwa acht bis zehn Prozent anheben. Deutlich verbreitert hat sich die Produktionsbasis. So erhöhte sich der Ausstoß von dauerhaften Gebrauchsgütern um 2,9, von Konsumgütern um 0,5 und Baumaterialien um 1,3 Prozent. Stark bleibt der Rüstungssektor (1,7 Prozent). Auf Jahresbasis liefen im Juni 6,8 (Mai: 6,2) Millionen Autos vom Band.

Zugleich leuchten jedoch erste Warnlampen auf. Nach den Verbraucherpreisen, die in den USA im April und Mai um 0,6 und 0,5 Prozent stiegen, erhöhten sich die Herstellerpreise im Juni um 0,5 Prozent. Es war die stärkste Teuerung seit November. Im Mai machte sie 0,3 Prozent aus. Im ersten Halbjahr 1983 fiel der Index saisonal bereinigt zwar um ein Prozent (Jahresrate), namhafte amerikanische Nationalökonomen warnen jedoch vor einer Fortsetzung dieses Trends. Dann seien neue Inflationsschübe unvermeidlich.

„DDR" / Ost-Berlin legt Bericht für das erste Halbjahr vor

Export ging zu Lasten des Konsums

PETER WEERTZ, **Berlin**

Die ostdeutsche Volkswirtschaft hat sich nach Angaben der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik in Ost-Berlin im ersten Halbjahr 1983 „stabil und dynamisch" entwickelt. In diesem Halbjahresbericht fehlen allerdings wieder viele Einzelangaben und Vergleichszahlen. Insgesamt wird aber deutlich, daß das wirtschaftliche Wachstum trotz günstigerer Ergebnisse noch nicht ausreicht, um die Versorgung der Bevölkerung und die Leistungskraft der Betriebe zu verbessern.

Im Vergleich zum Halbjahr des Vorjahres ist jedoch das produzierte Nationaleinkommen, das in etwa dem Bruttosozialprodukt (ohne Dienstleistungen) entspricht, um 4 statt wie geplant um 4,2 Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres hatte es um 3 Prozent zugenommen. Die Industrie *habe zu über drei Viertel zu diesem* Ergebnis beigetragen, vor allem durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die um 5,3 Prozent wuchs. Hervorgehoben wird in dem Bericht, daß es gelungen sei, in der Produktion den Verbrauch von Energie, Rohstoffen und Vorprodukten zu senken. Gegenüber dem Vorjahr stieg die industrielle Warenproduktion um 3,8 statt wie im Vorjahr um 3,2 Prozent. Im Fünfjahresplan 1981–85, der allerdings inzwischen geändert wurde, war eine Zunahme des Nationaleinkommens um 5,1 Prozent und der industriellen Warenproduktion um ebenfalls 5,1 Prozent vorgesehen.

Übererfüllt wurde der Volkswirtschaftsplan diesmal bei den Exporten, die um 15 statt um die beabsichtigten 13 Prozent zunahmen. Mit der Sowjetunion, die mit einem Außenhandelsanteil von 39 Prozent der größte Partner der „DDR" ist, stieg der Außenhandelsumsatz um neun Prozent. Es fehlen hier – wie schon in den Vorjahren – Angaben über Importe. Mit den westlichen Ländern habe die Handelsbilanz aber mit einem Exportüberschuß abgeschlossen, heißt es im Bericht. Vermutlich waren dafür wieder Importdrosselungen ausschlaggebend, die im Vorjahr bis zu 30 Prozent betrugen.

Die angespannte inländische Versorgung spiegelt sich im Einzelhandelsumsatz, der mit 49,5 Mrd. Mark stagniert. Im Vorjahr war er nur um weniger als ein Prozent gewachsen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten werden ebenso an den Investitionen deutlich, die mit 24 Mrd. Mark kaum zugenommen haben. Hinzu kommt, daß die Schwerpunktbereiche Energie, Rohstoffe und Mikroelektronik bei den Investitionen bevorzugt werden, so daß die Engpässe in den übrigen Industriezweigen bestehen bleiben. Das gilt besonders für die Konsumgüterindustrie.

Zugleich unterstreicht der Bericht: „Ein fester Bestandteil der Wirtschaftspolitik ist die Sicherung *der Landesverteidigung und* der inneren Sicherheit und Ordnung."

Spalthoff wird 60 Jahre alt


FOTO: W. P. Prange

Franz Joseph Spalthoff vollendet morgen sein 60. Lebensjahr. Das Vorstandsmitglied des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks (RWE) mit den bedeutungsschweren Initialen FJS ist im April 1979 nach dem Tod von Heinrich Mandel in die Leitungsetage des größten Elektrizitätsversorgungsunternehmens der Bundesrepublik aufgerückt und ist hier vor allem für Planung, Bau und Betrieb von Kraftwerken zuständig. Der Diplom-Ingenieur (Fachrichtung Elektrotechnik und Maschinenbau an der TH Darmstadt) gehört dem Unternehmen seit über zwanzig Jahren an. Kommunalpolitisch hat er sich für die CDU in seinen Heimatgemeinden Brauweiler und Pulheim engagiert. Spalthoff ist verheiratet und hat drei Kinder. Der begeisterte Jäger, der nach eigenem Bekunden schon viele Böcke geschossen hat, gehört zu den Naturtalenten, die trotz Aufstiegs auf der Karriereleiter nichts von ihrer Natürlichkeit eingebüßt haben. HH

WOHNUNGSBAU / Möglichkeiten der Kosteneinsparung stärker nutzen – Förderung effektiver gestalten

Vorrang für Eigeninitiative und Privatengagement

Von OSCAR SCHNEIDER

Die Bundesregierung ist mit dem Ziel angetreten, bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die marktwirtschaftlichen Kräfte besser zu nutzen und staatliche Eingriffe zu begrenzen. Dies sind Forderungen, die auch für die Wohnungspolitik gelten. Die Bedeutung der Wohnungspolitik in gesellschaftspolitischer, beschäftigungs- und konjunkturpolitischer und nicht zuletzt sozialpolitischer Hinsicht ist in der Regierungserklärung vom Mai aufgezeigt worden: „Wir wollen, daß viele Bürger Wohneigentum erwerben können. Steuerliche Verzerrungen werden wir beseitigen und familienfreundliche Lösungen anstreben. Sozialer Wohnungsbau und Wohngeld gehören zur sozialen Marktwirtschaft."

Es heißt jetzt, die wirksamsten Instrumente zu entwickeln, um diese Ziele der Wohnungspolitik zu verwirklichen. Es geht darum, das gesamte System der Wohnungsbauförderung zu überprüfen, um es wirkungsvoller zu gestalten und auf unsere mittel- und langfristigen Ziele hin auszurichten. Dabei gilt es, der Eigeninitiative und dem Privatengagement im Wohnungsbau wieder Vorrang zu verschaffen und zugleich die Rolle der sozialpolitischen Instrumente so zu bestimmen, daß ihre Wirksamkeit und ihre Zielgenauigkeit wieder zugunsten derjenigen verbessert werden, die staatliche Unterstützung nötig haben.

Die Bundesregierung hat im Herbst des vergangenen Jahres ein Sonderprogramm zur Wiederbelebung des Wohnungsbaus aufgelegt, in dem die zeitlich befristete Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus einen Schwerpunkt bildete. Dies rief nicht nur Zustimmung, sondern auch Kritik hervor. Es gab Zweifel, ob es angesichts des erreichten Standes der Wohnungsversorgung und der Verzerrungen auf den Mietwohnungsmärkten sinnvoll war, nochmals dem sozialen Wohnungsbau so kräftige Impulse zu geben. Die neue Bundesregierung mußte allerdings in der Situation, die sie im Herbst vergangenen Jahres vorfand, so schnell wie möglich handeln und für eine rasche Belebung der Wirtschaftstätigkeit sorgen. Der Wohnungsbau war hierfür besonders geeignet. Schnelligkeit in der Umsetzung in Baunachfrage und damit eine bessere Auslastung der Bauwirtschaft waren also die vorrangigen Ziele dieses Programms. Diese Ziele werden sich, dies kann man heute sagen, sicher erfüllen. Das Sonderprogramm hat in Verbindung mit der Zinssenkung inzwischen erfreuliche und deutliche Wirkung gezeigt. Da dieses Programm aber in erster Linie auf kurzfristige Anstoßwirkungen ausgerichtet ist, sind Anschlußmaßnahmen notwendig, um den erreichten Anstieg der Baunachfrage zu stabilisieren und ein bloßes baukonjunkturelles Strohfeuer zu vermeiden. Dabei können wir zwei Probleme gleichzeitig lösen. Einmal gehört der Wohnungsbau zusammen mit dem Städtebau zu den Wirtschaftszweigen, die die höchsten volkswirtschaftlichen Anstoßeffekte bringen, zum anderen ist die Wohnungsbautätigkeit insbesondere im letzten Jahr auf ein Niveau abgesunken, das eine nachfragegerechte Wohnungsversorgung nicht sichern kann.

Einer Überprüfung auf seine Leistungsfähigkeit und soziale Treffsicherheit hin bedarf vor allem der soziale Wohnungsbau. Diese Überprüfung muß sich auf das notwendige Volumen, auf die Gewichtsverteilung zwischen Mietwohnungsbau und Eigenheimbau und auf die Ausgestaltung der Förderung erstrecken.

In diesem Jahr sind im sozialen Wohnungsbau Mittel für rund 100 000 Wohnungen bereitgestellt worden. Der größte Teil der Länderprogramme entfällt dabei noch auf den sogenannten ersten Förderungsweg, mit dem die Wohnungsversorgung einkommensschwächerer, besonders bedürftiger Gruppen gesichert werden soll. Für diese Gruppen genügt es nicht, mit Wohngeld die Mietbelastung ihrer Wohnungen herabzusubventionieren. Für sie müssen wir auch künftig gezielt neue Wohnungen erstellen. Auch aus städtebaulicher Sicht im Blick auf Umstrukturierung und Sanierung unserer Städte brauchen wir auf absehbare Zeit mit dem sozialen Wohnungsbau ein Instrument, das hilft, gerade auch einkommensschwächere Haushalte in den Sanierungsgebieten zu halten. Hier würde eine lediglich auf den Bestand zielende Förderung über das Wohngeld allein nicht greifen.

Unterschätzt werden nach wie vor die Möglichkeiten zur Kosteneinsparung, die auch im Wohnungsbau gegeben sind. Über unsere Förderbestimmungen müssen wir deshalb nachhelfen, damit Möglichkeiten zur Kosteneinsparung verstärkt genutzt werden. Wir müssen mit den von uns eingesetzten öffentlichen Mitteln mehr Wohnungen bauen. Dazu wird sicher auch eine noch stärkere Verlagerung auf die Eigentumsbildung im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus beitragen.

In letzter Zeit ist dem Wohnungsbau und damit der Wohnungsbaupolitik mit wachstumspolitischer Begründung eine unproduktive Kapitalnutzung und eine gesamtwirtschaftliche Kapitalfehlleitung vorgeworfen worden. Dahinter steht offensichtlich die Vorstellung einer gesättigten Wohnungsnachfrage, die meint, bei weiterer Bautätigkeit würde zwangsläufig nur Wohnungsüberschuß produziert. Diese These ist in dieser Form nicht haltbar. Wenn wir das erreichte Versorgungsniveau halten wollen und um den aus der Bevölkerungsentwicklung mittelfristig absehbaren Mehrbedarf zu decken, ist ein relativ hoher Sockel an Wohnungsbautätigkeit auch künftig notwendig. Für genauso problematisch halte ich auch die in letzter Zeit verschiedentlich geäußerte Auffassung, daß ein zu hoher Anteil der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis in den Wohnungsbau fließe. Gesamtwirtschaftlich ist hier zu berücksichtigen, daß im Bereich der Wohnungsbauinvestitionen über das Wohneigentum zusätzliches Sparaufkommen geschaffen wird, das sonst nicht gebildet würde.

Durch wohnungswirtschaftliche Investitionen erreichen wir zudem neben der reinen Wohnungsversorgung zusätzliche wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Zielsetzungen in der Vermögens- und Eigentumspolitik, der Städtebaupolitik, der Sozialpolitik und der Konjunkturpolitik. Deshalb dürfen wir Investitionen im Wohnungsbau auch nicht allein daran messen, ob ihre Produktivität und Rentabilität ebenso hoch ist wie diejenige rein ökonomisch ausgerichteter Investitionen.

Der Verfasser ist Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

BRASILIEN / BIZ-Kredit indirekt verlängert

Landesweiter Streik droht

dpa/VWD/AP/AFP, Rio de Janeiro

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel, hat die Rückzahlungsfrist für einen Kredit an Brasilien über 400 Millionen Dollar (1,15 Milliarden Mark) indirekt verlängert. Formal werde die Frist zwar nicht ausgedehnt, doch besteht die Bank nicht mehr auf die ursprüngliche Rückzahlungsfrist, die am Freitag ablief. Sie kam damit einer Bitte des Landes um Fristverlängerung entgegen.

Von der Gewährung einer bereits im Mai vom Internationalen Währungsfonds (IWF) zugesagten, aber bisher nicht ausgezahlten Kredittranche über 411 Millionen Dollar hatte Brasilien die Rückzahlung an die BIZ abhängig gemacht. Nach Meinung des IWF ist das Land den Forderungen nach Stabilisierungsmaßnahmen der brasilianischen Wirtschaft in unzureichender Weise nachgekommen.

Der brasilianische Finanzminister Ernane Galveas ist jedoch zuversichtlich, daß es heute oder spätestens morgen zu einer Einigung über die Freigabe der bereits zugesagten Kredittranche in Höhe von 411 Millionen Dollar kommen wird. Die brasilianische Regierung habe ihre Gespräche mit dem IWF nahezu abgeschlossen, sagte Galveas. Er erwarte eine endgültige Einigung am Montag, so daß das Abkommen spätestens Dienstag unterzeichnet werden könne. Galveas: „Die internationalen Bankiers wissen, daß wir das Paket nicht an die BIZ zurückzahlen können, solange wir das IWF-Paket nicht erhalten haben."

Allerdings verwahrte sich der Sprecher des Internationalen Währungsfonds (IWF) dagegen, die Verhandlungen voreilig als abgeschlossen zu bezeichnen. „Was den IWF betrifft, so gehen die Verhandlungen weiter, das ist der offizielle Stand", sagte er. Die Verhandlungen liefen jedoch „sehr gut, und es wurden bedeutende Fortschritte erzielt".

Unterdessen zeichnet sich eine wachsende Unterstützung für einen landesweiten Streik in Brasilien in der kommenden Woche ab. Mit dem Ausstand soll gegen Beschlüsse der Regierung protestiert werden, die zuvor Maßnahmen mit dem Ergebnis niedrigerer Einkommen für fast alle Lohnempfänger angekündigt hatte.

NAMEN

Dr. Hugo Rhein, Vorstandsmitglied der Badenwerk Aktiengesellschaft, Karlsruhe, trat nach Erreichen der Altersgrenze mit dem 15. Juli 1983 in den Ruhestand.

Ehrensenator **Dr. Hans Minetti**, langjähriger Vorsitzender und jetziger Ehrenvorsitzender des Deutschen Beton-Vereins, vollendet am 19. Juli das 85. Lebensjahr.

Karl Otto Pöhl, Präsident der Deutschen Bundesbank, wurde zum Vorsitzenden der Zentralbankpräsidenten der Länder der Zehnergruppe einschließlich der Schweiz gewählt. Er ist Nachfolger von **Lord Richardson of Duntisbourne.**

Hermann Hinrichs, Ehrenvorsitzender des Vorstandes der Nordwest Eisen- und Metallwaren eG, Hagen, ist am 10. Juli im Alter von 91 Jahren gestorben.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Achim: Albert Reinhard Rothe, Oyten; **Bad Iburg:** W + W Service-Druck GmbH u. Co. KG, Georgsmarienhütte; Pott Palettenbau GmbH & Co. KG, Bad Laer; **Bochum:** Horst Wilhelm Spohn, Installationsmeister, Herne 1; **Braunschweig:** Josef Pesendorfer Bau KG; **Büdingen:** Bekleidungswerke Büdingen GmbH; **Detmold:** WSG Rainer Fritz Bewachungs- und Detektiv GmbH; Glockemann & Co. Schuhhandelsges. mbH; **Hamburg:** Trave-Transportges. mbH; KG. i. Heinrich Habermann (GmbH & Co.); Werner Habermann GmbH; Nachl. d. Harald Siercke; Michael Schreiber-GmbH; Wengorra & Co. Schuhhandelsges. mbH; **Hannover:** Elke Eckhardt, Friseurmeisterin; **Heidenheim/Brenz:** Georg Bosch, Stahl- u. Metallbau, Königsbronn, Inh. Reiner Richard, Schlossermeister, Königsbronn; **Herford:** Ostertag Furniere GmbH; Lücke & Eckmeyer GmbH, Löhne 4; Joka Fleisch-Vertriebs-GmbH; **Hof:** Nachl. d. Hans Jürgen Blödel, Vertreter, Rehau; Baumgärtel Polsterwaren GmbH & Co. KG, Matratzen- u. Polstermöbelfabrik, Selb; **Lahr:** Winter GmbH & Co. Industrieschilder KG, Seelbach; **Ludwigshafen/Rhein:** Theodor Germann, Speyer; **Mannheim:** Zobel GmbH, Weinheim; **Moers:** Nachl. d. Claus-Gerd Optenhostert; **Neuwied:** Nachl. d. Heinrich Josef Wingen, Rheinbreitbach; **Siegburg:** Nachl. d. Hans Heinrich Towè, St. Augustin 2-Hangelar; **Wesel:** Brocksieper + Knoth GmbH & Co; Kaiser u. Sohn Möbelhandelsges. mbH & Co. – Raumgestaltung – KG; **Wiesbaden:** Nachl. d. Jutta Henriette Gundlach geb. Welzel; **Wittlich:** Arnold Brösch GmbH & Co.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Osnabrück: Strobach u. Co. Bissendorf-Schledehausen; **Vechta:** Landmaschinen Wenzeslaus Pundsack.

Vergleich beantragt: Berlin Charlottenburg: Varioplast Fensterbau GmbH; **Freiburg/Br.:** VEG., Ver- u. Entsorgungsleitungsbau GmbH, Heitersheim.

MESSE MÜNCHEN / Auch künftig keine Zugeständnisse bei den Standpreisen

Gegen neue Spezialausstellungen

DANKWARD SEITZ, München

Das deutsche Messewesen läuft Gefahr, durch einen „Wildwuchs" von Veranstaltungen seine Glaubwürdigkeit zu verlieren. An alle Messegesellschaften richtete daher Werner Marzin, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensgruppe „Messe München International" den Appell, neue Überlegungen immer im Zusammenhang mit dem bereits bestehenden Angebot zu sehen. Statt immer neue kleine Spezialausstellungen zu kreieren, sollten vielmehr die vorhandenen Veranstaltungen ständig an die Bedürfnisse der Wirtschaft angepaßt werden.

Die Fülle des Messeangebots zwinge die Industrie zur Sparsamkeit und eine „verantwortungsvolle Messegesellschaft daher zur Zurückhaltung". Die fünf Großmesseplätze Düsseldorf, Frankfurt, Hannover, Köln und München verfügten bereits über ein ausgefeiltes Messeprogramm und deckten damit wohl weit über 90 Prozent des Messeangebots in der Bundesrepublik ab. Damit würden alle Branchen und Sparten der Konsumgüter- und Investitionsgüterwirtschaft unter Einschluß aller Innovationen umd neuer Technik ausreichend bedient. Im Interesse der Wirtschaft sollte hier ein Konsens gefunden werden.

Bei Verhandlungen über Standpreise wird die Münchner Messegesellschaft, so Marzin, auch künftig nicht bereit sein, Abstriche zu machen. „Wir sind kein Subventionsempfänger und wollen es auch nicht werden." Wenn ein Verband irgendwo eine billigere Miete bekommen kann, sei man „nicht böse". Ein Unterbieten des „Marktpreises" käme nicht in Frage. Und Marzin gibt sich zuversichtlich, das durchhalten zu können. Langfristig müßten sich andere überlegen, wie lange sie den ruinösen Preiswettbewerb mitmachen können.

Aus diesem Grunde will sich Marzin auch künftig aus der Diskussion um den Bau eines Münchner Kongreßzentrums, wie es von der Hotellerie gefordert wird, heraushalten. München brauche zwar ein solches mit rund 2500 Plätzen, dabei dürfe aber nicht das Hallenareal der Messe angetastet und ein Defizit nicht auf das Messewesen umgelegt werden.

Das Jahr 1983 verspricht für die Messegesellschaft wieder gut zu werden. Rund 20 000 Firmen werden nach Marzins Schätzung sich an Ausstellungen beteiligen und etwa 1,7 Mill. Besucher anziehen. Mit allem Vorbehalt wird ein Umsatz von knapp 150 Mill. DM erwartet. Im ersten Halbjahr ging die Rechnung auf, so Marzin. Über 11 500 Unternehmen aus 69 Staaten und 1,2 Mill. Besucher aus 105 Ländern wurden bisher auf dem Messegelände gezählt.

RENTENMARKT / Deutlich widerstandsfähiger

Keine einheitliche Tendenz

Nachdem sich der Zinsanstieg zunächst weiter fortgesetzt hatte, zeigte sich der deutsche Rentenmarkt am Ende der vergangenen Woche deutlich widerstandsfähiger. Dazu trug offenbar auch das mit Spannung erwartete Auftreten des US-Notenbankchefs Volcker vor dem Senat bei. Seine Absage an eine dratstische Verknappung der Geldversorgung gab einem gewissen Zinsoptimismus Auftrieb. Eine einheitlich freundliche Tendenz war am deutschen Markt allerdings noch nicht festzustellen. Bei abwartender Haltung der Anleger schwankten die Kurse öffentlicher Anleihen zum Wochenschluß um 0,2 Prozentpunkte nach beiden Seiten. (DW.)

Emissionen	15.7. 83	8.7. 83	30.12. 82	30.12. 81	30.12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,69	7,62	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,46	7,42	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,86	7,82	7,11	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	7,59	7,62	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,86	7,77	7,05	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,56	7,49	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,30	8,20	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	7,84	7,75	7,83	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,17	8,04	8,45	10,32	8,32

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

ERFOLGREICH IM WETTBEWERB / Richard Dohse & Sohn

Kalender-Markt ist hart umworben

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Jede Branche hat ihre Probleme, aber die, mit denen sich die ehrbare Zunft der Kalendermacher zu befassen hat, sind doch von ganz besonderer Art. „Wir können nicht auf Vorrat produzieren, denn Kalender, die nicht zu Jahresbeginn verkauft wurden, sind Makulatur und müssen eingestampft werden", sagt Richard Dohse, der das gleichnamige Familien-Unternehmen in Bielefeld leitet. Die ungerade Umlaufzeit der Erde um die Sonne bewirkt nun einmal, daß sich die Wochentage zu den Kalendertagen von Jahr zu Jahr um einen Tag verschieben und der Rest durch Schaltjahre ausgeglichen wird. Diese astronomischen Gegebenheiten schließen jeglichen Handel mit gebrauchten Kalendern aus; sie sorgen dafür, daß ein Kalender nur eine Lebensdauer von einem Jahr hat, und halten damit eine ganze Branche in Atem.

Insgesamt rund 60 Prozent der bundesdeutschen Taschenkalender-Produktion ist heute in Bielefeld konzentriert. Richard Dohse & Sohn ist eins der vier Unternehmen, die sich damit befassen. Gegründet wurde es vor nun genau hundert Jahren als Buchbinderei, die vor allem Lohnaufträge für den renommierten Bielefelder Verlag Velhagen & Klasing ausführte. Eines Tages fertigte der junge Buchbindermeister Richard Dohse Poesiealben für seine sechs Töchter und stellte dann fest, daß solche bibliographischen Produkte sich auch anderweitig gut verkaufen ließen, ein erster Schritt in die Unabhängigkeit.

Sohn Wilhelm Dohse verlegt sich in den zwanziger Jahren auf die Produktion von Fotoalben und Taschenkalendern. Sein „rido-merker", 1933 erstmalig gefertigt, wurde zum Markenartikel, noch heute werden von diesem Tischkalender jährlich mehr als eine halbe Million Stück produziert. Der nicht weniger innovative Firmenenkel Richard Dohse, heute an der Spitze des Unternehmens, folgte 1958 mit einer weiteren Neuheit, dem „rido-planer", *dem Taschen-Terminkalender* in Leporello-Form. Rund 33 Mill. DM beträgt der Jahresumsatz derzeitig, der Exportanteil liegt bei 10 Prozent. Mehr als 300 Mitarbeiter sind im modernen Betrieb beschäftigt, der aber immer noch die alten Probleme der Kalendermacher kennt. „Wir bekommen nur einmal im Jahr Geld, nämlich um Weihnachten, wenn wir unsere Kalender ausliefern", erklärt Richard Dohse.

Große Fortschritte hat man bei dem Bestreben gemacht, die Kalenderproduktion, ursprünglich auf die Monate Oktober bis Dezember konzentriert, auf das ganze Jahr zu verteilen, und zwar durch weitgehende Vorproduktion feststehender Teile. Dabei muß allerdings der spätere Auftragseingang vorausgeschätzt werden, außerdem ist es nicht einfach, alle Angaben rechtzeitig zu bekommen, beispielsweise neue Posttarife.

Die Bundespost ist überhaupt ein Problempartner. Dohse produziert auch Telefonbücher. Bei den örtlichen Verzeichnissen herrscht ein rigoroser Preiskampf auf dem überbesetzten Markt, an die Aufträge für die amtlichen gelben Bücher ist aber nicht heranzukommen. *Die Post sorgt für eine Art* „closed shop" der Etablierten. Deshalb diversifiziert man mit Papeterie-Artikel und Werbemitteln, druckt Kinderbücher und unterhält seit den fünfziger Jahren einen Tochterbetrieb, eine Großbuchbinderei in Neustadt an der Weinstraße, denn das Geschäft mit den Taschenkalendern ist hart geworden.

PFANNI

Neue Produkte entwickelt

DANKWARD SEITZ, München

Eine deutliche Wende im Konsumverhalten der Verbraucher spürt die Pfanni-Werke Otto Eckart KG, München, zwar noch nicht, dennoch ist Otto Eckart, neben Werner Eckart persönlich haftender Gesellschafter, zuversichtlich, 1983 noch etwas besser abschneiden zu können als im vergangenen Geschäftsjahr. Denn das erste Halbjahr 1983 hat trotz eines leicht rückläufigen Gesamtmarktes ein Umsatzplus und eine kleine Ertragsverbesserung gebracht.

Optimismus kommt auch darin zum Ausdruck, daß Pfanni jetzt erstmals nach zwei Jahren wieder eine Chance sieht, Preiserhöhungen am Markt durchzusetzen. 1982 war dies angesichts eines um 2,6 Prozent geringeren Verbrauchs an Nahrungsmittel nicht möglich. Ein Grund dafür, daß der „zufriedenstellende" Ertrag – genaue Zahlen werden nicht genannt – mit einem Plus von unter 1 Prozent auf dem Vorjahresniveau stagnierte.

Trotz des leicht schrumpfenden Marktes konnte Pfanni 1982 noch ein Umsatzplus von 1,3 Prozent auf 301,2 Mill. DM erzielen. Die Sparneigung vieler Verbraucher habe, so Eckart, bei Kartoffel-Fertigprodukten – 75 Prozent aller Pfanni-Produkte werden aus Kartoffeln hergestellt – nicht so durchgeschlagen wie bei anderen Lebensmitteln. Insbesondere bei den Haushaltsprodukten (Umsatzanteil 65 Prozent) habe man dieser Entwicklung auch mit einer ganzen Reihe neuer Produkte entgegensteuern können; auf Großabnehmer entfallen 25 Prozent des Umsatzes und auf den Export rund 10 Prozent. Investiert wurden 18,5 Mill. DM; 1983 sollen es 17 Mill. DM sein.

Die Convent Knabber-Gebäck GmbH & Co. KG, Köln erzielte nach Angaben Eckarts ein Umsatzplus von 2,8 Prozent auf 165 Mill. DM. Von der 100prozentigen Tochter Kness GmbH Fertiggerichte KG hat sich Pfanni Anfang 1983 getrennt.

TEMMING / Nach neun Jahren wieder Dividende

Ertrag stark verbessert

J. BRECH, Hamburg

Zum ersten Mal seit 1974 hat die Papierfabrik Peter Temming AG, Glückstadt, wieder eine Dividende ausgeschüttet. Auf das Grundkapital von 6 Mill. DM, das 1976 zur Abdeckung hoher Verluste von 12 auf 6 Mill. DM herabgesetzt worden war, beschloß die Hauptversammlung 5 Prozent zu zahlen. Aus dem Bilanzgewinn von 2,1 Mill. DM werden die verbleibenden 1,8 Mill. DM der freien Rücklage zugeführt. Mehrheitsaktionär bei Temming ist die Firma Steinbeis & Consorten GmbH, Brannenburg (Inn).

In dem um 17 Prozent auf 0,32 Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß, der sich durch die in den Vorjahren angesammelten Gewinne auf 2,1 Mill. DM Bilanzgewinn erhöht, kommt die 1982 erzielte Ertragsverbesserung nur bedingt zum Ausdruck. Zu Lasten des Ergebnisses hat Temming die, wie es im Geschäftsbericht heißt, „längst notwendige Dotierung der Versorgungseinrichtung" vorgenommen. Für die Peter Temming Alterskasse GmbH wurden rund 5 Mill. DM zurückgestellt.

Bei einem um 8 Prozent auf 148 Mill. DM gestiegenen Umsatz und einem um 26,7 Prozent verbesserten Rohertrag von 51 Mill. DM hat vor allem der exportorientierte Bereich Linters positiv abgeschnitten. Höhere Erlöse infolge des Dollaranstiegs und gleichzeitig nachlassende Einkaufspreise bei Rohlinters bewirkten eine deutliche Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im Lintersbetrieb, heißt es.

Die Papierfabrik erlitt dagegen einen Verlust. Absatzrückgänge, fallende Papierpreise und wesentlich höherer Reparaturaufwand werden als Gründe genannt. Mit dem Verlust wird die AG nur zur Hälfte belastet. Die Firma Steinbeis ist über eine stille Gesellschaft zur Hälfte am Gewinn und Verlust der Papierfabrik beteiligt.

Zur weiteren Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit hat Temming 1982 die Investitionen nochmals kräftig von 6,8 auf 11 Mill. DM erhöht. Im Mittelpunkt stand der Umbau einer weiteren Papierfabrik zur Produktion von Recycling-Papier. Im Lintersbetrieb sind Engpässe in der Fertigung beseitigt worden.

Die Entwicklung in den ersten Monaten dieses Jahres verläuft nach Angaben des Vorstands erwartungsgemäß. Der Lintersbetrieb arbeite zufriedenstellend, das Ergebnis der Papierfabrik werde trotz guter Auslastung durch nicht ausreichende Erlöse belastet.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Conoco mit Gewinn

Hamburg (JB.) – Die Conoco Mineralöl GmbH, Hamburg, hat 1982 ein positives Ergebnis erzielt. Bei einem Umsatz von 3,2 Mrd. DM verblieben als Jahresüberschuß 10,2 (43) Mill. DM. Der Absatz betrug 2,1 Mill. Tonnen, wobei sich Conoco weitgehend aus der OMW Raffinerie Karlsruhe versorgte, an der die Gesellschaft zu 25 Prozent beteiligt ist. Das Netz der Jet-Tankstellen ist von 410 auf 388 Stationen reduziert worden.

Fusion Racke/Dujardin?

Bingen (VWD) – In der Spirituosen-Industrie zeichnet sich möglicherweise eine weitere Konzentration ab, über deren Form sich die beteiligten Familiengesellschaften Pott + Racke, Bingen, und Dujardin u. Co, Uerdingen, bisher noch ausschweigen. Bestätigt wird bisher lediglich, daß beide Familiengesellschaften in „erfolgversprechenden Verhandlungen über eine enge Kooperation stehen". Die Palette der in den Gesprächen behandelten Möglichkeiten reicht nach der Stellungnahme offenbar von einer reinen Vertriebskooperation bis zur Fusion.

Amexco tauscht

Frankfurt (Wb.) – Die American Express will im Wege des Aktientausches fast alle Aktiva der Versicherungs- und Kapitalanlagegesellschaft Allegheny Corporation übernehmen. Von Allegheny, die in ihren beiden Tochtergesellschaften Investors Diversified Services (IDS) und MSL Industries zusammen fast 4000 Mitarbeiter beschäftigt, sind Stammaktien im Wert von 87 Mill. Dollar im Umlauf. Mit dem Paket, das Allegheny im Gegenzug *erhalten soll, wäre das Unternehmen* größter Einzelaktionär von American Express.

EVT verstärkt sich

Stuttgart (nl) – Die EVT Energie- und Verfahrenstechnik GmbH, Stuttgart, hat Teile und Vermögenswerte des Geschäftsbereichs Gaserzeugungs- und Gasreinigungsanlagen der J. F. Mahler GmbH + Co., Esslingen, übernommen. Dieser Bereich bestritt bisher ein jährliches Umsatzvolumen von etwa 10 Mill. DM

Erfolg bei Hauni

Hamburg (JB.) – Einen Umsatzsprung von 460 auf 610 Mill. DM hat 1982 die Hauni-Werke Körber & Co KG, Hamburg, erreicht. Auch die Ertragslage wird als gut bezeichnet. Diese Angaben machte Vorstandsvorsitzender Heinz Gretz anläßlich einer Betriebsversammlung, in der bekanntgegeben wurde, daß an die Mitarbeiter 10,4 Mill. DM in Form von Erfolgsbeteiligung ausgeschüttet werden. Zur künftigen Entwicklung erklärte Gretz, daß der traditionelle Umsatzträger Maschinen für die tabakverarbeitende Industrie verstärkte Anstrengungen erfordere. Hauni betreibe die Verbreiterung der Produktpalette mit großer Intensität. Der Schleifmaschinen-Bereich sei durch die Übernahme der Firma Schaudt erheblich gestärkt worden.

GERLING KREDIT / Dividende fast halbiert – Mehr masselose Konkurse

Steigerung der Schadenszahlungen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Solange die Hoffnungen auf eine Verbesserung der Finanzlage der Unternehmen stärker sind als die tatsächlichen Anzeichen für eine durchgreifende Konjunkturerholung, ist auch die Nachfrage nach Kreditversicherung weiterhin lebhaft. Während das Inlandsgeschäft schon eine lebhaftere Steigerung erkennen läßt, bleibt das Auslandsgeschäft noch schwach, stellt die Gerling-Konzern Speziale Kreditversicherung AG, Köln, in ihrem Geschäftsbericht 1982 fest.

Daher zeigte sich im 1. Halbjahr 1983 mit 3,8 Prozent noch ein verhaltener Prämienzuwachs. Dies sei auch eine Folge unverändert selektiver Hereinnahme von Neugeschäft. Außerdem sei die Prämiensituation durch die seit Mitte 1982 laufenden Sanierungsmaßnahmen, insbesondere durch die damit verbundene Anpassung der Prämiensätze in Bestand und Neugeschäft gekennzeichnet, die sich im laufenden Jahr noch stärker auswirken werden als 1982. Insgesamt wird jedoch für 1983 mit einer höheren Zuwachsrate gerechnet. Auf der Schadenseite hat sich trotz noch im 1. Halbjahr erhöhter Insolvenzzahlen die Schadenquote gegenüber dem Vorjahr leicht ermäßigt.

Wie in der gesamten Branche hat die Explosion der Insolvenzzahlen im In- und Ausland das GKS-Geschäftsjahr 1982 bestimmt: Anstieg der Forderungen aus Konkursen um 55 Prozent auf rund 11 Mrd. DM, der Zahl der Millionenkonkurse um 50 Prozent auf 1844 Fälle sowie der Großkonkurse (über 10 Mill. DM Forderungen) um 50 Prozent. Überdies hat der *Anteil der* masselosen Konkurse an den Gesamtkonkursen 76 Prozent erreicht.

Das GKS-Prämienwachstum von 4,6 (11,8) Prozent auf (brutto) 168 Mill. DM wurde ausschließlich im Neugeschäft erzielt. Dagegen war die Entwicklung der Prämien aus dem Bestand rückläufig. Der Schadenaufwand wuchs um 46 (64) Prozent auf 210 Mill. DM, was die Schadenquote von 91 auf 124 Prozent trieb. Bei der im Prämienaufkommen überproportional um 12,4 Prozent auf 83 Mill. DM gestiegenen Warenkreditversicherung stieg die Schadenquote auf 134 (84) Prozent der Prämien, in der Ausfuhrkreditversicherung bei einem Prämienplus von 2,6 Prozent auf 53 Mill. DM erreichte sie 125 (103) Prozent. Nach Änderung der Schwankungsrückstellung verblieb ein technischer Verlust von knapp 8 Mill. DM (1981: 3,3 Mill. DM Gewinn). Der Überschuß des *allgemeinen Geschäfts von* 8,6 Mill. DM sicherte aus dem auf 0,5 (0,8) Mill. DM verringerten Jahresüberschuß die auf 8 (15) Prozent gekürzte Dividende. Die versicherungstechnischen Rückstellungen machen 152,2 (133,7) Prozent, die Eigenmittel 26,2 (26,2) Prozent der verdienten Beiträge aus.

Science-fiction mit Romy Schneider und ein französischer Film-Klassiker

Der Mann mit der Kamera im Kopf

Die kleine Reihe französischer Filme im „Nacht-Studio" der ARD („Hafen im Nebel", „Die Spielregel", „Unter falschem Verdacht", „Das Spiel ist aus", „Teufel im Leib", „Ein hübscher kleiner Strand" und „Verbotene Spiele") will daran erinnern, wo der „film noir" entstand und wie wichtig er im Entstehungsland auch in jenen Nachkriegsjahren blieb, als junge französische Kritiker diesen Stilbegriff auf eine parallele Entwicklung im amerikanischen Film anzuwenden begannen.

„Schwarze" Filme aus dem Frankreich der Vorkriegsjahre gehörten zum beliebtesten Repertoire in deutschen Studiokinos der 50er Jahre, wurden dann beinahe vergessen und stehen heute im Schatten des „film noir" aus Hollywood.

Unter falschem Verdacht – ARD, 23.00 Uhr

In der Produktion der deutschen Besatzungszeit gab es nur wenige Beispiele für dieses Genre, – wenn man eine in der Moderne angesiedelte Handlung als Kriterium voraussetzt. Carné und Prévert fühlten sich genötigt, auf historisierende Stoffe auszuweichen – von ihrem ersten Film nach der Kapitulation, „Die Nacht mit dem Teufel" (Antonioni sagte später, er habe dabei zum ersten Mal als Regie-Assistent nachhaltige Eindrücke empfangen) bis zu den monumentalen „Kindern des Olymp", deren Premiere bis zur Befreiung Frankreichs hinausgeschoben wurde.

Henri Clouzot hingegen wagte 1943 ein „schwarzes" Paradestück mit dem „Raben" (Le corbeau), das den deutschen Besatzern wegen seiner Kritik an der Moral französischer Provinzbürger so gut gefiel, daß sie sogar den Export gestatteten. Nach der Befreiung verhängten die französischen Militärbehörden zunächst über Film und Regisseur ein Aufführungs- und Berufsverbot. Doch bald schon gehörte Clouzot zu den Protagonisten in der Renaissance des „film noir" der Nachkriegsjahre.

„Unter falschem Verdacht" schildert überraschend direkt Pariser Nachkriegsrealität mit Kohlenmangel und Schwarzhandel, aber auch mit allgemeinem moralischen Verfall: Ein resignierter Ex-Kolonialbeamter (Louis Jouvet), den es zur Pariser Kriminalpolizei verschlagen hat, übernimmt die Aufklärung einer Mordaffäre, die durch das zweideutige Verhalten zweier Frauen provoziert und kompliziert wird. Bezeichnend ist, daß eines der wenigen unmittelbaren Porträts der französischen Nachkriegsgesellschaft nicht unter dem Einfluß des damals in ganz Europa gefeierten italienischen Neorealismus entstand, sondern geprägt war vom Rückgriff auf einen Vorkriegs-Stil.

Das ZDF sendet den 1979 mit Romy Schneider, Harvey Keitel, Harry Dean Stanton und Max von Sydow unter der Regie von Bertrand Tavernier gedrehten Science-fiction-Film „Der gekaufte Tod" (Death Watch): Er spielt in einer unbestimmten Zukunft, vielleicht in der ersten Hälfte des kommenden Jahrhunderts. Krankheiten sind so gut wie besiegt, die Menschen sterben hochbetagt in Kliniken, wo man ihre Persönlichkeit mit Medikamenten langsam reduziert. Jung zu sterben gehört zu den raren Ausnahmefällen, und eben ein solcher ist Katherine Mortenhoe (Romy Schneider), von Beruf Bestsellerautorin. Ihre Bücher produziert sie mit Hilfe eines Computers, der nur neue, erfolgversprechende Formulierungen zuläßt.

Von ihrem Arzt erfährt sie, daß sie trotz ihrer Jugend nicht mehr lange zu leben habe; eine Sensation für die Öffentlichkeit und ein „Bonbon" für den Fernsehproduzenten Vincent Ferriman und sein Programm „Death Watch": Gegen eine Summe, die den überlebenden Verwandten zugute kommt, erwirbt er von Todeskandidaten das Recht, ihr Sterben auf dem Bildschirm auszustrahlen. Obwohl Katherine sich anfangs vehement dagegen sträubt, gelingt es ihm dennoch, sie unter Vertrag zu nehmen. Als aber auf allen Litfaßsäulen Plakate mit ihrem Bild für die TV-Sendung werben, gerät sie in Panik und ergreift die Flucht. Sie versteckt sich bei ihrem ersten Mann, einem ausgeprägten Individualisten, der schon lange den Rückzug vor der verwalteten Gesellschaft angetreten hat.

Vincent jedoch setzt seinen besten Mann auf Katherine an, der sie trotz Verkleidung aufspürt und ihr

Der gekaufte Tod – ZDF, 21.20 Uhr

Vertrauen gewinnt. Sie weiß nicht, daß dieser Roddy Kameramann ist, daß er auch ohne sichtbares Gerät jede ihrer Bewegungen, jedes ihrer Worte übertragen kann; die Kamera ist operativ in seinem Kopf installiert, seine ganz normal wirkenden Augen sind Objektive. Dieses gewagte Experiment wurde an ihm zum ersten Mal ausprobiert. Katherine fühlt sich in seiner Gegenwart geborgen, während die Aufnahmen seiner Fernsehaugen über die Bildschirme laufen, ihre Verzweiflung, ihre intimsten Momente. Als Roddy sich der Obszönität seiner Arbeit bewußt wird, beichtet er Katherine, deren Entsetzen sich mit Hilflosigkeit mischt ... DW.

KRITIK

Sehnsucht nach echtem Leberkäs'

Wer Bayern kennt und Bayern liebt, wird sauer, wenn er immer wieder den Gegenstand seiner Freundschaft im „volkstümlichen" Gewand vorgesetzt bekommt. So tümlich ist das Bayernvolk nun auch nicht. Was uns das Fernsehen beschert als **„Weißblaue Musikparade"** (ARD), ist auf Flaschen abgezogene Volkstümlichkeit. Da singt die Hilde Ott, der Welt beste Jodlerin, mit dem Mikrophon an den Lippen, und der Zuschauer fragt sich, wie das?

War das Jodeln nicht einstens als Berg und Tal überwindendes Medium unübertrefflich in Lautstärke und Durchdringungskraft? War nicht, genauer bedacht, der Jodler ein liebenswerter Vorläufer des Rundfunks, von Grat zu Grat, von Alm zu Alm Kommunikation schaffend mit falsettgeübter Kehle? Und nun dies: Eine Jodlerin mit der elektronischen Prothese am Kinn, als könnte sie nicht mit einem einzigen Stimmüberschlag den ganzen Saal zum Klirren bringen!

Da singen sie denn und schlagen sich auf die Lederbahamas, und der Moderator, in feinem Raiffeisensmoking, „schwätzt umeinand", ab und zu kommt ein Vico Torriani aus seinem Versteck, und man atmet auf, ein Profi, der nicht umzubringen ist, aber die Pustatamusik deckt alles zu: laut, fröhlich und wohltätig.

Man kriegt Sehnsucht nach dem echten Bayern, nach einem Leberkäs', der nicht von Macdonald ist.

VALENTIN POLCUCH

STUDIO

Einige interessante Tanzproduktionen plant das Zweite Deutsche Fernsehen für seine Reihe **„Das internationale Tanztheater"**. Bereits aufgezeichnet wurden in Koproduktion mit der BBC London Pina Bauschs Tanzstück „1980" sowie „Mahagonny/Berliner Requiem" von Christopher Bruce. Als nächstes Projekt steht das Schumann-Ballett „Kreisleriana" an, das Patricio Montagnon für die Städtischen Bühnen Frankfurt erarbeitet hat. Zwei Choreographien werden mit dem Königlichen Ballett Kopenhagen produziert: „An meine Tochter" von Robert North zu Musik von Leos Janacek sowie eine Tanzfassung von Schnitzlers „Reigen". (Reg.)

*

Studiogespräche mit Zuschauern und Experten zum Thema „Traum" will das Zweite Deutsche Fersehen während der Internationalen Funkausstellung in Berlin führen. Für die Sendung sucht das ZDF Zuschauer, die vor der Kamera über ihre Traumerfahrungen reden wollen. Interessenten können bis zum 15. August ihre besonderen **Traumerlebnisse** an das ZDF, Hauptredaktion Kultur, Kennwort „Traum", Postfach 4040, 6500 Mainz, schicken. Die Aufzeichnung ist für den 2., 6. und 8. September vorgesehen. (dpa)

*

In Kanada werden die **Fernseh-*Einschaltquoten für Bildungsprogramme*** vollkommen anders gewertet als in der Bundesrepublik. Dies stellten Fernsehverantwortliche des Kanadischen Bildungssenders „TV Ontario" jetzt auf einer Konferenz fest, die in Zusammenarbeit zwischen dem Adolf-Grimme-Institut und dem Goethe-Institut in Toronto stattfand. Während in der Bundesrepublik jede einzelne TV-Sendung an einer imaginären Gesamtzuschauerschaft gemessen werde, was die ausschließliche Orientierung an möglichst hohen Zuschauerzahlen zur Folge hat, mache der Kanadische Sender „TV Ontario" Ernst mit dem Bildungsauftrag des Fernsehens. Man wisse aus Erfahrung, wieviele Personen mit einem Weiterbildungsprogramm ohne Fernsehbeteiligung maximal erreichbar seien. Untersuchungen hätten nun ergeben, daß sich diese Zahl mit Hilfe des Fernsehens verdrei- oder gar vervierfachen lasse. Diese Relation sei die eigentlich wichtige, wenn man über Einschaltquoten für Bildungsprogramme diskutiere. (agi)







ARD/ZDF VORMITTAGSPROGRAMM

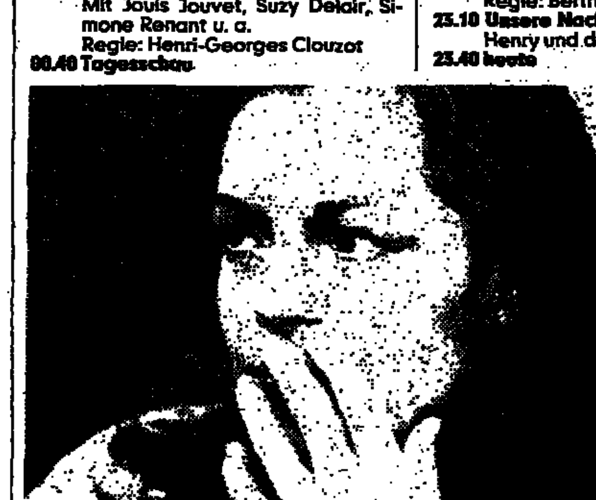
10.00 heute
10.05 Der Tunnel
Fernsehspiel
11.20 Die Kinder von Himmlerstadt
11.50 Souvenirs, Souvenirs
Alte Schlager mit Chris Howland
12.25 Plusminus
Wohin mit unserer Kohle?
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Unsere kleine Farm
Der Mann des Himmels
15.50 Tagesschau
15.55 Ich wollt' ich wär ...
Was sich Zeitgenossen wünschen
Ein Werbetexter aus Neu-Ulm fährt mit Christa Kinshofer einen Parallelslalom / Ein 74jähriger Münchner beim Streckentauchen / Ein Junge aus Reutlingen auf einer Auto-Teststrecke / Ein Wiesbadener, der mit einem Flugzeug notleidenden Kindern helfen will, und wie immer lästert die „Stuttgarter Oma".
17.30 ARD-Sport extra
Tour de France
17. Etappe: La Tour du Pin – L'Alpe d'Huez (Ausschnitte)
17.50 Tagesschau
(Anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
20.15 Die Rosen von Dublin
Letzter Teil der Fernsehserie
Happy-End
Mit Jean-Claude Bouillon, Berenice Toolan, Paul Kinley u. a.
Regie: Lazare Iglesis
21.15 Kontraste
Ohne Illusionen in die Zukunft – Warschau vor der Aufhebung des Kriegsrechts / Geballte Faust und offene Hand – Wie sich die „DDR" auf den Nachrüstungsherbst einstellt / Neue Diskussion über die Oder-Neisse-Grenze? – Stimmen aus der Bundesrepublik und polnische Reaktionen
Moderator: Dr. Joachim Braun
21.45 Selbst ist die Frau
Illusionen
Mit Ulli Philipp, Herta Fahrenkrog, Helga Feddersen u. a.
Buch und Regie: Marcus Scholz
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Unter falschem Verdacht
Franz. Spielfilm (1947)
Mit Jouis Jouvet, Suzy Delair, Simone Renant u. a.
Regie: Henri-Georges Clouzot
00.40 Tagesschau

ZDF

15.15 ZDF – Ihr Programm
15.17 heute
15.20 Der kleine Prinz
Nach dem Roman von Antoine de Saint-Exupéry
Buch: Alan Jay Lerner
Regie: Stanley Donen
16.45 Ferienkalender
Hinweise auf Ferienaktivitäten der Städte und Gemeinden
Mit Anke und Benny
17.15 Die kleinen Strolche
In der Höhle des Löwen
17.30 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Gitte
Wunschfilm der Woche (Sa. 23. 7.)
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.25 Wagen 106
Eine Flasche Whisky für die Dame
18.57 ZDF – Ihr Programm
1.00 heute
19.30 Country-Time mit Freddy Quinn
Stars der Country- und Westernszene: The Cates, Don King, Jeannie C. Riley, B. J. Thomas, Billy White.
Musikalische Leitung: Brian Fishr und Joe Kirsten.
Regie: Dieter Wendrich
20.15 Gesundheitsmagazin Praxis
Themen: Reaktionen auf Denkanstöße für eine menschlichere Medizin / Nierenversagen durch Schmerzmittel – eine immer noch notwendige Warnung / Das programmierte Medikament: von „3x täglich" zu „1x wöchentlich".
21.00 heute-journal
21.20 Der gekaufte Tod
Deutsch-französ. Spielfilm (1980)
Nach einem Roman von D. G. Compton
Mit Romy Schneider, Harvey Keitel, u. a.
Regie: Bertrand Tavernier
23.10 Unsere Nachbarn, die Briten
Henry und die Kunst
23.40 heute



Romy Schneider in der Hauptrolle des deutsch-französischen Spielfilms „Der gekaufte Tod", um 21.20 im ZDF
FOTO: URUSLA RÖHNERT

III.

WEST

18.00 Mein Onkel Theodor – oder wie man viel Geld im Schlaf verdient (1)
6teilige Fernsehserie mit Ge... be, Barbara Rütting u. a.
Regie: Gustav Ehmck
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN

18.00 Emm wie Meikel
18.30 Mein Onkel Theodor – oder wie man viel Geld im Schlaf verdient (1)
19.00 Mickey Rooney
US-Spielfilm (1932)
Mickey der Affenmensch
19.15 Welten – Antiwelten
Die Erforschung des Honni... ven

WEST/NORD/HESSEN

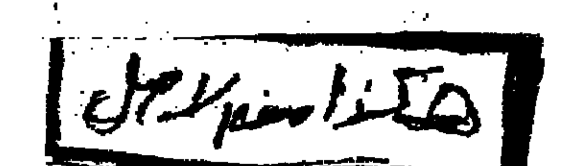
20.00 Tagesschau
20.15 Sind wir alle Zyniker?
Ein Streit mit Gästen
21.45 Wege zu Beethoven (3)
11teilige Sendereihe mit L... Bernstein, Maximilian Sche... den Wiener Philharmonikern
Heute: Die 3. Sinfonie in ... „Eroica".
22.45 Bild der Woche
„Ansicht von Venedig" von ... nio Canal, genannt Canaletto
22.55 Letzte Nachrichten
Nur für WEST
23.00 Die Rebellen vom Liang Sh...
Im Zeichen der Schlange
Nur für NORD/HESSEN
23.00 Dallas
Tödliche Bedrohung

SÜDWEST

Für Baden-Württemberg:
19.00 Die Abendschau
Für Rheinland-Pfalz
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S 3:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
Lucinda und die Indianer
20.20 Ferienreise am Bildschirm
Big Sur
Henry Millers Paradies
21.15 Flash Gordon
Gefangen im Turm
21.55 Jazz am Montagabend

BAYERN

18.15 Follow me – Comedy Time
„Fiasco"
Filmkomödie in einfachem Eng... lisch
18.45 Rundschau
19.00 Die Venus vom Tivoli
Schweizer Spielfilm (1952)
Mit Hilde Krahl, Paul Hub... u. a.
Regie: Leonard Steckel
20.25 Karl Valentin und Liesl Karlstadt
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z. E. N.
22.05 Für gesundes Leben Cad... Blei ...
22.50 Rundschau



Pankraz, das Nagual und das Tieropfer

Zu den faszinierendsten, aber auch verstörendsten Touristenabenteuern in Afrika, Asien oder der Karibik gehört die Teilnahme an einem Tieropfer. Sie ist im allgemeinen leicht zu haben, der Priester hat selten etwas dagegen, nimmt auch gern vorher ein Bakschisch; einige Reiseunternehmen führen „Teilnahme an einem Tieropfer" sogar im Programm. Dennoch halten sich die Teilnehmerzahlen in Grenzen. Der aufgeklärte Besucher aus dem Westen „will so etwas nicht sehen". Von der ganzen Zeremonie nimmt er nur wahr, daß da eine Ziege oder ein Hahn unter allerlei Brimborium und auf manchmal tierquälerische Weise zu Tode gebracht wird. Die transzendente Seite der Angelegenheit bleibt ihm Hekuba.

Manchmal freilich rührt einen doch der Hauch des Übersinnlichen an. Pankraz erinnert sich einer Opferfeier der Gurkas in Nepal, zu der ihn sein Fremdenführer mitgenommen hatte: Unter Trommelwirbel und Trompetengeschmetter hieb da der Priester-Major einem mächtigen schwarzen Büffel mit einem einzigen Schwertstreich den Kopf vom Rumpf. Schon die artistische Leistung war bewundernswert. Dazu der Anblick der salutierten Säbel des in Gala angetretenen Bataillons, die tragische Musik, das Flattern der Gebetsfahnen an dem Tempel, vor dem das Opfer stattfand – selbst der größte Skeptiker mußte einräumen, daß da etwas Wichtiges und Ernstes passierte und daß der Büffel nicht umsonst, sondern in Stellvertretung für etwas anderes, Höheres gestorben war.

Der Gedanke der Stellvertretung ist es denn auch, der dem Tieropfer von Anfang an seinen Sinn und seine Würde verliehen hat. Sicher spielte vielfach auch die Vorstellung mit, man müsse die Gottheit durch Darbringung wertvoller Schlachttiere irgendwie bestechen, um ihren Segen zu erlangen oder ihren eingebildeten Zorn zu besänftigen. Aber die Religionshistoriker sind sich einig, daß das immer nur ein Nebenaspekt war. Im Zentrum stand der Glaube an die geheime Identität von Tier, Mensch und Gott. Im Tieropfer gibt sich nicht nur der Mensch symbolisch der Gottheit hin, sondern diese selbst liefert sich momentweise dem Nichts aus, um gleichsam für alles Leid, das in der Welt ist, zu büßen und die Chance der Wiederauferstehung und eines besseren Neuanfangs zu gewinnen.

Insofern war die Sakralisierung des Kreuzigungsgeschehens von Golgatha im Christentum, waren Gottesopfer und Abendmahl lediglich Bekräftigung und Vergeistigung schon vorher vorhandenen religiösen Allgemeingutes. Es dauerte übrigens seine Zeit, bis die Feier des Abendmahls in der christlichen Liturgie das Tieropfer vollständig ersetzt hatte. Opfertiere für Gottesdienste, Totenmessen und Votivgaben an Wallfahrtsorten sind im Frühchristentum und auch noch im Mittelalter vielfach bezeugt. Der Isenheimer Altar Matthias Grünewalds zeigt zwei Landleute, die einen Hahn bzw. ein Schwein dem Heiligtum des hl. Antonius als Opfer darbringen.

Victor Maag, der emeritierte Zürcher Alttestamentler, der sich intensiv mit dem Tier in der Religion befaßt hat, führt die Tatsache, daß das religiöse Leben des westlichen Menschen heute faktisch ohne das Tier auskommt, weniger auf den Einfluß des Christentums zurück als vielmehr auf einen allgemeinen anthropozentrischen Trend, der beispielsweise auch schon in den antiken Religionen zu beobachten sei. Während es bei den alten Ägyptern noch von tiermenschlichen Göttern wimmelte – man denke an den falkenköpfigen Horus, an den schakalköpfigen Anubis, die katzenköpfige Bastet –, kannte der spätere griechische Olymp kaum noch Tierisches. Zeus verwandelte sich, wie einst Baal, zwar noch in einen Stier, Demeter erschien als Stute Phigaleia, Asklepios als Schlange, doch das war auch schon alles. Gestalten, die ihre Halbtierheit nicht ablegen konnten, wie der bocksbeinige Pan oder die Kentauren, hatten im Götterhimmel nichts zu suchen; sie gehörten eindeutig einer vergangenen Epoche an.

Und so, wie die griechischen Götter sich nicht mehr mit Tieren identifizieren konnten oder wollten, so wenig sind wir modernen Menschen dazu in der Lage. Wir lächeln nur noch über den australischen Aborigin, der felsenfest davon überzeugt ist, daß draußen in der Trockensteppe seine „Buschseele" in einem Wombat oder Känguruh wohnt, oder über den Hopi-Indianer, der erst ein wirklicher Mensch zu sein glaubt, wenn er unter den Tieren der freien Wildbahn sein ganz persönliches „Nagual" entdeckt hat, ganz zu schweigen von dem Medizinmann in Britisch-Columbien, der das „Totem" seines Stammes hütet, eine Schildkröte oder Krähe, in denen er die Identität seines Clans oder seiner Nation verkörpert sieht.

Erst in allerjüngster Zeit, im Gefolge der Krise, in die das Erkenntnisinstrument unserer neuzeitlichen praktischen Vernunft geraten ist, beginnen wir wieder empfindlich zu werden für Totem, Nagual und Buschseele. Die Weisen der Aborigines und Hopis sind „in"; schon gibt es kalifornische Philosophieprofessoren, die statt über Plato und Kant über die Selbsterfahrungsberichte tibetischer Schamanen und kanadischer Medizinmänner lesen. Das Identitätsgefühl des Westeuropäers beginnt aufzuweichen.

Pankraz ist gespannt, wie weit das Pendel zurückschlagen wird. Ein geistiges Zurück zu den Buschmännern hält er nicht für wünschenswert; auch mißtraut er den „Tieropfern" gewisser Wiener „Aktionskünstler", die Gottesdienst mit dem Abreagieren fataler Obsessionen zu verwechseln scheinen. Viel wäre jedoch gewonnen, wenn die neue Welle den Respekt vor dem Tier stärken und seine allzu mechanische Verwurstung und Unterjochung eindämmen würde.

Pankraz

Ein Mosaik aus Hofmannsthal und Schnitzler: Porträt der Wiener Schauspielerin Birgit Doll

Die junge Dame liebt die Schwierigkeiten

Das „süße Wiener Mädel" ist sie nicht! Sie kann es sein, kann es spielen. Doch wenn sich am 27. Juli der Vorhang bei den diesjährigen Salzburger Festspielen zur Premiere von Molières „Dom Juan" hebt, so wird Birgit Doll als stolze Donna Elvira, als Ehefrau des Liebesüchtigen, auf der Bühne stehen (Regie führt Ingmar Bergman).

Wir treffen uns in der Mozartstadt, im Café Tomaselli, umgeben von Touristen, die von Mozart die Kugeln und von Karajan die „Kleine Nachtmusik" lieben. Birgit Doll kommt von der Probe. Sie wirkt verschlossen, noch immer äußerst konzentriert, still. Dann freut sie sich über das Glas Wasser, das in alter österreichischer Manier zum Kaffee serviert wird, denn das vermisse sie in München, wo die gebürtige Wienerin zur Zeit lebt.

Birgit Doll ist 27 Jahre alt und im Begriff, eine der ganz großen Schauspielerinnen zu werden. Sie ist kein Star für einen Sommer, wird nie ein solcher sein. Karriere? „Aber was heißt denn das?" sagt Birgit Doll. Ein immer wiederkehrender Satz aus ihrem Mund.

Der Beginn liegt sechs Jahre zurück: Im Februar 1977 sucht Maximilian Schell eine Schauspielerin für die Rolle der Marianne in seiner Verfilmung von Horváths Drama „Geschichten aus dem Wienerwald". Er findet sie in Wien im Reinhardt-Seminar und notiert in sein Arbeitsbuch: „Unter den Schülern Birgit Doll. Wirkt verloren und fremd. Da geht Marianne ..."

Diese Rolle wird für die damals 22jährige die große Chance und Herausforderung. Denn Horváth hat diese Figur ungeheuer kompliziert angelegt. Und Birgit Doll liebt das Komplizierte, Schwierige, liebt vieldeutige Frauentypen, deren Charaktere facettenreich und nicht einseitig sind. „Ich versuche, jeder Rolle Tiefe und Nuancenreichtum zu verleihen", sagt Birgit Doll. „Denn ich sehe einen Teil meines eigenen Ichs in jeder Figur, die ich verkörpern soll. Für mich gibt es keine eindimensionalen Charaktere. Jeder Mensch setzt sich aus vielen Mosaiksteinen zusammen, und ich bemühe mich, in jede Rolle einen Teil meiner selbst zu legen oder auch wiederzuentdecken."

Die Marianne ist ihr erster großer Erfolg. *Für ihre Darstellung* wird Birgit Doll 1979 mit dem Bayerischen Filmpreis ausgezeichnet.

Von der Leinwand führt der Weg wieder auf die Bühne. Zunächst an das Ernst-Deutsch-Theater nach Hamburg, danach an das Theater in der Josefstadt in Wien; und schließlich steht sie, wieder unter der Regie von Maximilian Schell, während der Salzburger Festspiele auf der Bühne. Als Erna in Arthur Schnitzlers „Weites Land". Der um die Labyrinthe der Seele wissende Arzt und Dichter gehört zu den Lieblingsdramatikern der Schauspielerin.

Birgit Doll geht nach Berlin zu Lietzau, sie spielt im „Danton" unter Noelte und dreht wieder einen Film: „Charlotte"; über das Leben der jungen jüdischen Malerin Charlotte Salomon, die im Alter von 26 Jahren in Auschwitz ermordet wurde. Dieser Film des holländischen Regisseurs Frans Weisz hat sich in der Bundesrepublik nie durchgesetzt. Dennoch geriet er der jungen Schauspielerin zu einem persönlichen Erfolg. Allen arithmetischen Bedenken zum Trotz erhält Birgit Doll den Bayerischen Filmpreis zum zweiten Mal. *Die Jury* begründet die herausragende darstellerische Leistung des Jahres 1980 mit der „großen Persönlichkeitssubstanz" der Schauspielerin.


Entdeckt von Maximilian Schell, gefördert von Noelte, umworben von Bergman: Birgit Doll mit Bergman auf der Probe zum „Dom Juan" bei den Salzburger Festspielen. FOTO: GISELA SCHEIDLER

Birgit Doll bestellt sich noch einen Kaffee. Nein, sie fragt vielmehr höflich, ob sie noch einen haben „könnte". Diese konjunktivische Höflichkeit ist frei von jeglicher Attitüde. Sie ist jene Noblesse, die wir uns nur an der Kunstfigur Helene Altenwyl im „Schwierigen" von Hofmannsthal zu bewundern trauen, weil sie uns im Leben so unverständlich geworden ist! Und wer Birgit Doll in eben dieser Hofmannsthal-Figur auf der Bühne des Münchner Residenztheaters sah, der wurde Zeuge einer Kraft, die nie mit sich prahlt, die aus Demut und tiefem Wissen entspringt und sich in vollendeter Grazie zeigt.

Birgit Doll liebt die Schwierigkeiten und die Schwierigen, auf der Bühne wie im privaten Leben: „Wenn die Schwierigkeiten nicht mehr schwierig sind, dann gehe ich von der Bühne ab." Von diesem Punkt ist sie, ihrem Publikum zum Glück, noch weit entfernt. Sie ist nicht bequem, und nichts mag sie weniger, als immer nur auf einen Rollentypus festgelegt zu werden. „Ich bin neugierig; ich muß immer verändern", sagt Birgit Doll und weiß, daß sie für die Folgen ihrer Neugierden niemandem Rechenschaft schuldet außer sich selbst.

Neben der Donna Elvira spielt sie auch in diesem Jahr, bei den Salzburger Festspielen, wieder die Kathi, in Nestroys Posse „Der Zerrissene". Die Titelrolle in diesem von Otto Schenk mit weisem Humor inszenierten Stück ist mit Helmut Lohner besetzt. Ich zähle ihr die Namen ihrer großen Theaterkollegen am Regiepult und auf der Bühne vor und frage sie schließlich, mit wem sie denn besonders gern zusammenarbeiten würde.

„Mit mir", antwortet Birgit Doll und lacht.

Kein Zweifel, die Karriere der Birgit Doll wird lang sein. Sie geht sie wie in Trance, geht sie mit der Sicherheit der Somnambulen oder der Kinder. Dieses Talent ist über die Moden, denen auch der Theaterbetrieb unterliegt, erhaben.

PASCAL MORCHÉ

Dresslers Aktion „Jahrhundertspur" in Moskau

Puppen mit Stahlhelm

Vom Bundesverband Bildender Künstler nach Moskau entsandt, zog Otto Dressler zu Füßen eines behelmten Gerippes am Metallgittermast seine „Jahrhundertspur" durch die Weltgeschichte. Schwarz ausstaffiert wie seine künstlerischen Hervorbringungen, aber weniger hitzefest als sie, verkündete der professionelle Verfremder um 16.17 Uhr einem gemischt deutsch-sowjetischen Publikum: „Sie werden jetzt eine Kunstaktion miterleben, die erste Arbeit in Moskau und überhaupt in der Sowjetunion aus dem weiten Kunstbereich ‚Aktion'."

Was nach dieser marktschreierischen Ankündigung unter den anschwellenden Klängen von Beethovens „Ode an die Freude" in einem Ausstellungsraum des Künstlerhauses an der Moskwa geschah, fanden die Zuschauer weder erregend noch provokant. Dressler vermengte flüssigen Kunststoff mit roter Farbe und goß das schnell erstarrende Gemisch säuberlich, damit das Parkett nicht leide, über die am Boden aufgereihte Geschichte der Kriege von den Kreuzzügen bis zur Gegenwart. „Das ist mir zu simpel", fand ein russischer Maler und widersprach der „Erstmaligkeit" des Vorganges mit Hinweisen auf die jungen unabhängigen Künstler in der Sowjetunion: „Die haben bloß den schönen Kunststoff nicht und machen es halt mit Farbe."

Nach exakt 29 Minuten schaltete Dressler das mitgebrachte Stereogerät aus, verbeugte sich vor dem freundlichen Applaus und ließ die Dolmetscherin auf russisch für die erwiesene Aufmerksamkeit danken. Die Worte des Künstlers über den „Wahnsinn des Krieges" hatte sie zu Beginn schon zum „Unsinn" verkleinert. Ob die Moskauer Ausstellung, die künftig ohne die Aktionen Dresslers auskommen und allein durch ihre Objekte wirken muß, in die dialektische Einheit von Friedens- und Wehrpropaganda sowjetischer Provenienz einen Einbruch erzielen kann, ist mehr als zweifelhaft: Der reine Pazifismus hat hierzulande selbst bei Oppositionellen keine Heimstatt.

„Der liegt ja mit seinen Sachen ganz auf Linie", staunte ein Beobachter aus der deutschen Kolonie. Ein anderer, der die Stuttgarter Gegenausstellung des sowjetischen Künstlers Togrul Narimanbekow gesehen hatte, meinte spitz: „Von dem hätte ich gern ein Bild ..." Dresslers Agitationskunst wird vom linientreuen sowjetischen Künstlerverband jedenfalls als konsequente Friedenspropaganda (und Kapitalismuskritik) vereinnahmt. Dem früheren Bildhauer hat der Verband, was durchaus keine Selbstverständlichkeit ist, ein russischsprachiges Programmheft bester Qualität gewidmet, das im Gegensatz zum Katalog der letzten westdeutschen Ausstellung jedem sowjetischen Zuschauer zugänglich ist. Westliche Friedensfreunde sind hier immer willkommen. Würde es ein sowjetischer Künstler wagen, mit den Machtsymbolen und Glaubenssätzen seiner Parteidiktatur, auch nur entfernt so umzugehen, wie Dressler, Jahrgang 1930, mit den Verhältnissen einer demokratischen Gesellschaft umspringt, hätte er bald im Arbeitslager nützlichere Werke zu verrichten.

Der Verfremder aus der Bundesrepublik zeigte sich erfreut darüber, daß seine Anti-Kriegs-Kunst ohne Schwierigkeiten den Weg von West nach Ost einschlagen konnte. Seine schwarzfarbigen Kunststoff-Collagen, die der westdeutschen Gesellschaft mit „Sarkasmus und Zorn" (wie es im russischen Programmheft heißt) an den Kragen gehen, machen das schon verständlich.

Weniger plausibel ist ein Detail in der lebensgroß hingestreckten Figurengruppe, die fünf uniformierte Schaufensterpuppen als die „letzten Toten des Weltkriegs" verewigt: je einen Engländer, Sowjetmenschen, Franzosen, Amerikaner und Deutschen mit Stahlhelm und Stiefeln, darüber die Landesflaggen. Über der deutschen Figur verdecken die Farben Schwarz-Rot-Gold das angemessene Hakenkreuz-Symbol fast vollständig. War etwa Weimar oder die Bundesrepublik am Kriege beteiligt?

Wie schön, daß Dressler in seinem Handzettel gleichwohl notieren kann: „Die Ausstellung wird vom Auswärtigen Amt und dem Institut für Auslandsbeziehungen gefördert und vom Botschafter der Bundesrepublik Deutschland eröffnet." So geschah es auch, mit Lobreden auf Kulturaustausch und friedliche Zusammenarbeit.

FRIED H. NEUMANN

Sidney Lumets Polizeifilm „Prince of the City"

Unrat in oberen Etagen

In fast all den zwei Dutzend Filmen, die der Regisseur Sidney Lumet in den letzten 25 Jahren an die Leinwand der Weltkinos gegeben hat – in fast allen brennt das Gewissen. Das fing an mit den sensationellen „Zwölf Geschworenen", 1957. Es hat vorläufig geendet mit dem faszinierenden Gerichtsfilm „Das Verdikt". Der Film „Prince of the City" liegt vor dem juridischen Reißer mit Paul Newman. Wir holen ihn hier sozusagen nach.

Lumet leuchtet darin mit Bitternis und kompliziertem Ekel tief in die New Yorker Polizei hinein. Die ist, zeigt Lumet, korrupt fast bis auf die Knochen. Ein dreißigjähriger Edel-Cop kriegt Bange vor seiner und seiner armierter Kollegen Machtvollkommenheit. Er gehört einer Spezialeinheit an, die mit Sonderaufgaben und äußerster Macht ausgerüstet ist, die professionell geradezu zwingend an den Rand stetiger Illegalität kommt. Die Jungs sind an sich prima. Aber das Polizeisystem selber ist tief korrupt. Beschäftigung mit dem Sumpf, der ständige Umgang mit dem Abschaum macht selber tödlich dreckig. Der Dschungel, in dem die stämmigen Ordnungshüter einbrechen sollen, schlägt moralische Blessuren. Kriminalität steckt an, auch gerade die, die sie im großen und freien Stil verfolgen sollten.

Der junge ehrgeizige Cop und Detektiv mit Spezialaufträgen in der Verfolgung der Gift-Mafia sieht sich immer deutlicher von allen Sicherheiten und Grundsätzen der Gerechtsamkeit verlassen. Er traut seine berechtigten Zweifel einem ehrgeizigen Rechtsanwalt an. Der Mann will der Polizeikorruption auf die Spur kommen. Er riecht Unrat auch in den höchsten Etagen vermeintlicher Rechtsverteidigung. Der junge Purist des Gewissens wird eingeschleust in die Burgen der Macht. Auch sie sind, stellt sich heraus, angeknabbert von der feindlichen Macht der Mafia.

Das nun zeigt Lumet ausführlich und mit immer wieder frappierenden Seitenzügen. Die Handlung ist am Ende so schwer zu durchschauen wie die Machenschaften, mit Hilfe derer sich Verbrecher und Verfolger immer wieder gemeinsam in die Hände spielen. Am Ende wird die junge, ehrliche Haut des reinen Cops selber eingeschleust in die gräßlichsten Transaktionen des Verrats. Man verläßt den Film erregt, angeekelt, verwirrt, fasziniert: So schlimm, wie Lumet die Verstrickung von Verbrechen und Verbrechensverfolgung schließlich zeigt, kann es doch gar nicht sein, dürfte es gar nicht. Leider hat aber Lumet mit seinem rabiaten Film wahrscheinlich recht. Das Recht selber ist krank. Schmutziges Geld regiert noch in den höchsten Etagen der Gerechtsamkeit. Die Welt stinkt überall.

Hier wird kein Pardon gegeben. Kameradenverrat wird gezeigt. Behördenkorruption wird deutlich bloßgelegt. Falscher Ehrgeiz und Dummheit und eine abscheuliche Kumpelhaftigkeit zwischen Killern und ihren korrupten Verfolgern wird enthüllt. Gerechtigkeit und moralischer Verlaß sind nirgends. Lumets Film vom „Prince of the City" ist tief melancholisch, ist von äußerster Bitternis.

Wahrlich kein schöner Film, so schön und wunderbar kompetent er gemacht ist, so grandios er in allen Rollen gespielt wird, so folgerichtig wie er mit jeder neuen Sequenz zu Werke geht. Aber so genau und folgerichtig möchte man es gar nicht wissen. Man verläßt diesen Film mit der Gänsehaut der Verzweiflung.

FRIEDRICH LUFT


Der Korruption auf der Spur: Treat Williams als Daniel Ciello in Sidney Lumets Film FOTO: CONCORDE

„Der tolle Tag" bei den Ettlinger Festspielen

Stroux, Vater und Sohn

Die heitere, gemalte Scheinarchitektur (lediglich im Sandsteinrosa etwas zu stumpf geraten) gibt dem Innenhof des Ettlinger Schlosses im Doppelsinn jenen mehrfach gebrochenen Scheincharakter eines authentischen Spielorts für die sommerliche, hohe Leichtigkeit einer zu spielerischen Genüßlichkeit avancierten Beaumarchais-Inszenierung. Karl-Heinz Stroux richtet mit leichter Hand Baumarchais' ehemals als Skandal aufgefaßtes Komödchen „Der tolle Tag oder Figaros Hochzeit" in einem der jüngsten Festspiele, denen von Ettlingen (bei Karlsruhe), ein.

Als vor fast exakt 200 Jahren im Schloß Trianon, am 24. April 1784, Marie-Antoinette mit ihrer Hofgesellschaft die Premiere dieses Sozial-Schockers in Komödienform ansah, werden die wenigsten gemerkt haben, daß da die Scheinarchitektur einer aristokratischen Verkommenheit „sozial-kritisiert" wurde. Dazu hätte es heute eines ganz anderen Stroux bedurft. Der dagegen setzt eine Komödie in Szene, wie es sich gehört und gefällt.

Innerhalb dieser Vorgabe: „Wer versüßt mir heut den Abend bei den Pavillons im Hofe." Nachdem jeder den kriegte, den er wollte, und nachdem – nach bestem Muster aus Verwechslung, List, Verkleidung, Liebestollheit und Enttäuschtheit – der Standard der publikumswirksamen Komik abgespult ist, bleiben einzelne Leistungen, bleiben komische Masken, bleiben einige lustige Einfälle, solang eben an einem lauen Sommerabend eine Lachträne auf der Wange feucht bleibt. Das Ganze dann doch wieder von temperierter Lauheit, mit gelegentlich erfrischenden Brisen. Zudem ein Doppel-Stroux: Thomas Stroux spielt in der Inszenierung seines Vaters den Figaro.

Der Genuß dieses Spiels, hoch und niedrig im Schloßhof vereinend, der kommt von den Schauspielern. Thomas Stroux ist da am besten, wo er den Liebes-Robin-Hood doppelsinnig über die Szene wirbeln kann. Die monologisierenden Moralepisteln mit dem Schielen nach einem kabarettistischen Erfolg im tagespolitischen Kommentar hätte man besser gestrichen. Sie geben dem Spiel nach der „Halbzeit" unnötige Längen. Wenn aber zum Liebeshandel das authentische Sirren der Mauersegler überm Schloßhof kommt, dann frischt sich das wieder auf.

Alexander Kerst als Graf Almaviva gibt einen etwas vergrauten, ermüdeten Galan in lüsterner Etikette, und das Thema „landesherrliches Recht auf die Jungfräulichkeit der erblühten Schönen" gerät vor dieser gräflichen Eheborniertheit zum Schnörkel. Natürlich kann Kerst spielen. Für Augenblicke beherrschte er bis in die begehrlichen Fingerspitzen *hinein* ganz unsommertheaterlich die Nuancen. Die Gräfin, Eva Kotthaus, bleibt bis gegen Ende des Stücks etwas statuenhaft. Das liegt nicht an der Schauspielerin, sondern an dem Ungleichgewicht in der Regie, das der Wirtschafterin Marcelline (Angela Koschel) die wirksame Ausstrahlung eines mondänen Trampel verleiht. Die Lacher sind auf ihrer Seite.

Heimliche Hauptfigur des Abends ist Margit Wolff als Susanne, Figaros Braut: ein Ausbund an Lebendigkeit, an frischer Raffinesse, an knackigem, erotisiertem Schalk, der herrscherlich mit Weiberlist sich das erobert, wonach die Sinnlichkeit als Ausgleichssystem verlangt, ohne die Sozialordnung zu stören. Die Wolff wirkt an keiner Stelle überzogen, nie als Skizze. Ähnlich *gespannt, einem* Holzpantinengang noch prickelnde Grazie verleihend, mitten im lauten Lachen: Sylvia Nentwig als Fanchette. Wenn es eine geheime Rolle gäbe, die sieghaftes Grinsen heißen müßte, ihr wäre das auf den Leib geschrieben.

REINER NERVAL

KULTURNOTIZEN

Den **„Kaiser-Lothar-Preis"** der Eifelstadt Prüm erhält der belgische Maler Emile Olivier.

Andrzej Panufniks neue Komposition, „A Procession of Peace", wurde vom Londoner Royal Philharmonic Orchestra uraufgeführt.

„Der Wegweiser", eine im belgischen Eupen herausgegebene, deutschsprachige Vierteljahresschrift, erscheint im 25. Jahrgang.

Manfred Jung wird anstelle von Reiner Goldberg die Partie des Siegfried in der Bayreuther Inszenierung der „Götterdämmerung" übernehmen.

„Bibliotheken in einer technisierten Welt" ist das Thema des 49. Internationalen Bibliothekskongresses von 21. bis 28. August in München.

Rudolf Nehmer, Maler und Grafiker, Mitbegründer der Künstlergruppe „Das Ufer" und vor allem als Porträtist bekannt, ist 71jährig in Dresden gestorben.

Pablo O'Higgins, einer der bekanntesten mexikanischen Muralisten, starb 83jährig in Mexico City.

Heinrich Roth, der Erziehungswissenschaftler, ist 77jährig in Göttingen gestorben.

JOURNAL

Spektakuläres Programm für Venedigs Filmfestival

AP, **Venedig**

Mit einer Aufführung von „Ediths Tagebuch", dem neuen Film des deutschen Regisseurs Hans W. Geissendörfer, werden am 31. August die diesjährigen Filmfestspiele von Venedig eröffnet. Wie der Leiter der Film-Biennale, Gianluigi Rondi, sagte, wird es bei diesem 40. Filmfestival am Lido unter 28 gezeigten Filmen mehrere echte Uraufführungen geben, darunter die „Streamers" des amerikanischen Regisseurs Robert Altman, der neue Film des Polen Andrej Wajda, „Eine Liebe in Deutschland" nach dem Buch von Rolf Hochhuth, und Federico Fellinis neues Opus „E la Nave va". Gleichfalls erstmals öffentlich gezeigt werden die Filme „Hanna K." des griechischen Regisseurs Costa Gavras, „Fanny och Alexander" von Ingmar Bergman und der neue Jean-Luc Godard „Name: Carmen". Die internationale Jury, die die Löwen von San Marco vergibt, wird vom italienischen Regisseur Bernardo Bertolucci geleitet. Gezeigt werden ferner der aus nie verwendetem Filmmaterial Charlie Chaplins für das britische Fernsehen montierte Film „Der unbekannte Chaplin" sowie eine Retrospektive mit 30 Filmen des französischen Filmklassikers René Clair.

Münchner „Gasteig" öffnet am 1. September

AP, **München**

Der Münchner Kulturpalast am Gasteig wird ab 1. September abschnittsweise bezogen. Das über der Isar thronende Kulturzentrum, das ursprünglich nur 130 Millionen Mark kosten sollte, mittlerweile aber mindestens 255 Millionen Mark verschlingen dürfte, soll nach seiner endgültigen Fertigstellung 1985 die neue Heimat der Münchner Philharmoniker werden und auch das Richard-Strauss-Konservatorium aufnehmen. Schon im Sommer 1984 zieht die Münchner Volkshochschule, die größte der Welt, in den Backstein-Betonbau ein, während als erster Hauptnutzer im September dieses Jahres die Münchner Stadtbibliothek mit der Musik-, Jugend- und philatelistischen Bibliothek einziehen wird.

„Schönste Bücher aus aller Welt"

AFP, **Leipzig**

39 Länder haben bisher ihre Teilnahme an der internationalen Ausstellung „Schönste Bücher aus aller Welt" bestätigt, die vom 3. bis 25. September in Leipzig stattfindet. Die sozialistischen Länder werden in dieser Galerie der schönsten Bücher vorwiegend Exponate zeigen, die in nationalen Wettbewerben um die beste buchkünstlerische Gestaltung ausgezeichnet wurden. Mit umfangreichen Kollektionen werden außerdem unter anderem Belgien, die Bundesrepublik, Großbritannien, Finnland, Griechenland, Indien, Japan, Österreich und die Schweiz vertreten sein.

Jugendstil-Ornamente auf den Schrott

AFP, **Brüssel**

Zum Kilopreis von rund zehn Pfennig sind die Metallkonstruktionen des Brüsseler „Maison du Peuple" an einen unbekannten Schrotthändler verkauft worden. Das 1900 kurz nach dem Eiffelturm fertiggestellte „Volkshaus", das Meisterwerk des Architekten Victor Horta (1861–1947), gilt als eine Kostbarkeit der Baukunst der „Art Nouveau". Bis 1965 stand das Gebäude im Brüsseler Stadtzentrum, wo es trotz zahlreicher Proteste einem Bürobau weichen mußte. Die Architekturfreunde, die das Desaster nicht hatten verhindern können, bewahrten nach der Demontage die Metallteile in der Hoffnung auf, das Horta-Haus eines Tages wieder aufbauen zu können. Eine Rekonstruktion des historischen Baus ist nach Meinung des Horta-Schülers Jean Delhaye jetzt nicht mehr denkbar.

Eine Mumie unter doppelter Lackschicht

AFP, **Hanoi**

Die mumifizierte und mit Lack überzogene Leiche eines Bonzen, der vermutlich im 17. Jahrhundert gelebt hat, haben vietnamesische Archäologen in einer Pagode bei Hanoi gefunden. Der Körper des Toten ist auf eine Länge von 57 cm zusammengeschrumpft und nur sieben Kilo schwer. Die Konservierungstechnik ist nach Ansicht der Fachleute einzigartig. Bisher sei in der ganzen Welt kein vergleichbarer Fall bekannt geworden. Die Mumie hat die Haltung des sitzenden Buddha. Röntgenuntersuchungen ergaben, daß die Leiche, der die inneren Organe nicht entnommen worden sind, einbalsamiert und dann mit einer zweifachen Lackschicht überzogen wurde, die jeden Kontakt mit der Luft verhinderte.

Jaroslav Krombholc tot

DW, **Prag**

Einer der bekanntesten tschechoslowakischen Dirigenten, Jaroslav Krombholc, ist am Samstag in Prag im Alter von 65 Jahren gestorben. Krombholc, der zuletzt Chefdirigent des tschechoslowakischen Rundfunkorchesters war, machte sich in der Musikwelt besonders durch die Einstudierung der Mozart-Opern einen Namen, die er in ihrer Urfassung auf die Bühne des Prager Smetana-Theaters brachte. Er war auch Gastdirigent zahlreicher deutscher Symphonie- und Opernorchester und nahm viele Schallplatten auf.

Diplomatische Verstimmung nach dem Blutbad von Orly

Türkei beschuldigt Frankreich, den Terrorismus zu dulden

A. GRAF KAGENECK, Paris

Bis gestern stieg die Zahl der Todesopfer des Bombenattentats von Orly auf sechs. Mindestens drei der schwerverletzten Menschen, die sich in der Schalterhalle des Flughafens aufgehalten haben, ringen noch mit dem Tod. Unterdessen hat die armenische Terrororganisation ein weiteres Attentat „in einem nicht genannten Lande" für den Fall angedroht, daß zwei ihrer in Frankreich einsitzenden Mitglieder nicht bis spätestens morgen freigelassen werden. Die Asala (die Armenische Geheimarmee zur Befreiung Armeniens) hatte schon am Freitag drei Stunden nach dem Attentat um 14.11 in der Abflug-Halle 2 von Orly die Verantwortung für den Anschlag übernommen. Als besonders gefährdete Länder könnten nach Ansicht der Pariser Behörden die Bundesrepublik Deutschland und die USA in Frage kommen. Armenische Nationalisten haben beide Staaten stets als „getreue Helfershelfer des türkischen Regimes" bezeichnet.

Die Erregung in Frankreich über den Anschlag, bei dem insgesamt 60 Personen verletzt wurden, ist auch gestern nicht abgeklungen. Es kam beinahe zu einem diplomatischen Zwischenfall, nachdem der türkische Außenminister Ilter Turkmen die französische Regierung beschuldigt hatte, „den armenischen Terrorismus zu dulden und zu unterstützen". Innenminister Gaston Defferre erwiderte knapp: „Wir haben von der türkischen Regierung keine Lehren entgegenzunehmen. Mehr will ich nicht sagen, ich möchte keinen diplomatischen Zwischenfall."

Täter spurlos verschwunden

Defferre hatte noch am Freitag einen Krisenstab gebildet. Die Kontrollen in Orly wurden erheblich verschärft. Bei der Abfertigung der Passagiere in Richtung Türkei werden jetzt sämliche Gepäckstücke geöffnet. Niemand darf die Reisenden bis zum Abfertigungsschalter begleiten. Da neben dem Schalter für die Turkish Airlines der israelische liegt, gleicht der ganze Sektor einer Festung. Die Abfertigung der Passagiere dauert das Dreifache der normalen Zeit.

Wie immer aber kommen alle Maßnahmen zu spät. Von den Tätern fehlt jede Spur. Seit 48 Stunden werden Dutzende von Zeugen verhört, darunter auch die Verletzten. Sicher ist bisher nur, daß der oder die Attentäter ihre Bombe nicht in der erst eine Stunde später startenden Maschine der Turkish Airlines, sondern mitten in der Menge der Abfertigungshalle sprengen wollten, um möglichst viele Menschen zu treffen. Unter den sechs Toten sind drei Franzosen. Die übrigen sind Türken.

Die Bombe war vermutlich ein 200 Gramm schwerer Sprengsatz des aus der CSSR stammenden, häufig von palästinensischen Terroristen benutzten „Semtex". Der Sprengsatz war an zwei Gasflaschen angeschlossen; dadurch erklären sich die furchtbaren Brandwunden der Opfer. Zunächst hatte man angenommen, eines der Todesopfer könne einer der Terroristen gewesen sein, in dessen Händen die Bombe explodierte. Später identifizierte man den völlig entstellten Leichnam als den eines 19jährigen französischen Touristen.

Kritik an Terrorbekämpfung

Präsident Mitterrand hat am Samstag einige der Verletzten in den Krankenhäusern besucht und das Attentat als „blindwütig, feige und nutzlos" bezeichnet. Der Staat werde seine Pflicht zu dessen Aufdeckung tun. Eine erregte Presse aber kritisierte inzwischen, daß Frankreich sich nach wie vor weigere, aus humanitären oder liberalen Gründen ein modernes Datenverarbeitungssystem zur Terrorbekämpfung einzuführen, wie es so erfolgreich in Deutschland praktiziert werde. Auch müsse das Asylrecht, von Justizminister Badinter wesentlich weiter gefaßt als unter seinen Vorgängern, wieder eingeschränkt werden. Man erinnert auch daran, daß seit 1981 etliche Armenier, die in der 300 000 Mann starken armenischen Kolonie Frankreichs als gefährliche Nationalisten gelten, wieder freigelassen wurden. Schließlich beschuldigt man Syrien, Libyen und Iran, die im August 1982 von den Israelis aus Beirut vertriebenen Asala-Terroristen bei sich aufgenommen zu haben und bei Aktionen gegen Frankreich zu unterstützen.



Wasserspiegel SAHARA-OASE. FOTOGRAFIERT VON WALTER MAYR

Amerikanische Phalanx gegen „Killer-Bienen"

AFP, San José de Costa Rica

Eine Koalition, die unter den jetzigen politischen Verhältnissen so gut wie unmöglich schien, hat sich in Mittelamerika formiert. Die Staaten Zentralamerikas haben sich mit Mexiko und den USA zu einer Front gegen einen gemeinsamen Feind zusammengeschlossen: die afrikanische Biene, wegen ihrer großen Angriffslust von den Medien mit dem furchterregenden Titel „Killer-Biene" versehen.

Die Entstehung dieser Tiere geht auf das Jahr 1956 zurück. Damals importierten Imker aus der brasilianischen Provinz Saint Paul 26 afrikanische Bienenköniginnen und kreuzten sie mit einer europäischen Art. Diese Zwitter vermehrten sich in diesen tropischen Regionen mit nie gekannter Geschwindigkeit und waren bald in allen warmen und feuchten Gegenden Südamerikas verbreitet.

Ihr Weg nach Norden konnte über die Jahre genau verfolgt werden. Nachdem sie in ganz Brasilien anzutreffen waren, folgten sie dem Lauf der Flüsse und Täler nordwärts über Guayana nach Venezuela, das sie 1976 erreichten. Drei Jahre später trafen erste Exemplare in Kolumbien ein, bevor sie 1980 begannen, die Atlantikküste unsicher zu machen. Weitere zwei Jahre später folgte der Sprung nach Mittelamerika – es summte nun auch in Panama und an der Pazifikküste. Auf der vorerst letzten Station hat die „Killer-Biene" nun in Costa Rica haltgemacht.

Das Insekt, kleiner als die europäische Biene, aber von großer Aggressivität und Angriffslust und noch leichter erregbar als die Artgenossen diesseits des Atlantiks, ist nicht von Grund auf eine „Killer-Biene". David M. Roubik, Mitarbeiter eines tropischen Forschungsinstituts in Panama, spricht ihr sogar jede instinktive Offensive ab. Sie sei weder schlechten Charakters noch destruktiv veranlagt, sondern verteidige nur rücksichtslos den Schwarm, dem sie angehört. Nach einer Störung bleibe die Biene jedoch noch stundenlang, ja manchmal tagelang äußerst reizbar.

Doch trotz der Beteuerungen von Wissenschaftlern, die diese Biene für eher harmlos halten, hat sich die Legende von der „Killer-Biene" über Jahre hinweg unter der Bevölkerung ausgebreitet. Genüßlich berichten Sensationsblätter immer wieder von Schäfern, die von den Todesbienen überfallen wurden. Auf dem Schlachtfeld sollen immer auch getötete Tiere zurückbleiben. Tatsache ist: Wenn die Bienen angreifen, bleibt nur die Flucht. Und Rettung vor einer solchen Attacke ist nicht einfach: Die Bienen können, im Schwarm von mehreren Metern Länge fliegend, mehr als vierzig Kilometer ohne Pause einen Angreifer verfolgen. Ohrenzeugen berichten von einem ungeheuren Lärm, wenn die Insekten angreifen.

Segen oder Fluch für den Subkontinent? Spezialisten für Bienenzucht in Brasilien, die mit der Kreuzung die Honigproduktion steigern wollten, beteuern, daß der Versuch erfolgreich war. Das Land produziere heute mehr als vor der Einführung des Zwitters. Ganz anderer Ansicht ist man in Venezuela. Dort ist seit der Einkehr der „Killer-Biene" in die Stöcke die Honigproduktion zurückgegangen.

Inzwischen ist die Biene sogar schon Gegenstand internationaler Symposien geworden. Landwirtschaftsexperten aus Costa Rica, El Salvador, Nicaragua, Guatemala, Panama, Honduras, Mexiko und den Vereinigten Staaten trafen sich jetzt in San José de Costa Rica, um einen Abwehrpakt gegen die „Killer-Biene" zu beraten.

Eine zunächst beabsichtigte Bekämpfung mit chemischen Mitteln wurde von den Teilnehmerstaaten ausgeschlossen. Sie versprach wegen der großen Verbreitung der Bienen keinen Erfolg und hätte außerdem nicht abzusehenden Einfluß auf die Öko-Systeme in den Ländern haben können.

Statt dessen soll versucht werden, in Costa Rica eine Barriere aufzubauen, die die Tiere an einem Vormarsch nach Norden hindern soll. Die geographischen Verhältnisse des Landes bieten diese Möglichkeit an.

Hier soll mit Hilfe der lokalen Bevölkerung die entscheidende Schlacht geschlagen werden. Für jede Entdeckung eines Bienenvolks hat das Landwirtschaftsministerium eine Prämie ausgelobt. Ist ein Schwarm ausgemacht, soll er mit modernster Technik zu Lande, zu Wasser und in der Luft vernichtet werden.

Es ist nach Meinung von Spezialisten die letzte Möglichkeit, den „Killer-Bienen" den Weg nach Norden zu versperren. Scheitert der Plan, so werden die restlichen Länder Mittelamerikas und die Südstaaten der USA mit den Insekten leben müssen.

JEAN-PIERRE BOUSQUET

Rom fahndet nach dem Mann, der dem Prager Henker entkam

Simon Wiesenthal spürte NS-Verbrecher in Südtirol auf

KLAUS RÜHLE, Rom

Die tschechoslowakischen Justizbehörden waren überzeugt davon, daß der von ihnen zum Tode verurteilte „Schlächter von Theresienstadt", Anton Malloth, hingerichtet worden sei. Das stellt sich jetzt als Irrtum heraus. Der heute 72jährige NS-Verbrecher lebte jahrelang unbehelligt in Südtirol, wo er die italienische Staatsangehörigkeit erworben hatte. Wie das möglich war, wie ihm anstandslos das Bürgerrecht in Meran zuerkannt werden konnte, blieb vorderhand noch ein Rätsel.

Freilich hat Malloth seine Wohnung in der Petrarcastraße 30 schon lange nicht mehr betreten, obwohl sein Name im Einwohnermeldeamt von Meran weiterhin ordnungsgemäß unter dieser Adresse geführt wird. Aber seine Frau wohnt weiter in der gemeinsamen Wohnung, und beider Tochter, eine Volksschullehrerin, wohnt ganz in der Nähe. Begreiflicherweise schweigen sich die beiden Frauen über den gegenwärtigen Aufenthaltsort des Verbrechers aus. Es wird vermutet, daß Malloth sich bei einem alten Freund und Kumpel aus der Nazizeit auf dessen Bauernhof in Südtirol verborgen hält. Eine andere Fährte führt indes nach Österreich.

Angefangen hat die Jagd auf Anton Malloth bei Simon Wiesenthal, dem bekannten Wiener Rechercheur nach Kriegsverbrechern. Sein Dossier über Malloth ist voller Schreckenstaten über die Grausamkeiten des „Schlächters von Theresienstadt". Unter anderem hat er persönlich zwölf jüdische Frauen erschossen.

Malloth, den die Tschechen in Prag wegen seiner Verbrechen verurteilt hatten und von dem sie, wie gesagt, glaubten, er sei hingerichtet worden, entging wie durch ein Wunder dem Henker. Der Fall hat in Italien großes Aufsehen erregt, weil der flüchtige Kriegsverbrecher offensichtlich in Südtirol mächtige Protektoren besaß und wohl noch besitzt. Wie wäre es sonst möglich gewesen, daß ihm die italienische Staatsangehörigkeit anstandslos verliehen wurde, daß weder beim Einwohnermeldeamt von Meran noch beim Polizeipräsidium in Bozen eine Akte über seine trübe Vergangenheit vorrätig ist? Bei beiden Behörden gilt er als unbescholten und nicht vorbestraft. In seiner Akte fehlt sogar ein Lichtbild.

Die italienische Presse erinnert daran, daß in Meran nach Kriegsende zahlreiche Naziverbrecher zeitweise Unterschlupf fanden und fordert nachdrücklich Aufklärung über die Affäre Malloth. Unterdessen wird, wenn auch mit großer Verspätung, in ganz Südtirol nach dem Kriegsverbrecher gefahndet.

Neue Runde im Streit um Muttermilch für „Maxe"

Verfahren vor Lüneburger Oberverwaltungsgericht / Muß der Staat sechs Jahre lang Stillzeiten einer Lehrerin bezahlen?

AP, Hannover

Maxe, der dreijährige Sohn einer 30 Jahre alten hannoverschen Lehrerin, der mindestens bis zum sechsten Geburtstag Muttermilch – zum großen Teil auf Staatskosten – erhalten soll, dürfte in die Geschichte der Sozialmedizin und Justiz eingehen. Bereits jetzt begleiten einige Aktenordner voller Klagen, Bescheide, Belehrungen, Urteile, Gutachten und Gegenklagen die ersten Lebensjahre dieses Kindes, das demnächst im Mittelpunkt eines vorläufig abschließenden Prozesses um behördlich bezahlte Stillzeiten und Muttermilch vor dem Oberverwaltungsgericht in Lüneburg stehen wird.

Wie die Bezirksregierung Hannover dazu am Wochenende mitteilte, hat das Lüneburger Gericht eine ausführliche Stellungnahme der Bezirksregierung, als Dienstherrin der Lehrerin, angefordert. Als Verhandlungstermin wird in Hannover mit dem Herbst gerechnet. Bis dahin haben beide Seiten, meinte ein Sprecher der Regierung, Zeit genug, sich für diesen spezialjuristischen Schlagabtausch zu wappnen, der eventuell erst vor dem Bundesverwaltungsgericht in Berlin entschieden wird.

Das Kultusministerium in Hannover, als oberste Landesinstanz für das Schulwesen, beobachtet gespannt die weitere Entwicklung dieses ungewöhnlichen jahrelangen Duells um arbeitstäglich eine bezahlte Freistunde. Und selbst im Bundesarbeitsministerium hat sich Ministerialrat Johannes Zmarzlik mit Problemen der arbeitsrechtlichen Details von Stillzeiten befaßt, das wurde dazu aus dem Lüneburger OVG berichtet. Die Lehrerin kümmert sich jedoch wenig um Erörterungen am grünen Tisch: Sie pocht auf ihr vermeintliches Recht auf Freistellung zum Stillen – selbstverständlich auf Landeskosten. Sie will ihr Kind so lange stillen, wie sie selbst Muttermilch produziert und so lange Maxe diese Kost schmeckt.

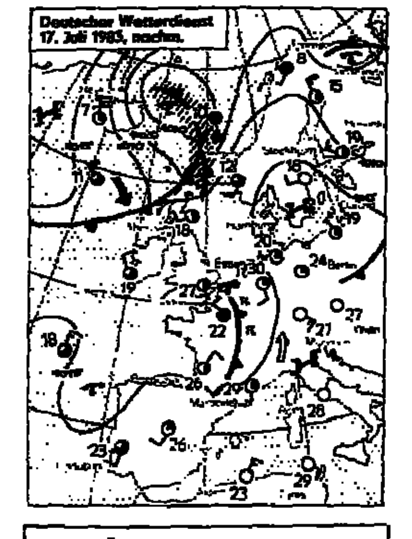
Als im Herbst '82 die angestellte Lehrerin, damals noch keine Beamtin, nach monatelanger Diskussion mit ihren Dienstvorgesetzten vor dem Arbeitsgericht Hannover den Rechtstitel erhielt, Maxe stillen zu dürfen und dafür bezahlt zu werden, holte die Bezirksregierung zum Gegenschlag aus. Das Urteil vom 12. November '82 wurde angefochten, der Prozeß ging in die Berufung vor das Landesarbeitsgericht. Bis dahin hatte die Bezirksregierung der Lehrerin etwa 18 000 Mark vergüten müssen, indem die Schule arbeitstäglich eine Freistunde gewährte. Am 27. April 1983 zog das Verwaltungsgericht Hannover einen vorläufigen Schlußstrich: Die Lehrerin mag stillen, so lange sie will, aber nicht mehr auf Landeskosten.

Die Lehrerin focht das Urteil des Verwaltungsgerichts an. Die streitbare Mutter verlangt pro Arbeitstag eine Dienstbefreiung zum Stillen. Die Bezirksregierung beharrt dagegen auf dem Standpunkt, zweieinhalb bis drei Jahre Stillzeit seien mehr als genug. Die Beamten in Hannover stützen sich dabei auch auf medizinische, sozialpolitische und arbeitsrechtliche Empfehlungen, die alle darauf hinauslaufen, die Stillzeit auf etwa neun Monate bis zu einem Jahr zu begrenzen. Wernfrid Voelker, Gynäkologe an der Medizinischen Hochschule Hannover, Oberarzt der Frauenklinik und Spezialist für Endokrinologie, wie die Wissenschaft von den menschlichen Drüsen fachmännisch heißt, hält vom Langzeitstillen nichts.

ERNST WEGER

WETTER: Heiß und Gewitter

Wetterlage: Eine Gewitterstörung zieht heute von West nach Ost über Deutschland hinweg, nachfolgend bleibt die Zufuhr sehr warmer Luft noch erhalten, jedoch wird diese am Dienstag von kühlerer Meeresluft ersetzt.



Vorhersage für Montag:

Bundesgebiet und Raum Berlin: Nur anfangs in der Osthälfte Deutschlands nochmals heiter und trocken, aber auch dort nachmittags Bewölkungszunahme und gewittrige Schauer, die auch nachts noch andauern. Temperaturen nachmittags um 30 Grad, an den Küsten um 25 Grad. Abkühlung nachts auf 20 bis 17 Grad. Schwacher, in Gewitternähe böig aufkommender Wind aus unterschiedlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

In der Nordhälfte merklich kühler und nur vereinzelt Schauer, im Süden nochmals sehr warm und Gewitter.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	24°	Kairo	30°
Bonn	30°	Kopenh.	18°
Dresden	25°	Las Palmas	24°
Essen	30°	London	27°
Frankfurt	29°	Madrid	26°
Hamburg	20°	Mailand	28°
List/Sylt	17°	Mallorca	31°
München	27°	Moskau	22°
Stuttgart	28°	Nizza	27°
Algier	23°	Oslo	20°
Amsterdam	25°	Paris	22°
Athen	31°	Prag	26°
Barcelona	28°	Rom	26°
Brüssel	29°	Stockholm	18°
Budapest	30°	Tel Aviv	27°
Bukarest	29°	Tunis	29°
Helsinki	19°	Wien	27°
Istanbul	22°	Zürich	27°

*Sonnenaufgang am Dienstag: 5.27 Uhr, Untergang: 21.29 Uhr, Mondaufgang: 16.43 Uhr, Untergang: 1.29 Uhr. * in MEZ, zentraler Ort Kassel

Hubschrauberabsturz forderte 20 Menschenleben

Bei dichtem Nebel raste die Maschine in den Atlantik / Sechs Passagiere überlebten / Unglücksursache ungeklärt

SIEGFRIED HELM, Penzance

Die Ursache von Englands schwerstem Hubschrauberunglück, bei dem am Samstagmittag 20 Menschen im Atlantik den Tod fanden, war zunächst noch ein Rätsel. Gestern war über der Absturzstelle des Sikorsky S 61 rund drei Kilometer vor den Cornwall vorgelagerten Scilly-Inseln das Taucherspezialschiff „Seaforth Clansman" verankert. Dort liegt in rund 60 Metern Tiefe das inzwischen aufgebrochene Wrack des Hubschraubers, der bei dichtem Nebel im Shuttle-Dienst zwischen dem Heliport von Penzance und der Scilly-Hauptinsel St. Mary's eingesetzt war. Nur sechs Überlebende konnten aus dem Meer gefischt werden.

Das Spezialschiff „Seaforth Clansman" wurde von der Royal Navy gechartert. Es wird vermutet, daß die meisten der 20 Personen, die beim Aufprall des Helikopters mit in die Tiefe gerissen wurden, noch in dem Wrack sind. Taucher konnten wegen der äußerst starken Unterströmung zunächst keinen Versuch wagen, den auf dem Meeresboden liegenden Hubschrauber zu inspizieren. Taucher können bei dieser Tiefe ohnehin nur knapp fünf Minuten am Wrack eingesetzt werden.

Unter den Überlebenden, die das Lebensrettungsboot von St. Mary's aus der See fischte, waren die beiden Piloten des Unglückshubschraubers, zwei Kinder und zwei Bewohnerinnen der Scilly-Inseln.

Eine von ihnen, die Scilly-Gemeinderätin Lucille Langley-Williams (60), gab einen anschaulichen Bericht der Katastrophe. Ihre Rettung nannte sie „den schönsten Augenblick meines Lebens". Minuten vor dem Absturz habe sie zu ihrer Freundin Megan Smith gesagt: „Du, wir sollten nach so vielen Jahren endlich einmal die Instruktionen für einen Notfall lesen. In diesem Augenblick kam die Stewardess und erzählte uns, daß wir in einer Höhe von 30 Metern fliegen. Ich witzelte noch: ‚Hoffentlich bleibt es auch dabei.' Dann erinnere ich mich nur noch an ein gewaltiges Krachen. Wir müssen auf den Wellen aufgeschlagen sein. Der Hubschrauber begann sofort zu sinken. Ich dacht noch, Herrjemine, wir gehen unter, und quälte mich mit dem Türhebel ab. Ich riß daran wie rasend, und endlich ging sie auf. Ich weiß noch, wie ich tief Luft holte. Es dauerte Ewigkeiten, an die Oberfläche zu gelangen. Aber dann konnte ich sehen, wie das Wasser oben heller wurde."

An der Oberfläche fand sie ihre Freundin Frau Smith. Obwohl sie selber drei gebrochene Rippen hatte, wie sie erst viel später erfuhr, mühte sie sich um die schwerer verletzte Freundin. Dann wurden die beiden Kinder nach oben gerissen. Und auch die Köpfe der beiden Piloten Dominic Lawler und Neil Charleton tauchten aus dem Wasser auf. Die Piloten halfen dem Zwölfjährigen und der 14jährigen, bemühten sich aber auch um die verletzte Megan Smith.

Bei der großangelegten Suchaktion waren drei Lebensrettungsboote und mehrere Hubschrauber der „Royal Navy" im Einsatz. Die Navy-Basis Culdrose diente als Koordinationszentrum für die Rettungsaktion.

Unter den 20 Toten befinden sich drei Familien mit insgesamt sieben Kindern unter 15 Jahren.

Besonders tragisch wurde die Familie Goddard aus dem ostenglischen Saffron-Waldon betroffen, die auf den Scilly-Inseln Ferien machen wollte. Vater Ronald (45), die Mutter Helen (43) und die Kinder Nicholas (15) und Clare (13) fanden den Tod. Ihr Sohn Howard (12) überlebte als einziger.

Die vierköpfige Familie Nye aus Newick in der Grafschaft Sussex wurde ausgelöscht ebenso wie die fünfköpfige Familie Fuller aus Headington in Oxfordshire.

Der Sikorsky S 61 verunglückte auf einem unplanmäßigen Sonderflug. Mehrere planmäßige Flüge waren am Samstagvormittag wegen des dichten Nebels ausgefallen. Die Unglücksmaschine hob dann mit Passagieren ab, die eigentlich längst auf den Inseln sein wollten. Der Sikorsky S 61 ist eine zivile Version des Militärhubschraubers See King. Normalerweise werden Hubschrauber dieses Typs als Transporter zu den Ölförderplattformen in der Nordsee eingesetzt. Diese Maschine wurde, wegen des lebhaften Urlaubsverkehrs nach den Scilly-Inseln zur Verstärkung der Helikopterflotte hinzugezogen.

Das schwerste Hubschrauberunglück ereignete sich im Mai 1977 in Israel. Dabei kamen 54 Menschen um. Bei dem Absturz eines Wessex-Hubschraubers in die Nordsee vor der englischen Grafschaft Norfolk fanden im August 1981 dreizehn Menschen den Tod. (SAD)

ADAC stellt weltweiten Impfkalender vor

dpa, Münch[en]

Nur noch wenige Staaten verla[ngen] zwingend Schutzimpfungen f[ür] Urlauber aus europäischen Lä[n]dern. Nach einem vom ADAC a[m] Wochenende in München vorgele[gten] „Impfkalender" müssen R[ei]sende nach Tschad und Fran[zö]sisch-Guayana sowie in die Trope[n]länder Afrikas eine Gelbfieber-Im[p]fung nachweisen. Moçambiq[ue] schreibt noch den Impfschutz g[e]gen Cholera vor. In den meist[en] afrikanischen und südamerika[ni]schen Ländern wird eine Chole[ra-] Impfung bei Ausbruch der Kran[k]heit kurzfristig angeordnet. D[er] Impfschutz gilt sechs Monate. G[e]gen Malaria empfiehlt das Max-v[on-] Pettenkofer-Institut der Univer[si]tät München, das den Impfkalend[er] zusammenstellte, für alle Verbr[ei]tungsgebiete dieser Krankheit dr[in]gend eine Chloroquin-Vorsor[ge.] Diese Tablettenbehandlung muß [ei]ne Woche vor Reiseantritt beg[on]nen und bis vier Wochen nach [der] Rückkehr fortgesetzt werden. [Die] Gelbfieber-Impfung sei auch [für] Reisen in die Tropengegenden S[üd]amerikas ratsam. Die Andenstaat[en] und Brasilien verlangen sie bei E[in]reisenden aus „infizierten Ge[bie]ten". Ein vorbeugender Schutz [mit] Gammaglobulin wird Fernreis[en]den angeraten, die noch nicht [an] Hepatitis A (infektiöser Gelbsuc[ht)] erkrankt waren. Die Schutzw[ir]kung hält etwa drei Monate [an.] Auch gegen Hepatitis B, die gefä[hr]lichste Form der infektiösen Le[ber]entzündung, sei eine Schutzim[p]fung möglich. Sie kostet etwa [...] Mark und kann vom Hausarzt v[or]genommen werden.

Heiße Spur?

dpa, Dülm[en]

Im Mordfall der 25jährigen T[ier]ärztin Karen Oehme verfolgt [die] Münsteraner Mordkommission [...] dem Wochenende „erfolgvers[pre]chende Spuren". Hierauf kön[...] sich eventuell schon bald eine [...] Spur" ergeben, erklärte ein S[...]cher. Die junge Frau, einzige T[och]ter des Hamburger Esso-Vorstan[ds]vorsitzenden Wolfgang Oehme, [war] in der Nacht zum vergangenen M[itt]woch im westfälischen Dülmen [er]würgt und mißbraucht worden; [...] ren entkleideten Leichnam fand [...] Feuerwehrmann in einem K[orn]feld.

Suche nach totem Arzt

dpa, K[airo]

Die bereits eingestellte S[uche] nach dem ägyptischen Arzt Mus[...] Ali, der am 10. Juli durch e[in] Unglücksfall in rund 1600 M[eter] Höhe aus einem Flugzeug gefa[llen] war, soll nun doch wiederau[fge]nommen werden: Der 35jäh[rige] Ägypter war bei einem Flug v[on] Ölbohrgebiet Ras Shukeir [nach] Kairo aus einer 50sitzigen Masch[ine] gesogen worden, als sich aus un[ge]klärten Gründen eine Notür [...] Flugzeuges öffnete. Der Arzt [...] zum Unglückszeitpunkt gerad[e ...] nen Patienten in Behandlung.

72-Meter-Sturz überlebt

SAD, San Franz[isko]

Einen Sturz von der 72 M[eter] hohen Golden-Gate-Brücke bei [San] Franzisko überlebte die 38jäh[rige] Ellen Waltrouse. Sie befindet sic[h auf] der Intensivstation des Hospi[tals] der US-Kriegsmarine. Ihr Zust[and] wird als kritisch bezeichnet. Bis[her] wurde noch nicht geklärt, ob [die] Frau von der berühmten Sel[bst]mord-Brücke aus eigenem Ant[rieb] sprang oder durch unglückli[che] Umstände in die Tiefe stürzte. [...] einer Höhe von 72 Metern w[ird] nach Meinung von Fachleuten [...] Aufschlag eines menschlichen K[örpers] pers auf Wasser ähnlich wie [auf] Beton.

Die „volle Wahrheit"

AP, Münc[hen]

59 Prozent der Patienten erwar[ten] von ihrem Arzt, daß er ihnen [die] volle Wahrheit sagt, auch wenn [sie] an einer „unheilbaren" oder [...] „tödlichen" Krankheit leiden. Da[s] ergab eine repräsentative Umfra[ge] der Hamburg-Mannheimer [...] für Informationsmedizin, [...] die „Münchner Medizinische W[o]chenschrift" in ihrer jüngsten A[us]gabe berichtet. Die Bereitschaft, [die] Wahrheit zu hören, nimmt der [...] frage zufolge mit zunehmendem [Al]ter ab. So wollen bis zu 34 Jahre [...] Prozent „alles vom Arzt wissen" [...] der Altersgruppe der 35- bis 54jäh[rigen] gen noch 58 Prozent und ab [...] Jahren nur noch 53 Prozent [...] Befragten.

Verstopfte Autobahnen

AP, Frankf[urt]

Trotz der warnenden Staupro[gnosen] und der sengenden Hitze [...] Deutschland haben sich Zehnt[au]sende von Autofahrern am Woch[en]ende auf den Weg in den Urla[ub] gemacht. Die Urlauberlawine fü[hr]te am Samstag dazu, daß die [...] route in den Süden, die Autoba[hn] Würzburg–Nürnberg–München–[...] Salzburg, auf der Gesamtlänge [von] 400 Kilometern total verstopft w[ar.]

105 Kilometer Straßenba[hn]

dpa, Kref[eld]

Die längste durchgehende S[tra]ßenbahnverbindung der Bundes[re]publik ist 105,5 km lang und fü[hrt] von Tönisvorst nahe der nieder[län]dischen Grenze durch das Ruhr[ge]biet bis nach Witten-Annen in [den] „Vorhof des Sauerlands". Erst [...] gibt es dann keinen weiteren [An]schluß" mehr. Zur Bewältigung [der] gesamten Strecke muß man sieb[en]mal umsteigen. Die Rekordfahr[t] beträgt fünfeinhalb Stunden.

ZU GUTER LETZ[T]

Maria Knuth wurde am 31. Ja[nuar] 1953 zu vier Jahren Zuchthaus [ver]urteilt. Aber lange vorher starb [...] Aus der „Welt am Sonntag".

